

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

In dieser Ausgabe

2-3| Lange hat es gedauert: Regierungsbildung in Österreich • Mindestlohnrichtlinie: EGB-Gegengutachten



4| Regierungsbildung im Endspurt – linke Opposition entwickelt Gegenprogramm • Dok: Lösungen für die Mehrheit – gegen den Frontalangriff auf den Sozialstaat

5| Die EU, der russische Okkupationskrieg gegen die Ukraine und die neokolonialen Großmachtideen Trumps und der Trump-Administration • Die Regierung Putin hegt Ziele, die sie nicht erreichen kann

6| Proteste in der Türkei: Historische Chance für Demokratisierung? Kommentar Civaka Azad • Spanien: Regieren ohne Staatshaushalt

8-9| EU: Umkämpfte Felder: Rechtsvereinfachung, Klimawandel und Industriepolitik

10-11| Israel beendet Waffenstillstand – ägyptischer Plan für Gaza findet Unterstützung • Wahlen in Grönland – „Besuchspolitik“ der Trump-Regierung • Kiribati – zwischen Mächten und Menschen

12-13| DOK Aktionen/Initiativen zu Regierungsbildung-Sondierungspapier

16| wir berichteten ... Brombeer-Koalition Thüringen: Konservative Wende in der Bildungspolitik • Schulfrieden in Gefahr • Bezahlkarte in NRW zunehmend unbeliebt

15-17| Bundestagswahl 2025: Licht (in Köln) und Schatten (in Gelsenkirchen und Mannheim) • Die Linke in Köln so stark wie noch nie! • Mannheim: Blick auf die Stadtteilergebnisse



18-19| Kommunale Initiativen – Thema: Kommunalfinanzen/Sondervermögen

20-21| • Belgien: Arbeitsrecht für Sexarbeiterinnen • Tschechien: Streikalarm zur Verteidigung des Streikrechts • Finnland: Einschränkung des Streikrechts • Griechenland: Fehlende Tarifverträge behindern Lohnwachstum • Tesla: Management versus Beschäftigte • Mindestlohn und Niedriglöhne • Handel in Bayern: Kündigungen von gewerkschaftlich Aktiven in drei Betrieben

Lesen, lesen, lesen ...



22-23| Kalenderblatt: 28. September 1717: Königreich Preußen. Edikt zur Förderung des Volksschulwesens. Allgemeine Schulpflicht startet. Die Mär von der naturbedingten Unfähigkeit der Mädchen bekommt Risse

TRANSATLANTISCHE LINKE STIMMEN

Aufbau eines Dialogs zwischen Progressiven in Nordamerika und Europa

24-25| 11. März 2025: Trump und Putin: Eine autoritäre Allianz, die uns alle gefährdet

26| Demokratie verteidigen – Redaktionsnotizen • Offener Brief an die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP in Hanau • Wahlsendungen mit viel Migration und ohne Weltblick • Umfang kommunaler Zusammenarbeit etablierter Parteien mit der AfD (WZB) • Schutzwohnung für Opfer von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel

27| Kirchenasyl unter Druck



28| Leseempfehlung: Studie über neue und alte rechte Gegenerzählungen

29| AfD gestärkt – was tun?

30| Rechte Kräfte in der EU • Gipfeltreffen „Patrioten für Europa“, Madrid • Transatlantische Patrioten, Washington • Versammlungsverbot für Homosexuelle, Ungarn • ESN-Fraktion vor Erweiterung? Brüssel

31| Bündnis für das Recht auf Energie • IndustriAll-Positionen gegen Rechts • Protest bei Stellantis Turin • Linksfraktion verurteilt Mittelstreichung gegen Kinderarmut

32| European Left Alliance – Ukrainesolidarität, Verteidigungspolitik, Friedensordnung

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 5./6. April in Mannheim, geänderter Veranstaltungsort: Kaisergarten, Pestalozzistr. 22. Angemeldete Teilnehmer erhalten ausführliche Infos per Mail. Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 3/2025: 29.5.2025

Ausgabe Nr. 2 am 3. April 2025, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.

Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Lange hat es gedauert bis zur Regierungsbildung in Österreich

Augustin Kargl, Steiermark. Zur Erinnerung ein Rückblick: Am 29. September 2024 fanden die Wahlen zum Nationalrat statt. Die FPÖ wird erstmals stärkste Partei im Parlament. Sie erreicht 28,8 Prozent der Stimmen (57 Mandate), die ÖVP 26,3 % (51 Mandate), die SPÖ 21,1% (41 Mandate), die Neos 9,1% (18 Mandate) und die Grünen 8,2 % Prozent (16 Mandate). Die KPÖ scheiterte mit 116 000 Stimmen und 2,4 % an der 5%-Hürde. Beachtlich die 19000 Stimmen der Liste GAZA, die sich für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina engagierte.

Der Bundespräsident Van der Bellen, auf der Suche, wen er mit der Regierungsbildung beauftragen wird, lud die Parteivorsitzenden zu Gesprächen, um zu klären, welche Zusammenarbeit vorstellbar wäre.

Große Verwunderung fand, dass der Wahlsieger Kickl zu seinem ersten Interview den FPÖ-nahen Sender AUF 1 besuchte. Herbert Kickl, der sich ja schon zum Volkskanzler ausrufen wollte, wurde von allen Parteivorsitzenden als Verhandlungspartner abgelehnt. Van der Bellen erteilt daher Karl Nehammer, dem Bundeskanzler, den Auftrag zur Regierungsbildung. Verhandlungen mit der SPÖ beginnen und nach drei Wochen werden die Neos zur Beratung eingeladen.

Schwerpunkt der Verhandlungen waren das Sparprogramm, die alte Regierung hat enorme Schulden hinterlassen. Österreich wurde von der EU-Kommission empfohlen, innerhalb von vier oder sieben Jahren zwischen 18 und 24 Milliarden Euro einzusparen. Nach Wochen der Verhandlungen werden die Forderungen der Industriellen Vereinigung nach einer Regierungsbeteiligung der FPÖ immer lauter, die Wirtschaftskammer weist auf die Gemeinsamkeiten von FPÖ und ÖVP in ihren Programmen zur Wirtschaftsförderung hin.

Die Verhandlungen scheiterten – Hauptstreitpunkt war die SPÖ-Forde-

rung nach einer Bankensteuer und Beteiligung der Energieversorger am Sparprogramm. Nehammer trat als Kanzler und Parteivorsitzender zurück.

Anfang Jänner teilt Van der Bellen Kickl in der Hofburg mit, dass er mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Proteste begleiten dieses Gespräch. Stocker, der neue Mann der ÖVP, stellt sich der Aufgabe. Stocker, ein Rechtsanwalt und Landespolitiker, war innerhalb der ÖVP einer der schärfsten Kickl-Kritiker.

Große Demonstration fanden am Wiener Ballhausplatz gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ statt, auch in Graz, Salzburg und Innsbruck wird demonstriert.

Kickl lädt die ÖVP zu Verhandlungen ein. FPÖ und ÖVP hätten im Parlament eine deutliche Mehrheit mit 108 von 183 Abgeordneten. Ein Sparprogramm wird der EU-Kommission vorgelegt, es sollte ein Defizitverfahren durch die EU vermieden werden. Im Laufe der Verhandlungen werden die Widersprüche zwischen den Parteien immer größer. Die Kompromissbereitschaft aus Angst vor Neuwahlen war bei der ÖVP groß. Die ÖVP-Verhandler, alles andere als Linke, gingen aber nach drei Wochen mit den Forderungen der FPÖ nicht mehr mit. Die Festung Österreich, die Kritik an Europa, keine Unterstützung der Ukraine, Haltung gegenüber Trump, Orban, die Forderung nach einer Bankenabgabe und der Streit um die Ressortverteilung, reaktionäre Äußerungen von FPÖ-Abgeordneten in der Öffentlichkeit – das alles war für eine gemeinsame Regierungsbildung zu viel. Die Verhandlungen werden beendet.

Herbert Kickl legt beim Bundespräsident Van der Bellen den Regierungsbildungsauftrag zurück.

Van der Bellen nennt vier Optionen: eine Neuwahl, eine Minderheitsregierung, eine Expertenregierung oder eine Koalition mehrerer Parteien. Van der Bellen empfängt die Parteichefs von ÖVP,

SPÖ, Neos und Grüne, um die Optionen auszuloten.

ÖVP und SPÖ einigen sich den schwarzbauen Budgetsanierungspfad zu übernehmen. Die Neos werden zu den Beratungen eingeladen. Die Parteichefs von ÖVP, SPÖ und Neos kündigen bei einem gemeinsamen Termin bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen an, dass sie eine gemeinsame Regierung bilden wollen. Die neue Regierung wurde 3.3.2025 angelobt.

Was haben die Parteien als Regierungsprogramm vereinbart

Nach dem Scheitern von Blau-Schwarz beschworen die drei nunmehrigen Koalitionspartner die staatspolitische Verantwortung und die Notwendigkeit des Kompromisses. KPÖ-Bildungsreferent Martin Konecny beschreibt es so: „Doch es handelt sich hier keineswegs um eine Volksfrontregierung zur Abwehr des Faschismus, sondern eher um eine unpopuläre Front zur Gewinnung von Zeit und Umsetzung eines harten Kürzungspaketes. Baldige Neuwahlen würden die FPÖ wahrscheinlich weit über 30 Prozent katapultieren, und insbesondere die ÖVP müsste fürchten, abgeschlagen auf dem dritten, statt zweiten Platz zu landen.“

Alle Ministerien müssen im laufenden Jahr 15 Prozent ihrer Sachausgaben streichen. Als eine ihrer ersten Maßnahmen will die neue Regierung das Recht auf Familiennachzug aussetzen. Ob das wirklich zum „guten Leben für alle Menschen in Österreich“, wie von Babler bei der Präsentation des Regierungsprogramms als Ziel erklärt, beiträgt, ist durchaus fraglich. Weiters will die Bundesregierung die Schubhaft massiv ausweiten, den Zugang zu Sozialleistungen für die ersten fünf Jahre in Österreich einschränken und im Falle steigender Asylanträge einen völligen Asylstopp verhängen. Die Dreierkoalition unterscheidet sich hier insofern von den bereits verhandelten Punkten von Blau-Schwarz, als sie auf dem Boden des EU-Rechts bleiben will.

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Titel: Alfred Küstler (verantwort.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenchen@gmail.com.

Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwort.), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, Christoph.Cornides@t-online.de.

EU-Politik: Rolf Gehring (verantwort.), rolf_gehring@outlook.de; Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de.

Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantwort.), ulli.jaeckel@hotmail.de.

Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwort.), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker.

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwort.), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, rolf_gehring@outlook.de;

Demokratie verteidigen: Rosemarie Steffens (verantwort.), rosemarie.steffens@icloud.com; Christiane Schneider, chsneiderhh@posteo.de

Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwort.), fochlermuenchen@gmail.com.

Solidarisches Europa: Michael Juretzek (verantwort.), michael.juretzek@nord-com.net

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, babburkhardt@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €. Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, alfred.kuestler@politische-berichte.de

Jedenfalls sind im Wesentlichen die FPÖ-Forderungen erfüllt

Geplant sind unter anderem folgende Punkte: Budgetkonsolidierung: Es ist gelungen, eine Bankenabgabe durchzusetzen. In den nächsten zwei Jahren sollen dadurch eine Milliarde Euro eingenommen werden können. Energieunternehmen, die in den vergangenen Jahren wie Banken hohe Übergewinne gemacht haben, leisten einen stärkeren Beitrag zur Budgetkonsolidierung – pro Jahr etwa 200 Millionen Euro. Weiter: Konjunkturpaket; Maßnahmen gegen die Teuerung; Mietpreisbremse; Offensiven für Beschäftigung; Qualität-

soffensive; Elementarpädagogik; Ausarbeitung einer Fachkräftestrategie; Reformen im Gesundheitssystem (zu lange Wartezeiten für Operationen, Konflikte -Wahlärztesystem und Kassenärzte; Kindergesundheitspaket; Ausbau von Kinder-Primärversorgungseinheiten; Arbeitszeit (Vier-Tage-Woche); Stopp der Familienzusammenführung; Schubhaft massiv ausweiten; „politischen Islam“ bekämpfen; Abschaffung des Klimabonus; Bildungskarenz abschaffen; den Zugang zu Sozialleistungen für Asylanten einschränken und im Falle steigender Asylanträge einen völligen Asylstopp verhängen. Ungeklärt ist wie sich Österreich

an der allgemeinen Aufrüstungshektik beteiligen wird, Sky Shield und Ankauf neuer Abfangjäger.

Bis jetzt zeigt sich die neue Regierung geschlossen, man kann gespannt sein, bis wann die Widersprüche innerhalb der Regierungsparteien diese Fassade bröckeln lassen.

Regierungsprogramm: www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html

Gewerkschaft: www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/steuern-und-konjunktur/erste-einschaetzung-des-regierungsprogramms--wichtige-schritte-i

KPÖ: www.kpoe.at/die-neue-oesterreichische-regierung-wird-den-rechtsruck-nicht-aufhalten/s-in-oessterreich

Mindestlohnrichtlinie: Gegengutachten des Europäische Gewerkschaftsbunds

Rolf Gehring, Brüssel. In der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte“ hatten wir über die Stellungnahme des Generalanwaltes des Europäischen Gerichtshofes zur Klage Dänemarks gegen die Mindestlohnrichtlinie berichtet. Sein Plädoyer, Aufhebung der gesamten Richtlinie, da sie durch Eingriffe in die Lohnfindung die Verträge verletzt.

Mittlerweile liegt ein Gegengutachten des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) vor. „Der EGB ist der Ansicht, dass der Generalanwalt mit seiner Schlussfolgerung einen Rechtsfehler begangen hat, und fordert den Gerichtshof auf, die Schlussanträge in ihrer Gesamtheit zurückzuweisen.“ Die Schlussfolgerungen des Generalanwalts basierten auf einem reduktionistischen Verständnis des verfassungsrechtlichen Rahmens.

Der EGB argumentiert sowohl mit einer konträren Auslegung des Sozialkapitels, vor allem auch mit Verweis auf die internationale und sozialpolitische Rahmung dieses Kapitels, als auch mit einer Art Rechtsfortbildung bezüglich der Auslegung des Begriffs der Arbeitsbedingungen in den Verträgen, zu denen er ausdrücklich auch die Vergütung zählt. Die sozialpolitische Rahmung, mit der das Sozialkapitel der Verträge beginnt, wurde auch vom Rat und der Europäischen Kommission in ihren veröffentlichten Rechtsgutachten vor Verabschiedung, als Rechtsgrundlage für die Richtlinie herangezogen. In krassen Gegensatz dazu der Generalanwalt.

Im EGB-Gutachten wird da-

rauf hingewiesen, das sowohl die Rechtsetzung mit dem auf Artikel 153 basierenden Sekundärrecht (etwa die Richtlinien für gleiches Entgelt für Frauen und Männer, Arbeitsentgelt für schwangere Arbeitnehmerinnen, Anspruch auf be-

zahlten Urlaub, Bezahlung beim Mutterschaftsurlaub, Vereinbarkeit von Beruf und Familie) als auch die Rechtsprechung des EuGH (für den Maßnahmen, die keine Lohnbestandteile harmonisieren, kein Mindestlohniveau oder

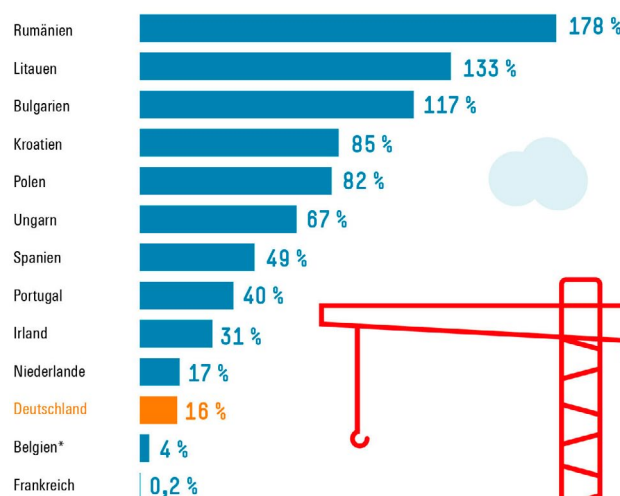
die Höhe der verschiedenen Lohnbestandteile festlegen, keinen unmittelbaren Eingriff in die Festlegung des Arbeitsentgeltes darstellen) indirekte Eingriffe sind, obwohl sie echte Wirkung entfalten.

Der EGB verweist in diesem Zusammenhang auch auf die verschiedenen Leitplanken, die die Richtlinie beinhaltet, um die jeweiligen institutionellen Rahmen des sozialen Dialoges aber auch die Orientierungen für die Festlegung des Mindestlohnes (60% des Bruttomedianlohnes, 50% des Bruttodurchschnittslohnes „und/oder Referenzwerte, die auf nationaler Ebene verwendet werden“) nicht direkt zu definieren. Der EGB Schlussfolgert, dass die Richtlinie eine konkrete Umsetzung der internationalen und europäischen Rahmungen der Sozialpolitik ist, nicht aber direkt die Lohnhöhe festlegt. „Aus all diesen Gründen fordert der EGB den Gerichtshof auf, die Gültigkeit der AMWD in vollem Umfang zu bestätigen, da es sich um ein einzigartiges EU-Rechtsinstrument handelt, das auch den Reichtum und die Tiefe der sozialen Dimension innerhalb der EU-Rechtsordnung bestätigt.“

Quelle: ETUC launches counter opinion on minimum wage directive case | ETUC (Englisch – eigene Übersetzung)

Osteuropa holt auf

Um so viel ist der Mindestlohn seit 2015 preisbereinigt gestiegen in ...



* Erhöhung zum 1. Februar 2025 noch nicht berücksichtigt; Quelle: WSI 2025

Obige Graphik ist von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht, basierend auf den Daten des diesjährigen Europäischen Tarifberichts. Sie zeigt die Dynamik der Mindestlöhne in Europa. Legt man die Kaufkraft zugrunde, zeigen die deutlichen Steigerungen in eigentlich allen mittel- und osteuropäischen Ländern auch eine deutliche Verringerung der Unterschiede in den Lebensstandards. Noch 2005 berichtete der Autor des WSI-Reports Schulten von einem Verhältnis 1:4 bei den Kaufkraftstandards zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Mindestlohn. Heute sind es etwa 1:2. Deutlichen Steigerungen der letzten Monate führen die WSI-Forscher auch auf die europäische Mindestlohnrichtlinie und der von ihr vorgegebenen Orientierung an den Referenzwerten (60% des Medianlohns / 50% des Durchschnittslohns) für angemessene Mindestlöhne zurück. So entsteht „ein Sog hin zu strukturellen Mindestlohnenerhöhungen, die über die normalen regelmäßigen Anpassungen hinausreichen“.

www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-deutschland-mit-nachholbedarf-67345.htm

Regierungsbildung im Endsprint – linke Opposition entwickelt Gegenprogramm

Alfred Küstler, Stuttgart. CDU, CSU und SPD haben sich in einem Sondierungspapier auf Grundsätze für eine Regierungskoalition geeinigt. Beschlossen wurde bereits mit einer Zweidrittelmehrheit des alten Bundestages, dass für Rüstung und Infrastruktur Sondervermögen, also Kreditermächtigungen, in beträchtlichem Umfang zur Verfügung stehen werden. Außerdem steht fest, wenn es zur Koalition kommt, dass Friedrich Merz (CDU) Kanzler wird. Ansonsten sind für die verschiedensten Politikfelder von den künftigen Koalitionsparteien in Arbeitsgruppen Vorschläge für eine Regierungspolitik erarbeitet worden, die derzeit abgestimmt und von Streitpunkten bereinigt werden,

was nach Schätzung der Beteiligten noch zwei bis vier Wochen dauern kann. Dass alles noch scheitert, gilt als unwahrscheinlich. Inzwischen hat sich der neue Bundestag konstituiert. Die Fraktion die Linke hat ein 100-Tage-Programm vorgelegt, in dem erste Ansatzpunkte einer linken Oppositionspolitik erkennbar sind. Die Linksfraktion knüpft damit an die Politikfelder an, mit denen sie im Wahlkampf erfolgreich war. Ihre Antworten auf viele andere Themen (Europa im veränderten Umfeld, welche Infrastruktur, Renten, Gesundheitspolitik ...) sind wohl erst zu erwarten, wenn der Koalitionsvertrag und damit das Regierungsprogramm vorliegen.

DOK: Lösungen für die Mehrheit – gegen den Frontalangriff auf den Sozialstaat

Positionspapier, 28. März 2025

100-Tage-Programm der Fraktion Die Linke im Bundestag:

Die laufenden Koalitionsverhandlungen von Union und SPD und das mit den alten Mehrheiten durchgepeitschte Paket zur Lockerung der Schuldenbremse nur für Aufrüstung machen klar: Ein massiver Frontalangriff auf den Sozialstaat droht. Nichts anderes meint Friedrich Merz, wenn er vom gestiegenen Konsolidierungsdruck im Haushalt redet. Kürzungen bei Bürgergeld und anderen Sozialausgaben sowie Demokratieprojekten stehen an. Zudem sind weitere Überwachungsbefugnisse, Verschärfungen des Migrationsrechts und Rückschritte beim Klimaschutz mit unter anderem einem verschleppten Kohleausstieg geplant. Während die Preise für Heizen und Mobilität weiter steigen, bleibt ein sozialer Ausgleich wie das Klimageld auf der Strecke und das Deutschlandticket soll teurer werden.

Davon, dass die Reichen den arbeitsenden Menschen endlich den Reichtum zurückgeben, den wir alle gemeinsam erwirtschaftet haben, hört man nichts. Die echten Sorgen und Nöte der Menschen kommen in den Koalitionsverhandlungen höchstens als schwammige Randnotiz vor. Wer so Politik macht, stellt sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung und missachtet ihre Sorgen und Nöte.

Für die Linke steht fest: echte soziale Sicherheit bedeutet bezahlbare Mieten und Preise, Löhne und Renten, die zum Leben reichen, gute Kitas und Schulen, eine funktionierende Gesundheitsversorgung für alle, zuverlässige Busse und Bahnen – und ein Leben ohne Angst vor Armut. Dafür muss die Schuldenbremse abgeschafft oder zumindest grundlegend reformiert werden. Die ausgesetzte Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden. Nur so können die dringend nötigen Investitionen in die Bereiche, die für uns alle wichtig zum Leben sind, getätigt werden.

Die echten Probleme der Menschen müssen wieder im Fokus der Politik stehen. Mit unserem 100-Tage-Plan setzen wir unsere neue Stärke im Bundestag konsequent für die Menschen und ihre Interessen ein. Alle wollen regieren, wir wollen verändern!

Was wir als Fraktion in den ersten 100 Tagen anpacken:

Mietengipfel: Wir laden Mieter*innen-Initiativen, Sozialeinrichtungen und Mietverbände zu einem Gipfel ein, um gemeinsam einen Plan für einen bundesweiten Mietendeckel zu erarbeiten.

Gesetzentwurf gegen Wuchermieten: Die Mieten steigen immer weiter, und immer mehr Menschen können sich ihre Wohnungen kaum noch leisten. Mit diesem Gesetz wollen wir dem Mietwucher endlich den Kampf ansagen und den Mietmarkt gerechter machen.

Anträge zum Einfrieren und Senken der Mieten: Wir bringen einen Antrag ein, um die Mieten sofort einzufrieren. Das Steigen der Mietpreise muss aufgehalten werden, weil immer mehr Menschen unter den Belastungen leiden. Ein zweiter Antrag fordert die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels, damit die Mieten wieder sinken.

Mietwucher-App ausbauen: Mehr als 100.000 Haushalte haben die Mietwucher-App bereits genutzt. Damit noch mehr Menschen gegen überhöhte Mieten vorgehen können, bauen wir das Angebot für weitere Städte aus. Zu Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Freiburg, Dortmund, Hannover und Erfurt kommt ab heute (28. März 2025) Potsdam hinzu,

weitere Städte folgen. Denn mit unserer App bieten wir konkrete Hilfe: wir decken Wuchermieten auf und sorgen dafür, dass die Miete der Menschen wirklich gesenkt wird.

Mehrwertsteuer streichen: Wir bringen einen Antrag zur Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Bus und Bahn und Hygieneartikel in den Bundestag ein. Angesichts der stetig steigenden Lebensmittelpreise, die viele Haushalte an den Rand ihrer finanziellen Belastbarkeit bringen, ist es höchste Zeit, dass der Staat handelt.

Expert*innen-Konferenz und Antrag zur Vermögenssteuer: Wir laden zu einer Expert*innen-Konferenz zur Vermögenssteuer ein und bringen nachfolgend einen Antrag zur Vermögenssteuer in den Bundestag ein – weil Milliardäre endlich angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden müssen.

Kita-Gipfel: Jahrelang haben wir die Bundesregierungen aufgefordert, endlich einen Kita-Gipfel mit Bund, Ländern, Kommunen, Trägern, Gewerkschaften und Elternvertretungen zu organisieren – für konkrete Lösungen gegen den Fachkräftemangel und den Mangel an Hunderttausenden Kita-Plätzen. Doch statt Fortschritt herrschte Stillstand, und die Lage wird immer dramatischer. Jetzt packen wir's an: Innerhalb der ersten 100 Tage nach der Wahl laden wir zu einem eigenen Kita-Gipfel ein.

Konferenz zur Verteidigung der Zivilgesellschaft: Der Wahlerfolg der AfD, der Sieg der CDU und das Agieren von Friedrich Merz haben zu einer massiven

Verunsicherung in der demokratischen Zivilgesellschaft und bei Angehörigen verletzbarer Minderheiten geführt. Eine Konferenz zur Verteidigung der Zivilgesellschaft mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft, Künstler*innen und öffentlichen Intellektuellen soll einberufen werden und den Raum bieten für ei-



nen Austausch über Perspektiven und Strategien.

Wir stehen auch außerparlamentarisch weiter an der Seite der Menschen:

Raus zu den Menschen! Parlament und Gesellschaft sind untrennbar verbunden – und unser Einsatz endet nicht mit der Wahl. Unsere Abgeordneten werden jeden Monat in einem Stadtteil mit hoher Armutsquote Haustürgespräche, Sozialsprechstunden und

Bürger*innenversammlungen durchführen – in den ersten 100 Tagen und auch danach. Wir gehen dorthin, wo das Leben herausfordert, wo jeder Cent zählt, wo Menschen Monat für Monat bangen, ob das Geld reicht. Wir hören zu, packen an und kämpfen für echte Verbesserungen – direkt, mit Herz und Nachdruck! Sozialsprechstunden und Mietberatungen! Unsere Mieter- und Sozialberatungen sind eine unverzichtbare Anlaufstelle

für Menschen in Not – und die Nachfrage steigt. Deshalb legen wir jetzt nach: In den nächsten drei Monaten bauen wir diese Angebote gezielt aus. Unser Ziel? Beratungen, die nicht nur einmal helfen, sondern ein Angebot auf Dauer. Flächendeckend, wirkungsvoll und als fester Bestandteil in mindestens 50 Kreisverbänden. Wir sehen nicht dabei zu, wie die Regierung die Menschen weiter im Stich lässt.

Die EU, der russische Okkupationskrieg gegen die Ukraine und die neokolonialen Großmachtideen Trumps und der Trump-Administration

Christoph Cornides, Mannheim. Unter dem Eindruck der tatsächlichen Kriegsführung Russlands gegen die Ukraine, die ihre Ziele der Beherrschung der gesamten Ukraine nicht aufgegeben hat, und der Annäherung Trumps an die Forderungen Russlands sowie der Unterbrechung der US-Hilfe für die Ukraine fanden im März Spitzenkonferenzen der EU statt. Für den 6. März war ein Sondergipfel zur Ukrainehilfe einberufen worden und am 20. März tagte der Europäische Rat, die Vertretung der EU-Staaten.

Die EU werde „ihre allgemeine Verteidigungsbereitschaft erhöhen, ihre strategischen Abhängigkeiten verringern, ihre kritischen Fähigkeitslücken schließen und die europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis stärken“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung aller 27 Staatsvertretungen nach dem Sondertreffen in Brüssel.

Gegen den Widerstand und ohne Ungarn einigten sich die 26 anderen Länder zudem auf die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine.

In Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats am 20. März hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen generellen „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ gefordert. Unter dem Titel „ReArm Europe“ (Europa wiederbewaffnen) sollen ca. 800 Milliarden Euro über die EU mobilisiert und den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Dazu zählt ein 150-Milliarden-Euro-Fonds, über den die EU Geld am Kapitalmarkt aufnehmen und es Mitgliedsländern mit schlechteren Zinsbedingungen am Kapitalmarkt (schlechteren als z.B. Deutschland) in Form von Krediten zur Verfügung stellen soll. Frankreich und England propagieren – in fragwürdiger Fortsetzung des Begriffs der „Koalition der Willigen“ des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush – eine Koalition zur Aufstellung von „Friedenstruppen“ in der Ukraine für die Zeit nach einem Friedensabkommen. Das aber liegt nach wie vor in weiter Ferne.

Putin behauptet inzwischen, die Ukraine könne sich eigentlich nur ergeben, und Trump – angetreten mit der Behauptung, den Frieden in 24 Stunden herzustellen – will inzwischen mit dem neu vorgelegten „Mineralienvertrag“ im Stil des 19. Jahrhunderts die Beherrschung der Ukraine als Kolonie der USA. Ein Konsortium

mit Stimmenmehrheit der USA soll die Rohstoffausbeute samt Verkehrsnetz in der Ukraine kontrollieren. Statt Wiederaufbau ist Trumps Devise außerdem die Rückzahlung von über 100 Milliarden Dollar angeblicher Schulden der Ukraine plus Zinsen wegen US-Kriegsunterstützung gegen Russland.

Selenskis Antwort: die Ukraine werde keine Verträge unterschreiben, die eine Integration in die EU unmöglich machen. Trump – angetreten mit der Propaganda des Friedensstifters und Vermittlers – versucht, sich bzw. die USA inzwischen als Profiteur im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu positionieren.

Die Regierung Putin hegt Ziele, die sie nicht erreichen kann

Martin Fochler, München. Ende März. Die im Brustton der Überzeugung vorgetragene Vermutung Trumps, seine Regierung könne den Krieg in der Ukraine schlagartig beenden, hat sich als Irrtum herausgestellt. Die Regierung Putin hat ihr Programm der Annexion der Ukraine weder relativiert noch aufgeben. Sie lehnt sogar die verfassungsmäßige und international anerkannte Regierung der Ukraine als Gesprächspartner ab.

Dieses Programm der politischen Überwältigung erfordert, die Ukraine militärisch wehrlos zu machen. Das klassische Mittel dazu ist der schnelle Vorstoß auf die politisch-wirtschaftlichen Zentren des Landes, diese Operation hat die Ukraine zurückgeschlagen, ein Stellungskrieg ist entstanden.

Anfang März startete die RF eine Offensive gegen die Stellungen, die das ukrainische Militär in der Region Kursk, also auf dem Staatsgebiet der RF, eingenommen und monatelang behauptet hatten. Für einen Moment gingen die Stichworte „Einkesselung“, „Gefangennahme“ durch die Medien, und in der Tat hätte ein solcher militärischer Erfolg der RF die Position der Ukraine militärisch-logistisch und moralisch entscheidend geschwächt.

Der militärische Vorstoß der Ukraine auf das Gebiet Kursk war politisch wie militärisch hoch riskant. Die Gefahr einer Umfassungsschlacht groß. Den ukrainischen Truppen ist ein kontrollierter Rückzug in Verteidigungsstellungen gelungen, die ein weiteres Nachsetzen der Truppen der RF bislang blockieren konnten.

Die Vorgänge, zeitlich fielen sie mit der von Trump dekretierten Unterbrechung

der Lieferung von Sachen und Informationen an die Ukraine zusammen, machen recht deutlich, dass die RF zwar ein politisches Ziel hat, das sie nur auf dem Wege der militärischen Unterwerfung erreichen könnte, dass sie dafür nötige Kräfte und Fähigkeiten aber nicht aufbieten kann.

Ein bekanntes Strukturproblem gewaltsam zusammengehaltener politischer Großräume kommt zum Tragen. Eroberung und Besatzung verschlingen materielle und zersetzen moralische Güter. Die RF hat das Vertrauen insbesondere der Nachbarstaaten verloren. Sie ist als Vertragspartner obsolet geworden. Ihre Militärmacht reicht nicht aus, um den Widerstand des viel kleineren Nachbarstaates zu brechen. Wenn sie internationale Reputation zurückgewinnen will, wird sie ihre politischen Ziele zurücknehmen und die Ukraine als Verhandlungspartner anerkennen müssen.

Hier ist mehr als fatal, dass die Regierung Trump ihrerseits übergreifende politische Ziele – Grönland, Kanada, Panama und neuerdings auch Zugriff auf Bodenschätze in der Ukraine – formuliert, was in der globalen Staatenwelt den Grundwert der territorialen Integrität beschädigt.

Proteste in der Türkei: Historische Chance für Demokratisierung?

Kommentar des Kurdischen Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit, Civaka Azad

civaka-azad.org, 27. März 2025. Nach der Inhaftierung des Istanbuler Bürgermeisters Ekrem İmamoğlu und den darauf folgenden landesweiten Protesten steht die Türkei erneut an einem entscheidenden Scheideweg. Die gegenwärtigen Proteste sind ein Ausdruck der tiefen Unzufriedenheit mit der autokratischen Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan und spiegeln die wachsende Wut über die systematische Aushöhlung demokratischer Institutionen wider.

Altbekannte Methoden mit neuem Ziel

Das Vorgehen der türkischen Regierung, kurdische Oberbürgermeister*innen abzusetzen, zu inhaftieren und durch regierungstreue Zwangsverwalter zu ersetzen, ist seit Jahrzehnten ein zentraler Bestandteil der repressiven Politik Erdogans. Diese Maßnahmen zielten bisher vor allem auf kurdische Politiker*innen ab, deren Proteste von der türkischen Öffentlichkeit nicht unterstützt wurden. Doch nun hat die autokratische Praxis auch große Teile der säkularen kemalistischen CHP erreicht, die einen bedeutenden Teil der türkischen Öffentlichkeit politisch repräsentiert. Dies zeigt deutlich, dass die autoritären Strukturen der Regierung längst nicht mehr ausschließlich Minderheiten, sondern zunehmend die gesamte Opposition bedrohen.

Historische Chance für Demokratisierung

Die aktuellen Proteste könnten eine historische Chance für eine Demokratisierung der Türkei darstellen. Sie verdeutlichen, dass breite Teile der Bevölkerung bereit sind, sich gegen die undemokratische „Ausschaltung“ eines potenziellen Präsidentschaftskandidaten und gegen die fortschreitende Unterdrückung durch das Regime Erdogans zu wehren. In der Protestbewegung kommen derzeit verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammen, die zuvor kaum miteinander in Kontakt standen. Doch gleichermaßen birgt die Situation erhebliche Risiken. In zahlreichen Regionen treten Protestierende mit Wolfsgrüßen auf, greifen kurdische Demonstrierende an und ermöglichen es rechten sowie nationalistischen Kräften, die Bewegung für ihre Zwecke zu vereinnahmen.

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, würde dies die ursprünglichen Ziele der Proteste – Demokratie und Gerechtigkeit – langfristig ins Leere laufen lassen und eine nachhaltige Demokratisierung zusätzlich erschweren.

Gefährdeter Friedensprozess?

Das Vorgehen der türkischen Regierung



Demonstration am 15. März in Mannheim zur Solidarität mit der kurdisch-selbstverwalteten Region Rojava in Nordostsyrien, die immer wieder von der Türkei und von ihr unterstützten Milizen angegriffen wird.

Bild: Kommunalinfo Mannheim, cki

steht zudem in mehrfacher Hinsicht im Widerspruch zu den möglichen Friedensverhandlungen. Die unrechtmäßige Inhaftierung İmamoğlus verstärkt die politische Instabilität im Land und untergräbt zudem die Bemühungen um einen Friedensprozess zur Beendigung des jahrzehntelangen Konflikts zwischen der türkischen Regierung und der kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Erdogans autoritärer Kurs sowie die damit verbundenen repressiven Maßnahmen zu seinem Machterhalt stehen im Widerspruch zum Friedensappell des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan, der in seiner Botschaft Ende Februar „die Existenz einer demokratischen Gesellschaft und eines politischen Raums“ für die Lösung der kurdischen Frage eingefordert hatte. Behauptungen, Kurd*innen würden sich aus taktischen Gründen und aus Rücksicht zu den möglichen Friedensverhandlungen nicht an den gegenwärtigen Protesten beteiligen, haben wenig mit der Realität auf der Straße und dem von Öcalan angestoßenen Prozess zu tun. Viel mehr stört sich die kurdische Gesellschaft an

rechtsextremen und anti-kurdischen Gruppen, die vielerorts ungestört an den Demonstrationen teilnehmen.

Nichtsdestotrotz hat sich die DEM-Partei eindeutig auf der Seite des demokratischen Protestes positioniert. Eine Abordnung der DEM-Partei traf am Sonntag im Anschluss an die große Newroz-Feier bei der Stadtverwaltung in Sarayhan ein, um ihre Solidarität mit der CHP zu bekunden. In einer anschließenden Pressekonferenz betonten der Ko-Vorsitzende Tuncer Bakırhan und der CHP-Parteivorsitzende Özgür Özel ihre gemeinsame Zielsetzung, den Kampf für Demokratie fortzuführen.

Internationale Folgen

Die Entwicklungen innerhalb der Türkei könnten nicht nur innenpolitische, sondern auch geopolitische Konsequenzen haben. Obwohl Erdogans repressiver Kurs in Europa bislang nur verhaltene Kritik hervorgerufen hat, könnte er die geopolitische Rolle der Türkei geschwächt haben. Als Präsident, der sich in der Vergangenheit wiederholt als Vermittler in internationalen Konflikten, etwa im Ukraine-Krieg, inszeniert hat, riskiert Erdoğan, durch die innenpolitische Krise an Einfluss zu verlieren.

Um die Türkei auf den Weg der Demokratisierung zu führen und die Grundlage für einen erfolgreichen Friedensprozess zu schaffen, ist es essenziell, dass sich alle demokratischen Stimmen im Land vereinen und sich gegen die zunehmende Repression behaupten. Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die Protestbewegung in der Türkei zu einer gesellschaftlichen Kraft werden kann, die trotz Erdogans repressiver Politik den Weg für einen demokratischen Wandel offenhält.

Spanien: Regieren ohne Staatshaushalt

Claus Seitz, San Sebastián

Noch vor kurzem betonte Ministerpräsident Sánchez, sein Team werde „das T-Shirt durchschwitzen“, um den Staatshaushalt 2025 durch das Parlament zu bringen.

Ende März scheint es so, dass die PSOE von einer Verlängerung des Staatshaushaltes um ein weiteres Jahr ausgeht, weil sie nicht über die notwendige parlamentarische Unterstützung verfügt.

Esquerra Republicana (ERC), die katalanischen Linksnationalisten, lehnen es ab, weiter über den Haushalt 2025 zu verhandeln, und schlagen vor, bereits mit den Verhandlungen für 2026 zu begin-

nen. Oriol Junqueras, ERC-Chef: „Wenn sich die PSOE nicht an die Vereinbarungen hält, wird sie nicht nur 2025 keinen Haushalt haben“.

Vereinbarungen sind zwischen PSOE und ERC einige getroffen worden. Zum einen im November 2023 für die Wahl von Sánchez zum Ministerpräsidenten. Beispiel: Die Verwaltung des katalanischen Nahverkehrs Rodalies sollte von der Eisenbahngesellschaft RENFE abgetrennt und auf eine neue Gesellschaft Rodalies Catalunya mit einer Mehrheitsbeteiligung der katalanischen Regierung übertragen werden. Vor wenigen Tagen

erreichten die Mehrheitsgewerkschaften von RENFE mit der Androhung spanienweiter Streiks, dass für die kommenden zwei Jahre eine dezentralisierte RENFE-Gesellschaft mit staatlicher Mehrheit und Beteiligung der katalanischen Regierung operiert. Hintergrund ist, dass bis zu 80 % der Eisenbahner von Rodalies von außerhalb Kataloniens stammen, denen in Tarifverträgen mit RENFE die Mobilität in ganz Spanien zugesichert ist.

Ein anderes Beispiel ist der „besondere Finanzstatus Kataloniens“, vereinbart im Juni 2024 für die Wahl des Sozialisten Illas zum Ministerpräsidenten Kataloniens. ERC und PSOE räumen ein, dass die Umsetzung kompliziert sei, was vor allem die Erhebung aller Steuern durch die Regionalverwaltung betrifft.

Junts per Catalunya verweist auf zwei bis jetzt nicht erfüllte Vereinbarungen: Die Umsetzung des Amnestiegesetzes und die Anerkennung der katalanischen Sprache als Amtssprache in der EU. Bei-

des hat die spanische Regierung nicht in ihrer Hand, sie hängen von der Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichts bzw. der EU-Mitgliedsländer ab.

In ihrer Rivalität versuchen die katalanischen Parteien bei den Verhandlungen mit der Regierung möglichst viel herauszuholen, um es kurzfristig als Erfolg zu verkaufen. Längerfristige Auswirkungen interessieren weniger.

Podemos fordert für die Zustimmung zum Haushalt: Senkung der Mietpreise per Gesetz um 40 Prozent, keine Erhöhung der Militärausgaben, Abbruch der Beziehungen zu Israel, ... utopisch, egal. Was zählt ist, Sumar populistisch unter Druck zu setzen und als unterwürfigen Partner von Sánchez zu brandmarken.

Sánchez betont, fest entschlossen zu sein, die Legislaturperiode mit oder ohne Haushalt zu beenden. Es gebe kein Szenario von vorgezogenen Wahlen. Ziel sei es, „von Gesetz zu Gesetz“ zu verhandeln, auch wenn einige von ihnen auf der

Strecke bleiben würden. Bisher wurden in der laufenden Legislaturperiode 28 Gesetze verabschiedet, in der gesamten vorhergehenden 200.

Seine Zuversicht, die Legislaturperiode fortsetzen zu können, beruht auf der anhaltend guten Wirtschaftsentwicklung. Vor wenigen Tagen hat die spanische Notenbank ihre Wachstumsprognose für 2025 leicht auf 2,7 Prozent angehoben. Sánchez: „Mit den Budgets einer progressiven Koalitionsregierung, die ausdehnbar sind, führen wir das Wachstum der wichtigsten fortgeschrittenen Volkswirtschaften an, schaffen Arbeitsplätze und setzen sozialpolitische Maßnahmen um.“

Für keine der angekündigten großen Gesetzesvorhaben der Regierung wie zum Beispiel die Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit von 40 auf 37,5 Stunden oder das Gesetzesbündel gegen die Steigerung der Wohnungs- und Mietpreise gibt es eine garantierte parlamentarische Mehrheit.

Erhöhung der Verteidigungsausgaben?

Spanien ist weit entfernt von der ukrainischen Front, die öffentliche Meinung ist mehrheitlich gegen die Erhöhung des Militärhaushalts. Gerade veröffentlichten Hunderte von Persönlichkeiten aus Kultur und Aktivismus einem Aufruf gegen die Aufrüstung in Europa: „Es wird keinen Frieden bringen“. „Welcher Teil dieser Milliarden ist für die Verbesserung der Bildung, der Gesundheitsversorgung, ... bestimmt?“

Nach zwei Parlamentsdebatten sind die Fronten zwischen den Parlamentsparteien abgesteckt. Links von der PSOE bleibt man der Rhetorik gegen Nato und Aufrüstung treu. Podemos beschimpft Sanchez als „Kriegsherren“, der bereit sei, das Geld für Waffen auszugeben, anstatt zur Lösung des Wohnungsproblems. Die Vereinigte Linke (IU) schlägt Mobilisierungen gegen die „kriegerische Eskalation, die die EU begonnen hätte“ vor. Man muss wissen: IU wurde im Kampf gegen den Nato-Beitritt Spaniens 1986 geboren.

Sumar, etwas moderater, sieht keine Notwendigkeit für höhere Verteidigungsausgaben („besser, statt mehr“), spricht sich für ein souveränes Europa aus und rechtfertigt ihr Nein zu höheren Verteidigungsausgaben damit, erst einmal die strategische Autonomie zu sichern und sich von den Interessen der USA und der Nato abzukoppeln.

Immerhin forderte Gabriel Rufián, Fraktionssprecher von ERC, die linken Formationen auf, sich bewusst zu sein, dass man die internationale Realität nicht mit „wunderbaren Phrasen und

Bannern“ konfrontieren könne, weil Figuren wie die des US-Präsidenten Donald Trump oder seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin „bekämpft werden müssen“, weil „der Krieg schon da ist“. Etwas, was viele auf der Linken jenseits ihrer Dogmen wohl denken, aber nicht zu sagen trauen.

Vox fordert, die Entscheidungen über die nationale Sicherheit müssten die Spanier treffen, nicht von der Leyen. Die europäischen Pläne würden nicht Spanien beschützen, sondern Brüssel stärken. Statt Waffen zu kaufen und diese in Tausende Kilometern Entfernung gegen den spanischen Willen zu benutzen, sollten der Schutz der spanischen Grenzen gegen neue, massive Überfälle verstärkt werden.

Der Kurs der PP ist intern stark umstritten. Der rechte Flügel der PP ist dagegen, Sanchez ein Angebot für einen Staatspakt zu machen. Sanchez zu stürzen, hat Vorrang.

„Wenn Sie wollen, dass die PP Ihr Hilfspartner ist, wenn andere scheitern, vergessen Sie es“, warnte Feijóo (PP) Sánchez im Parlament. Die PSOE könne „auf keinen Fall auf die PP zählen“. Andererseits teilt man grundsätzlich den Plan, die Militärausgaben zu erhöhen, hinter dem als Protagonistin von der Leyen steht, die der eigenen politischen Familie angehört. Pedro Sánchez bewegt sich also in einer heiklen Balance zwischen dem, was er mit seinen Partnern in Brüssel vereinbart, und dem, was ihm die Öffentlichkeit und die Bündnispartner derzeit zugestehen.

Im Parlament versprach er, die zwei Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben so schnell wie möglich und nicht erst wie geplant 2029 zu erreichen. Mehrmals wiederholte er, dass die zusätzlichen Anstrengungen zur Erreichung der Verteidigungsziele nicht auf Kosten des Wohlfahrtsstaates gehen würden.

Angeblich liegen die Militärausgaben derzeit zwischen 1,3 und 1,4 Prozent des BIP, womit sich Spanien an Kanada und Italien annähern würde.

Im Parlament kündigte er einen „großen nationalen Plan für die Entwicklung der Industrie und der Sicherheits- und Verteidigungstechnologie“ an, um Projekte von KMU und Start-ups in neuen Technologien und mit doppeltem Verwendungszweck zu subventionieren, der von EU-Mitteln profitieren könnte. Seine Finanzierung in diesem Jahr soll sich auf mindestens eine Milliarde Euro belaufen und würde durch eine Finanzspritze von etwa 2,5 Milliarden Euro aus dem Verteidigungshaushalt für spezielle Rüstungsprogramme (Fregatten, Flugzeuge oder Kampfhubschrauber) ergänzt.

Sánchez ist zuversichtlich, genügend Spielraum zu haben. Das geltende Gesetz enthält eine Bestimmung zur Bewältigung der Covid-Pandemie, die es ermöglicht, Transfers von Posten zwischen verschiedenen Abteilungen und Kreditverlängerungen durchzuführen, um Verpflichtungen in Bezug auf Militärausgaben zu erfüllen, ohne die Zustimmung des Kongresses einholen zu müssen.

Umkämpfte Felder: Rechtsvereinfachung, Klimawandel und Industriepolitik

Eva Detscher, Karlsruhe und Rolf Gehring, Brüssel

Der Draghi-Report, dann die Diskussionen um geopolitische Verwerfungen, das Ziel der strategischen Autonomie im Wirtschaftsgeschehen als auch das Kommissionsprogramm in Sachen Industriepolitik und Rechtsvereinfachung werden vielfach unter den Stichworten „Deregulierung“ und „Abschied vom Green Deal“ diskutiert und auch angegriffen. Tatsächlich ist es aber der Fall, dass es zumindest keine einfache Entwicklung in einer bestimmten Richtung gibt, sondern einzelne Gegenstände und Politikbereiche jeweils umstritten und umkämpft bleiben.

Die neue EU-Kommission hat mit ihrem Programm für die kommenden Jahre im Bereich der wirtschaftsbezogenen Rechtsetzung klare Prioritäten definiert. Die Imperative lauten:

- Innovationslücke schließen,
- strategische Autonomie,
- Dekarbonisierung der Wirtschaft,
- Wettbewerbsfähigkeit,
- Erhöhung der Sicherheit.

Grundlegende Dokumente zur generellen Orientierung dafür sind in den letzten zwei Monaten vorgelegt worden, insbesondere:

- der „Clean Industrial Deal“ (1),
- Ein „einfacheres und schnelleres Europa“ (2),
- Ein „Kompass für eine wettbewerbsfähige EU“ (3).

Der Green Deal kann als ein wesentliches Imperativ der letzten Kommission gesehen werden. Klassische Industriepolitik, vor allem der Schutz bestehender industrieller Strukturen war lange Zeit weniger im Fokus. Davon zeugt auch die euphorisierende Stimmung rund um den Begriff der „Dual Transition“, womit der Wandel gemeint sind. Mal abgesehen davon, dass beide Prozesse keine Transformationen im eigentlichen Sinn sind, wurde geglaubt, dass sich die Industrien in Windeseile wandeln könnten und auch würden. Diese Euphorie ist deutlich verblasst. Stattdessen sind vor dem Hintergrund insbesondere der internationalen Beziehungen Fragen der Rohstoffabhängigkeit und die Zielstellung der strategischen Autonomie ins Zentrum gerückt, den klassischen Industriearbeitsplätzen wurde wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

Kohäsionspolitik

Bezüglich der Kohäsionspolitik hat der Draghi-Report (siehe PB 5/2024, S. 8/9) seine Spuren hinterlassen. In einem Kommissionspapier für die Diskussion des kommenden mehrjährigen Finanzrahmens der EU und der Ausrichtung der Kohäsionspolitik darin, finden sich alle Schlagworte, von der Konkurrenzfähigkeit, der ökonomischen Widerstandsfähigkeit, der Sicherheit und Verteidigung

bis hin zu Skills und dem Thema „gute Arbeit“. Die nötige Orientierung der Kohäsionsfonds an den strategischen Zielen und Prioritäten wird permanent wiederholt, und damit die eigentliche in den Verträgen formulierte Zielstellung des „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts“ (Artikel 174) den anderen Zielen untergeordnet.

Im Gegensatz zu den im Draghi-Report getroffenen Empfehlungen fin-



Die Mittel der Kohäsionsfonds werden nach der Wirtschaftskraft der jeweiligen Region zugewiesen. Schwellenwerte sind 90% bzw. 75% des Pro-Kopf-Inlandsproduktes.

den sich in dem aktuellen Entwurf für eine Entschließung des Rates zur Kohäsionspolitik (Sitzung des Rates nach Redaktionsschluss der PB) ganz klare Formulierungen, die an den Zielstellungen der Verträge festhalten und als Gegenposition zum Kommissionspapier gelesen werden können. Unterstrichen wird, dass alle Regionen, einschließlich der am wenigsten entwickelten, und der ländliche Raum von den Fonds profitieren sollen. Es wird eingefordert, dass alle Verwaltungsebenen und die Bürger in die Planungen einbezogen werden sollen. Interessant auch, dass der Text ausdrücklich daran erinnert, dass die Kohäsionsfonds keine Werkzeuge sind, um Krisen zu bewältigen, sondern ein

eigenständiges Ziel und Anliegen der europäischen Einigung. Das kann dezidiert als Kritik an der Draghi-Orientierung verstanden werden.

Klimazeitalter

Die Debatten um den Klimawandel und der wachsende Einfluss von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Umweltverbänden führten zu dem, was unter der Überschrift „Green Deal“ zusammengefasst wird. Die Kommission plaktierte damals groß: „Deal made“ – das Versprechen: Europa ist 2035 klimaneutral.

Die materiellen Voraussetzungen, Unwägbarkeiten und möglichen sozialen Verwerfungen sind vielen Aktivisten kein Problem, wurden auch von der Kommission nicht zum Nachdenken oder Berücksichtigen in die Debatte geworfen. Dadurch wird einem fatalen Kurzschluss Vorschub geleistet, nämlich dass auftretende Verwerfungen einfach dem politische Feld angekreidet und „der Politik“ Inaktivität vorgeworfen werden. Die Klage läuft dann so, dass falsche Initiativen ausgemacht oder fehlende finanzielle Ausstattung als Gründe für anscheinend mangelnde Ernsthaftigkeit in Sache Klimaschutz herhalten müssen. Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache: der europäische Gesetzgeber hat in den letzten Jahren vielfältig den „Green Deal“ in gesetzliche Vorgaben gegossen und damit harte Fakten geschaffen, an denen nicht mehr leicht vorbei zu regieren ist. Zu nennen ist hier unter anderem das milliardenschwere Programm Next Generation. Dessen große Finanzströme in Richtung Mitgliedsstaaten sind an restriktive harte Voraussetzungen geknüpft, was das Ziel Klimaneutralität betrifft (es müssen 30% in CO₂-neutrale Prozesse oder energiereduzierende Techniken fließen).

In der Mitteilung der Kommission mit dem Titel Clean Industrial Act finden sich die Zielstellungen des Green Deal, und daran ist zu erkennen, dass die Grundorientierungen bestehen bleiben:

- Klimaneutralität bis 2050,
- resiliente Wasserwirtschaft,
- Priorität Kreislaufwirtschaft,
- CO₂-armer Wasserstoff,
- Stärkung der Nachfrage nach sauberen Produkten (dabei auch ausdrücklich die öffentliche Auftragsvergabe),
- Senkung der Energiekosten,
- Stärkung derjenigen Industrien, die saubere Technologien entwickeln und/oder herstellen.

Für die zentralen Bereiche Kreislaufwirtschaft, Energie, dekarbonisierte Produkte und Wasserstoff werden operationalisierte Vorhaben beschrieben und in eine Zeitleiste eingetragen. Auch aus der Finanzierung ist ersichtlich, dass die groben Zielstellungen des Green Deal von der aktuellen Kommission nicht aufgegeben werden. Vorgesehen sind unter anderem die Einrichtung einer Bank für Dekarbonisierung (Ausstattung 100 Milliarden Euro), ein Business Case für saubere Energie (Ausstattung 100 Milliarden Euro) oder ein Investitionsfond für die Bereiche Batterie, Wasserstoff, saubere Technologien. Dass der Green Deal für die neue Kommissionsperiode keine Rolle mehr spielen würde oder mit eingeleiteten Maßnahmen sogar die relevante Rechtsetzung umgedreht werden sollte, kann bei genauer Betrachtung nicht bestätigt werden.

Deregulierung / Omnibusse

Am 26. Februar stellte die EU-Kommission das erste Omnibus-Reformpaket vor und eröffnete damit den Weg durch das Gesetzgebungsverfahren (Beteiligung von Parlament und Rat). Damit soll Vereinfachung in den Verwaltungsabläufen erzielt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auf dem Weltmarkt zu erhöhen – und somit die Voraussetzungen für Resilienz gegen Deindustrialisierung, Transformationsprozesse und sich verändernde Weltmarktbedingungen zu stärken. Auf dem Prüfstand stehen

- Die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD): hier sollen 80 % der derzeit erfassten Unternehmen aus dem Anwendungsbereich herausfallen: u.a. werden die Schwellenwerte (Beschäftigte, Umsatz, Vermögen) verändert: die Mitarbeiterzahl z.B. soll von 250 auf 1000 angehoben werden: damit würden weit über 95 % der Unternehmen aus der Berichtspflicht rausfallen. Außerdem werden die Abgabetermine für die Berichte um zwei Jahre nach hinten verschoben. (4)
- Die Richtlinie über die Erfüllung der Sorgfaltspflicht von Unternehmen (CSDDD – Lieferkettengesetz). Auch hier wird die Umsetzungszeit für die erste Welle der Berichterstattung um ein bis zwei Jahre verlängert. Unter anderem muss ein Klimaübergangsplan nicht mehr umgesetzt, sondern nur noch angenommen werden. (4)
- Die EU-Taxonomieverordnung und einige der dazugehörigen delegierten Rechtsakte, auch hier werden die Fristen verlängert und die Anzahl der berichtspflichtigen Unternehmen durch die Schwellenwerte zum Nachteil der

eigentlichen Zielsetzung einer möglichst flächendeckenden Berichterstattung umgestaltet. (4) (5)

- Der Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffbilanz (CBAM). Auch hier wird den Unternehmen deutlich mehr Zeit eingeräumt, rund 90 % der Importeure würden von der Meldepflicht befreit (nach Angaben der Kommission entfallen auf sie nur etwa ein Prozent der eingebetteten Emissionen). Verwaltungsakte sollen so umgestaltet werden, dass die Belastung für die in der Pflicht stehenden Unternehmen verringert werden. Im Vorfeld war man von 25 % Verringerung ausgegangen, tatsächlich gehen einige der vorgeschlagenen Änderungen aber weit darüber hinaus. (6) Teilweise würden dadurch die zugrundeliegenden Regelungen zu zahn-

losen Tigern. Entsprechend verschieden sind daher die Reaktionen der Unternehmer- bzw. der Arbeitnehmerseite (siehe Dokument-Auszüge).

(1) https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/clean-industrial-deal_de

(2) https://commission.europa.eu/document/download/8556fc33-48a3-4a96-94e8-8ecacef1ea18_en?filename=250201_Simplification_Communication_en.pdf (Englisch)

(3) https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-stellt-kompass-fur-wettbewerbsfahigkeit-vor-2025-01-29_de

(4) <https://www.umweltbundesamt.de/umweltberichterstattung-csr-richtlinie>

(5) https://www.lbbw.de/magazin/specials/fit-for-55/eu-taxonomie/eu-taxonomie_aepoiou3ap_d.html

(6) <https://www.dlapiper.com/en-be/insights/publications/derisk-newsletter/2025/the-eu-omnibus-sustainability-package--proposals-to-postpone-and-simplify-csrd-csddd-taxonomy>

Dok: BusinessEurope



(BusinessEurope ist ein europäischer Arbeitgeber- und Lobbyverband mit Sitz in Brüssel. Ihm gehörten im Jahre 2023 42 Mitgliedsverbände aus 36 Ländern an, Wikipedia):

- Sondierung weiterer Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten.
- Stoppen der übermäßigen Berichterstattungsanforderungen und des regulatorischen Aufwands.
- Verringerung der regulatorischen Belastung.
- Wirksame Strategie zur Bekämpfung des Arbeitskräfte- und Qualifikationsmangels.
- Bis Juni 2025 eine effiziente Strategie zur Beseitigung grenzüberschreitender regulatorischer Hindernisse in unserem Binnenmarkt.
- Unterstützung des Abschlusses der laufenden Handelsverhandlungen und Einsatz für eine zügige Ratifizierung der Abkommen mit dem Mercosur und Mexiko.
- Einheitliches Auftreten gegenüber den USA und Wahrung der europäischen Interessen mit dem Ziel, eine Verhandlungslösung zu finden.

Dok: Sozialversicherungsverband



Drei Schwerpunkte...

die Innovationslücke zu schließen, einen gemeinsamen Fahrplan für Dekarbonisierung zu entwickeln sowie Abhängigkeiten zu verringern

... und fünf horizontale Faktoren

Innovation und Versorgungssicherheit im Gesundheitsbereich. • Verein-

fachende Maßnahmen beim Arbeitsschutz (REACH-Verordnung, die die Registrierung, Zulassung, Beschränkung und Bewertung chemischer Stoffe regelt). • Digitalisierung und KI für mehr Wettbewerbsfähigkeit. • „EU Business Wallet“ für eine nahtlose Interaktion zwischen Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen. • Modernisierung der Sozialschutzsysteme.

Dok: Europäische Gewerkschaften



„... verurteilen den Omnibus-Vorschlag der Europäischen Kommission aufs Schärfste, der einen direkten Angriff auf die Rechenschaftspflicht von Unternehmen, die Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften sowie den Umweltschutz darstellt.“

Hinhaltetaktik, • Aushöhlung der zivilrechtlichen Haftungsbestimmungen, • Einschränkung der Sorgfaltspflicht von Unternehmen auf direkte Geschäftspartner, • weitere Einschränkung der Verpflichtungen zur Einbindung der Stakeholder, • Abschaffung der Verpflichtung zur Umsetzung von Klimaübergangsplänen...

„Gewerkschaftliche Forderungen: Jetzt den Omnibus zurückziehen! ... Europas Ruf als weltweites Vorbild in Sachen Menschenrechte, Nachhaltigkeit und fairer Wettbewerb steht auf dem Spiel. Die Zeit zum Handeln ist jetzt gekommen.“

Quelle: <https://www.etuc.org/sites/default/files/document/file/2025-03/Joint%20European%20Trade%20Union%20statement%20on%20the%20Omnibus%201%20Deregulation%20package%20%28DE%29.pdf>

Israel beendet Waffenstillstand – ägyptischer Plan für Gaza findet Unterstützung

Ulli Jäckel, Hamburg

Am 18. März beendete Israel den Waffenstillstand mit einer Serie schwerer Luftangriffe auf dicht besiedelte Gebiete im Gazastreifen, der die Entsendung von Bodentruppen folgte. Den Angriffen fielen in den ersten Tagen über 800 Menschen, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, zum Opfer. „Die Hamas beharrte darauf, an den ursprünglichen Bedingungen des Januar-Abkommens festzuhalten, dessen zweite Phase am 2. März hätte eintreten sollen. Diese Phase hätte die Freilassung aller noch lebenden Geiseln im Austausch für den vollständigen Abzug der israelischen Streitkräfte und ein dauerhaftes Ende des Krieges vorsehen sollen. Netanjahu lehnte diese beiden letztgenannten Bedingungen ab, obwohl er das schrittweise Abkommen unterzeichnet hatte. Die USA unterstützten Israels Abneigung gegen Phase zwei und machten die Hamas dafür verantwortlich, Angebote zur Verlängerung

der ersten Phase des Waffenstillstands abgelehnt zu haben.“ (Times of Israel, 25.3.25). Die Wiederaufnahme des Krieges führte zum Wiedereintritt von Ben-Gvir in die Regierung, die damit die Mehrheit zur Verabschiedung des Haushalts erlangte. Damit hat Netanyahu die Existenz seiner Regierung für ein weiteres Jahr gesichert. Inzwischen drohte er die Besetzung des Gazastreifens an, wenn Hamas die Geiseln nicht freilasse.

Ägypten führt derzeit die mühsamen Bemühungen der Vermittler um die Wiederherstellung des Waffenstillstands an. Der von Ägypten ausgearbeitete Wiederaufbauplan wurde nach Annahme durch den arabischen Krisengipfel am 4. März in Kairo zum offiziellen arabischen Plan. Auch die Organisation der Islamischen Konferenz (OIK), der 57 Nationen angehören, unterstützt den Plan. Der UN-Generalsekretär, die Afrikanische Union, die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens und die EU lobten den ägyptischen Vorschlag und sagten ihre Unterstützung zu. Ein Kommentar in der israelischen Tageszeitung „Haaretz“ stellte fest: „Ja zu Ägyptens Gaza-Vorschlag, Nein zu

Bevölkerungstransfer und endlosem Krieg.“ Die Organisation Standing Together bezeichnete den Plan als „Ausweg aus dem Albtraum der letzten 17 Monate“, und will ihn in Israel propagieren. Die Hamas hatte erklärt, sie habe dem von den Arabern unterstützten Plan zur Gaza-Verwaltung während einer Übergangsphase zugestimmt und sei bereit, die zweite Phase des Waffenstillstandsabkommens einzuleiten.



Abb.: Podcast mit Kommentierung durch den palästinensischen Journalisten Rami Abu Jamal
www.arte.tv/de/videos/122484-062-A/arte-journal-27-03-2025/

Am Mittwoch protestierten an verschiedenen Orten im Gazastreifen Hunderte gegen den Krieg, wobei auch Forderungen gegen die Hamas laut wurden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Bewegung an Breite gewinnen kann.

Ägyptens Wiederaufbauplan für Gaza

Ägypten hat einen umfassenden Wiederaufbauplan für den Gazastreifen entwickelt, der im Widerspruch zum Gaza-Plan des US-Präsidenten Donald Trump steht, der vorsieht, Gaza zu übernehmen und die palästinensische Bevölkerung zu vertreiben. (...)

Gesamtplan: Der Fünfjahresplan soll bis 2030 abgeschlossen sein und Gesamtkosten von 53 Milliarden US-Dollar verursachen. Er zielt auf die Unterbringung einer Bevölkerung von drei Millionen Palästinensern mit einer Bevölkerungsdichte von etwa 35 Personen pro Feddan (1 Feddan = 0,42 ha) ab. (...)

Finanzierung und internationale Unterstützung: Der Wiederaufbauplan benötigt 53 Milliarden US-Dollar an Finanzmitteln aus folgenden Quellen: • Vereinte Nationen, internationale Finanzinstitutionen, Geberländer und Entwicklungsbanken; • Ausländische Direktinvestitionen und Partnerschaften im privaten Sektor; – Ein vorgeschlagener international beaufsichtigter Treuhandfonds soll eine transparente und effiziente Mittelzuweisung gewährleisten. Ägypten plant, in Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Autonomiebehörde und den Vereinten Nationen eine hochrangige Ministerkonferenz in Kairo auszurichten, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. (...)

Politische Komponente: Der Krieg im Gazastreifen und seine humanitäre Katastrophe unterstreichen die dringende Notwendigkeit einer gerechten Lösung, die das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat an der Seite Israels sichert. Ein klarer politischer Rahmen im Einklang mit dem Völkerrecht ist

unerlässlich, um die Region zu stabilisieren, die Zweistaatenlösung voranzutreiben und das Zusammenleben zu fördern.

A – Zweistaatenweg: • Der Plan priorisiert die Rechte und die Würde der Palästinenser sowie die Zweistaatenlösung und sichert sowohl die palästinensische Selbstbestimmung als auch die israelische Sicherheit. • Die Tötung von Zivilisten, ob palästinensisch oder israelisch, muss verurteilt werden, und die Zerstörung im Gazastreifen ist nicht zu rechtfertigen. Die Gewährleistung des Bleiberechts der Palästinenser ist von entscheidender Bedeutung. • Der Gazastreifen ist integraler Bestandteil des palästinensischen Territoriums, und seine Abtrennung vom Westjordanland untergräbt den Frieden. Die Leugnung der palästinensischen Staatlichkeit wird weitere Konflikte schüren.

• Die Bewältigung der Gaza-Krise muss das Bleiberecht der Palästinenser respektieren. Zwangsvertreibung wird die Spannungen nur verschärfen und den Konflikt verschärfen. (...)

B – Aufrechterhaltung des Waffenstillstands (...)

C – Verwaltung des Gazastreifens während des Wiederaufbaus: Ein schrittweises Vorgehen ist erforderlich, um die palästinensische Verwaltung, den Wiederaufbau und einen zusammen-

hängenden Staat auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Frühe Wiederaufbaumassnahmen müssen die palästinensische Eigenverantwortung respektieren und internationale Resolutionen einhalten, die Gaza als Teil palästinensischen Landes anerkennen. Die Palästinensische Autonomiebehörde muss ihre Institutionen stärken, um eine vollständige Verwaltung zu ermöglichen.

Im Rahmen der Vorbereitungen für die bevorstehende Phase hat die palästinensische Regierung beschlossen, ein Gaza-Verwaltungskomitee einzurichten, das die Angelegenheiten des Gazastreifens während einer sechsmonatigen Übergangsphase verwalten soll. Dieses Komitee wird unabhängig sein, sich aus Technokraten und überparteilichen Persönlichkeiten zusammensetzen und unter dem Dach der palästinensischen Regierung agieren. (...)

D – Sicherheit und Regierungsführung im Gazastreifen: • Um die Rückkehr der Palästinensischen Autonomiebehörde zur Regierungsführung im Gazastreifen zu erleichtern, bilden Ägypten und Jordanien aktiv palästinensische Polizeikräfte aus, (...) • Eine Resolution des UN-Sicherheitsrats könnte eine internationale Präsenz in den palästinensischen Gebieten etablieren, um die Sicherheit zu erhöhen und den Staatsaufbau zu unterstützen. • Das Problem der bewaffneten Gruppierungen kann nur durch einen glaubwürdigen politischen Prozess zur Wiederherstellung der palästinensischen Rechte gelöst werden.

Der vollständige Plan: <https://english.ahram.org.eg/News/541424.aspx>

Wahlen in Grönland – „Besuchspolitik“ der Trump-Regierung

Ulli Jäckel, Hamburg. Die Bevölkerung Grönlands hat am 11. März die 31 Abgeordneten des Parlaments der Insel neu gewählt. Wahlsiegerin wurde die sozialliberale Oppositionspartei Demokraatit mit 29,9 % der Stimmen. Sie hatte sich im Wahlkampf für einen moderaten und langfristigen Weg in die staatliche Unabhängigkeit ausgesprochen und den regierenden Premierminister Egede dafür kritisiert, den Expansionsplänen von US-Präsident Donald Trump nicht energischer entgegengetreten zu sein. Zweitstärkste Kraft wurde die populistisch-nationalistische Partei Naleraq, die 24,5 % der Stimmen erhielt. Sie setzt sich als einzige Partei für eine sofortige Unabhängigkeit Grönlands von Dänemark ein. Die Partei Inuit Ataqatigiit des bisherigen Premierministers Egede kam nur noch auf 21,4 %. Egedes Koalitionspartner Siumut holte 14,7 % der Stimmen. Beobachter gehen davon aus, dass die bisherige Regierung vor allem aus innenpolitischen Gründen abgewählt wurde. Inzwischen haben sich vier Parteien auf eine Koalitionsregierung ohne Naleraq geeinigt. Zudem läuft der Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 1. April.

In dieser Situation kündigte die Frau des US-Vizepräsidenten Vance in Begleitung von US-Sicherheitsberater Waltz einen angeblich privaten Besuch in Grönland an. Der Wunsch nach einem Treffen mit dem Bürgermeister von Sisimiut wurde von diesem abgelehnt, Einwohner des Orts bereiteten Proteste vor. Die grönländische Abgeordnete im dänischen Parlament, Aaja Chemnitz, bezeichnete die bevorstehende Reise als Wahlbeeinflussung. Premierminister Egede bezeichnete den Besuch als gefährliche „Provokation“. In der Woche zuvor versammelten sich rund 800 Menschen in der Inselhauptstadt, um gegen die Rhetorik der USA zu protestieren, nachdem Präsident Donald Trump erklärt hatte, er glaube, die Annexion Grönlands werde stattfinden und Washington werde Grönland „auf die eine oder andere Weise“ bekommen. In einer Umfrage Ende Januar hatten es rund 85 Prozent der Grönländer abgelehnt, unter US-Herrschaft zu leben. In einem Interview auf Fox-News bekräftigte US-Vizepräsident Vance am 23.3. erneut, die Erlangung „größerer territorialer Interessen in Grönland“ sei der einzige praktische Weg, das nationale Sicherheitsproblem zu lösen. „Genau das wird Präsident Trump tun, denn ihm ist egal, was die Europäer uns entgegenschreiben; ihm sind die Interessen der amerikanischen Bürger wichtig“. Angesichts der Proteste fliegt jetzt Vance mit einer Delegation lediglich zu einem kurzen Besuch auf dem nördlich gelegenen US-Stützpunkt Pituffik.

Kiribati – zwischen Mächten und Menschen

Edda Lechner, Norderstedt

Kiribati liegt unter den rund ein Dutzend selbständigen Staaten im Pazifik direkt am Äquator und in der Mitte des Pazifischen Ozeans. Es ist von den typischen Problemen dieser Inselwelt betroffen: seine drei Inselgruppen und 33 Atolle mit rund 100 000 Einwohnern (vorrangig Mikronesier) auf 810 Quadratkilometer Fläche waren bis 1979 eine britische Kolonie. Das bedeutet, das Land hat eine geringe eigenständige wirtschaftliche Entwicklung vorzuweisen und ist mit einem extrem niedrigen Bruttoinlandsprodukt von etwa 1300 US-Dollar pro Kopf auf die Unterstützung anderer Länder angewiesen. Seine Einfuhren an Nahrungsmitteln, Maschinen und Brennstoffen übersteigen den Export um ein Vielfaches, nur mit der Produktion und dem Verkauf von Fisch und Kopra schaffen sie einen geringen Ausgleich. Das bedeutet – wie für die meisten dieser Inselstaaten – stetige, wenn auch wechselnde Abhängig-

und Polizeiunterstützung. Als Peking 2021 anbot, eine Landebahn aus dem Zweiten Weltkrieg auf der Insel Krotan zu modernisieren, löste dies allerdings Alarm in Washington aus.

Australien und Neuseeland sind die beiden Staaten, in die häufig auf Grund der schwierigen sozialen Lage und der Arbeitslosigkeit in Kiribati viele junge Menschen auswandern (was übrigens für weitere pazifische Staaten gilt). Australien ist bisher auch der größte Geldgeber Kiribatis gewesen. Seit der intensiven Kontakte des Inselstaates mit China zeigt dieser Kontinent sich aber zurückhaltender. Ein im vergangenen Jahr geplantes gemeinsames Partnerschaftsabkommen wurde verschoben. Dem ging voraus, dass australische Beamte und ein Marineoffizier die beantragten Visa von Kiribati verweigert wurden.

Nach Erfahrung und Meinung der Oppositionsführerin Lambourne ist Ki-

ribati mit seiner Regierungsform und der bisherigen Politik unter der Führung des Präsidenten Maamu ein von Autoritarismus und Isolationismus geprägtes Land. Es herrsche im Prinzip

ein Einparteiensystem, unliebsame Politiker würden abgeschoben und es mangle an Pressefreiheit und richterlicher Unabhängigkeit. Die Fürsorge für das unterentwickelte und krisenanfällige Land ist mangelhaft. Hingegen organisieren innerhalb des Landes aktive Bevölkerungsgruppen und Nichtregierungsorganisationen, z.B. die Green Hope Foundation, notwendige soziale und ökonomische Veränderungen. So werden die enormen Folgen des Klimawandels wie steigende Temperaturen, Dürren und schwindende Süßwasserquellen von örtlichen Aktivisten bekämpft. Frauengruppen und indigene Gemeinschaften sorgen dafür, dass der Mangel und die Verunreinigungen des Wassers beseitigt und sein Transport gesichert werden. Durch die Stiftung solarbetriebener Wasserfarmen und organisierter Workshops konnte die Bevölkerung ihren Wasserschutz in mehreren Dörfern selbst in die Hand nehmen. Wie auch anderswo in der Welt: die von der Klimaveränderung und sozialen Problemen betroffenen Menschen an der Basis nehmen die notwendige Umstrukturierung ihres Landes selbst in die Hand, während die eigene Regierung und die politisch-militärischen Weltmächte von anderen Interessen bewegt wird.

Schon gewusst, dass

- ... Kiribati 1999 als 186. Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde?
- ... Kiribati ein Verhältnis von Landfläche (886 Quadratkilometer) zu Wasserfläche (5 Millionen Quadratkilometer) von 1:5600 hat und sich somit etwa von der Fläche Berlins zur Fläche Europas verhält?



<https://de.wikipedia.org/wiki/Portal:Kiribati>

Aktuell sieht die Lage derzeit folgendermaßen aus: Für die USA liegt Kiribati günstig in der Nähe der amerikanischen Hawaii-Inseln und ist seit dem Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen Japan und durch seine Atomtests während des Kalten Krieges ein bevorzugtes Gebiet für seine militärischen Interessen. Deshalb liefern sie der bisher loyalen Regierung im Rahmen von verschiedenen Programmen – z.B. dem „Südpazifik-Thunfisch-Programm“ und dem „Millennium Challenge Corporation“ – Geld für den Schutz der Küstenscherei und eine dazu nötige berufliche Ausbildung.

Nachdem Kiribati 1997 zunächst Beziehungen mit der Volksrepublik China unterhielt, wechselte es 2003 zur Anerkennung Taiwans über. Unter der Regierung des Präsidenten Maamau, der gerade seine dritte Amtszeit angetreten hat, wurden 2019 wieder offizielle Beziehungen zu Chinas aufgenommen. 2020 besuchte Taneti Maamau persönlich Staatschef Xi Jinping in Peking und traf mit ihm mehrere Abkommen zur Seidenstraßeninitiative, was die finanzielle Unterstützung von 161 Millionen US-Dollar einbrachte. Außerdem erhielt Kiribati von der Volksrepublik Hilfe für die Fischerei, medizinische Dienste, Entsalzungssysteme, Gemeinschaftsgärten

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Die Reaktionen der Vereine und Verbände, auf die in den bisherigen Sondierungsergebnissen von CDU/CSU und SPD angekündigten Maßnahmen zur frühkindlichen Bildung, fallen unterschiedlich aus. Immerhin sollen die Sprach-Kitas wieder eingeführt werden, die aus unerfindlichen Gründen von Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) abgeschafft worden waren.

Deutscher Kitaverband sieht positive Signale in den Sondierungsergebnissen

Der Deutsche Kitaverband begrüßt die in den Sondierungsergebnissen von CDU/CSU und SPD angekündigten Maßnahmen zur Förderung der frühkindlichen Bildung. Insbesondere die Wiederaufnahme des Bundesprogramms Sprach-Kitas sowie die Einführung eines Kita-Startchancenprogramms sind richtige Schritte, um Bildungsgerechtigkeit von Anfang an zu sichern. Gleichzeitig fordert der Verband eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung für Kita-Träger, um die Betreuungsqualität langfristig zu sichern. „Die Rückkehr der Sprach-Kitas ist ein wichtiger Schritt, um die frühkindliche Sprachförderung nachhaltig zu stärken. Dies muss jedoch durch eine gezielte Qualifizierung von Fachkräften und eine angemessene Personalausstattung ergänzt werden“, erklärt Waltraud Weegmann, Bundesvorsitzende des Deutschen Kitaverbands.

Weegmann weiter mit Blick auf das <https://www.deutscher-kitaverband.de/deutscher-kitaverband-sieht-positive-signale-in-den-sondierungsergebnissen-weitere-konkretisierung-notwendig/>

geplante Kita-Startchancenprogramm, das insbesondere benachteiligten Kindern bessere Bildungsperspektiven bieten soll. „Es ist ein richtiger Ansatz, mehr Mittel gezielt dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten benötigt werden. Entscheidend ist aber die Umsetzung, damit die Mittel direkt in Verbesserungen vor Ort fließen“, so Weegmann.

Der Verband fordert, dass beide Programme strukturell abgesichert werden, um zu verhindern, dass sie von Legislaturperiode zu Legislaturperiode neu verhandelt werden müssen.

Der Deutsche Kitaverband sieht die geplanten 500 Milliarden Euro für Infrastrukturinvestitionen als eine Chance, die auch für die frühkindliche Bildung genutzt werden muss. „Länder und Kommunen müssen explizit die Möglichkeit erhalten, aus diesem Sondervermögen in Kitas zu investieren – in Gebäude, Ausstattung und Personal“, fordert Weegmann.

AWO, GEW und KTK-Bundesverband: „Neue Bundesregierung muss sich für Qualität in der frühen Bildung stark machen!“

Bündnis für Kita-Qualität richtet Appell an Beteiligte der Koalitionsverhandlungen

Investitionen in die heranwachsende Generation legen den Grundstein für eine bessere Zukunft. Eine gute und bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung stärkt die Gesellschaft. „Eine neue Bundesregierung muss sich für Qualität in der frühen Bildung stark machen und die dafür notwendigen Finanzmittel dauerhaft zu sichern und ausbauen – auch nach 2026“, fordert daher das Kita-Qualitätsbündnis aus Arbeiterwohlfahrt (AWO), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Verband Katholischer Tageseinrichtungen (KTK) – Bundesverband in einem gemeinsamen Appell an die Beteiligten der Koalitionsverhandlungen, der von einer Vielzahl von weiteren Organisationen unterzeichnet wurde.

Maike Finnnern, GEW-Vorsitzende: „Bildung von Anfang an ist der Schlüssel zu einer gerechten und inklusiven Gesellschaft. Eine neue Bundesregierung muss schnell handeln, denn wir brauchen dringend bundesweit gute Rahmenbedingungen in der frühkindlichen Bildung und die dafür notwendigen Finanzmittel. Hier muss der Bund Ver-

GEMEINSAMER APPELL

Sehr geehrte Koalitionsverhandelnde, sehr geehrte Damen und Herren,

gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein erklärtes politisches Handlungsziel unseres Grundgesetzes.

Der Bund darf sich deshalb nicht aus seiner Verantwortung zurückziehen. Investitionen in die heranwachsende Generation legen den Grundstein für die Zukunft. Eine gute und bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung stärkt unsere Gesellschaft.

Der Auftrag von Kindertageseinrichtungen ist nach dem Achten Sozialgesetzbuch geregelt und damit im Rahmen der öffentlichen Fürsorge verortet. Kitas sollen eine ganzheitliche Bildung, Betreuung und Erziehung bieten, die auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingeht. Ziel ist es, Kinder in ihrer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und ge-

meinschaftsfähigen Persönlichkeit zu begleiten. – Kinder und ihre Familien benötigen ein verlässliches Unterstützungssystem, das ihre Bedarfe wahr- und ernst nimmt. Nicht zu vergessen: Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte sind gleichzeitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige, Unternehmerinnen und Unternehmer und

damit Steuerzahlende. – Aufgrund dieser grundlegenden Bedeutung für unsere demokratische Gesellschaft betrachten wir es als eine maßgebliche Verantwortung des Bundes, für eine strukturelle Qualität Sorge zu tragen, die es jedem Kind unabhängig von der Postleitzahl ermöglicht, eine gute Kita zu besuchen.

Wir fordern Sie als Koalitionsverhandelnde dazu auf,

- die Bedeutung der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung anzuerkennen und in Ihrem Koalitionsvertrag den Willen zu verankern, den im Jahr 2014 begonnenen Prozess zwischen Bund und Ländern fortzuführen und die Qualität der Kindertagesbetreuung bundesweit weiterzuentwickeln,
- seitens des Bundes Mittel dauerhaft bereitzustellen, um die Qualität in den Kitas langfristig zu sichern und auszubauen – auch nach 2026.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass jedes Kind die bestmöglichen Startbedingungen erhält.



antwortung übernehmen und sich für die frühe Bildung stark machen.“

Marvin Deversi, Vorstand im AWO-Bundesverband: „Als Bündnis halten wir an unseren bekannten Forderungen wie etwa einem angemessenen Personalschlüssel, dem Anspruch auf Fort- und Weiterbildung und dem Anspruch auf Fachberatung fest. Wir wissen genau: Das Kita-System ist bereits hochkompetent, es braucht aber dringend passgenaue Unterstützung vom Bund. Die allseits bekannten Schwachstellen müssen jetzt in Angriff genommen werden.“

Mirja Wolfs, Vorsitzende des KTK-Bundesverbandes: „Es ist ein wichtiges Signal, dass die Verhandelnden gerechte und gleiche Bildungschancen für alle Kinder als Ziel benannt und die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für die Kitas betont haben. Entscheidend wird nun sein, dass diesen Worten Taten folgen. Wir werden die Umsetzung der zugesagten Maßnahmen in den nächsten vier Jahren intensiv verfolgen und die Verantwortlichen daran messen.“

<https://awo.org/pressemeldung/awo-gew-ktk-appell-fruehe-bildung/>

Kita-Fachkräfteverbände zum Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD

Keine ernsthaften Bemühungen um kindgerechte und entwicklungsförderliche Standards für alle deutsche Kitas erkennbar

Die Absichtserklärungen zum Thema frühkindliche Bildung im Sondierungspapier von CDU und SPD verkennen die schlechten Rahmenbedingungen in unseren Kitas und bieten keine grundsätzlichen Lösungen, um bundesweit gute frühkindliche Bildung und Chancengerechtigkeit in unseren Kitas zu etablieren.

Wir begrüßen das im Papier formulierte Ziel, beste Bildung auf allen Ebenen zu etablieren. Zitat aus dem Sondierungspapier: „Als rohstoffarmes, von Industrie geprägtes, exportorientiertes Land sind wir auf ein leistungsfähiges, innovatives Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystem angewiesen. Eine hervorragende Bildung auf allen Ebenen ist dafür das Fundament. Alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland sollen gerechte und gleiche Bildungschancen für ein selbstbestimmtes Leben haben.“

Zur Erreichung dieses Ziels werden eine frühzeitige Sprachdiagnostik, die Wiederaufnahme der Sprachkita-Programme und die Ausweitung des Startchancenprogramms auf Kitas in herausfordernden Lagen genannt.

Frühzeitige Sprachdiagnostik: Erzieher* innen sind nicht ausgebildet, um diagnostische Verfahren durchzuführen, bzw. dürfen keine Diagnosen jeglicher Art stellen. Entgegen einer Sprachstands-erhebung kann eine Sprachdiagnostik daher nicht in Kitas durchgeführt werden.

Info: Die Bereitschaft zu einer Kooperation haben Bund und Länder in der vergangenen Legislaturperiode im gemeinsamen „Letter of Intent zwischen der Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ vom 27. März 2024 klar festgehalten. Darin heißt es: „In gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern werden wir den gemeinsam begonnenen Prozess zur Weiterentwicklung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege nahtlos weiterführen.“

Seit mehr als zehn Jahren setzt sich das Bündnis für Kita-Qualität aus AWO, GEW und KTK-Bundesverband für mehr Qualität in der Kindertagesbetreuung ein. Kernforderungen sind bundesweit verbindliche Standards, u.a. gute Personalschlüssel, Leitungsfreistellung sowie mehr Zeit für Fort- und Weiterbildung, Fachberatung und die Berücksichtigung der mittelbaren pädagogischen Arbeitszeit.

Die Wiederaufnahme der Sprachkita-Programme:

Daran schließt sich die Frage an, wie Kitas eine kontinuierliche und gezielte Sprachförderung im Kita-Alltag bei allen Kindern mit Förderbedarf gewährleisten sollen. Vor Abschaffung des Bundesprogramms zur Sprachförderung waren lediglich 12,5 % aller Kitas Nutznießer und bekamen zusätzlich eine Sprachförderkraft in ihrer Einrichtung zur Verfügung gestellt. Kinder mit Sprachförderbedarf gibt es aber in jeder deutschen Kita. Was geschieht mit den 87% aller Kitas, die keine zusätzlichen personellen Ressourcen erhalten?

Die Ausweitung des Startchancenprogramms auf Kitas in herausfordernden Lagen:

Zusätzliche Förderung für Kitas nach sozialräumlichen Gesichtspunkten begrüßen wir. Allerdings gibt es ein grundsätzliches Problem. Die seit vielen Jahren von Wissenschaft und Fachpraxis angemahnten Mindeststandards für eine gute Kita-Qualität gelten als nicht finanzierbar und werden deshalb nicht umgesetzt. So haben beispielsweise alle Bundesländer bereits 2019 im Rahmen des sogenannten Gute-Kita-Gesetzes unterschrieben, dass sie eine Fachkraft-Kind Relation nach fachlichen Mindestanforderungen anstreben. Dafür sollten bundeseinheitliche kindgerechte Personalstandards etabliert werden, die bis heute auf sich warten lassen.

Beste Bildung für unser rohstoffarmes, exportorientiertes Land kann nur mit den notwendigen finanziellen Mitteln gelingen. Das Kita-System bildet das Fundament des Bildungssystems. Wer hier investiert, legt die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und Sicherung unseres Wohlstands.

Dem Bund obliegt die Aufgabe, allen Kindern und Jugendlichen in Deutschland gerechte und gleiche Bildungschancen für ein selbstbestimmtes Leben zu bieten sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern. Damit das gelingt, fordern wir eine stärkere dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an der frühkindlichen Bildung. Gemeinsam mit Kommunen und Ländern trägt auch der Bund Verantwortung für ein qualitativ hochwertiges Kita-System, auf das Kinder, Fachkräfte und Eltern seit Jahren vergeblich hoffen.

Kita-Rahmenbedingungen, die nicht entwicklungsförderlich sind, gefährden die kindliche Entwicklung. Ohne ausreichend Zeit und Raum für Zuwendung, intensive Interaktion und Begleitung der kindlichen Entwicklung bleibt das im Sondierungspapier genannte Ziel einer hervorragenden Bildung auf allen Ebenen ein Lippenbekenntnis.

<https://kitafachkraefteverband-rlp.de/stellungnahme-der-kita-fachkraefteverbaende-zum-sondierungspapier-von-cdu-csu-und-spd/>

Zentrale Weichenstellungen für Solidarität und Zusammenhalt vornehmen und zügig ins Handeln kommen!

Zu den Ergebnissen der Sondierung zwischen CDU, CSU und SPD erklärt der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes e.V., Dr. Joachim Rock:

Punktewie ein Startchancenprogramm für die Kita, frühe Berufsorientierung für verbesserte Übergänge zwischen Schule und Beruf und die Verhinderung von Schulabbrüchen sind im Einzelnen zu begrüßen, werden den Herausforderungen von Kindheit und Jugend in Deutschland aber nicht gerecht. Eine Zukunftssicherung für junge Menschen sieht anders aus. Die Abschaffung von Kinderarmut, die umfassende Ermöglichung gleicher Teilhabechancen und eine zukunftssichernde Klimapolitik ist das, was junge Generationen brauchen. Gleichstellungspolitisch kommen wir mit einer einheitlichen Mütterrente und einem jährlichen Familienbudget für Alltags-helfer nicht voran. Lohnangleichungen zwischen Frauen und Männern sollen geprüft werden. Hier fehlt der gemeinsame politische Wille, Gleichstellung wirklich umzusetzen.

<https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/statement-zum-sondierungspapier/>

Brombeer-Koalition Thüringen: Konservative Wende in der Bildungspolitik

Soziale Verantwortung übernehmen und Sprachkitas weiterführen – Brombeerkoalition streicht Sprachkita-Programm

Die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, Ulrike Grosse-Röthig, kritisiert die geplante Streichung des Sprachkita-Programms scharf: „Die Entscheidung, das erfolgreiche Sprachkita-Programm zu streichen, ist unsozial und grenzt aus – gleichzeitig verpflichtende Sprachtests für Vorschüler einzuführen ist völlig widersinnig. Genau jene Unterstützung abzuschaffen, die Kindern mit Sprachförderbedarf hilft, sie dazu befähigt, ihre

<https://www.die-linke-thl.de/aktuelles/startseite/detail/soziale-verantwortung-uebernehmen-und-sprachkitas-weiterfuehren-brombeerkoalition-streicht-sprachkita-programm/>

Potenziale zu nutzen, spricht Bände. Die Kürzungen treffen alle Kinder, egal aus welchem Elternhaus. Die Regierung grenzt damit einmal mehr aus, statt Teilhabe zu ermöglichen. Wir brauchen in Thüringen jedes Talent.“

Die Fraktion Die Linke folgt diesem Weg nicht und steht dabei an der Seite der Einrichtungen, Familien und Kinder und hat einen Änderungsantrag zur Weiterfinanzierung des Sprachkita-Programms eingebracht. Grosse-Röthig

dazu: „Kinder sind eine Priorität, die wir uns leisten müssen und können, das haben wir mit unserem Antrag gezeigt. Die Finanzierung kann gesichert werden, wenn Mario Voigt und seine Brombeerkoalition zustimmen. Aus der SPD hören wir dazu ja positive Stimmen. Wir appellieren daher an die Regierungskoalition, soziale Verantwortung zu übernehmen und den Änderungsantrag zu unterstützen, damit Sprachförderung nicht dem Rotstift zum Opfer fällt.“

Schulfrieden in Gefahr: Bildungspolitik auf dem falschen Kurs

Angesichts der anhaltenden Debatte über den Schulfrieden und der aktuellen Pläne des Thüringer Bildungsministeriums zur Änderung der Schulordnung fordert Ulrike Grosse-Röthig, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag: „Thüringen muss ein modernes Bildungsland bleiben. Die Errungenschaften der letzten Jahre und Jahrzehnte dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. ‚Politik von oben‘, so wie sie hier praktiziert werden soll, stößt Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern nur vor den Kopf.“

Die Brombeer-Koalition hat sich in ihrem Sondierungspapier zum Thüringer Schulfrieden bekannt und dazu, <https://www.die-linke-thl.de/aktuelles/startseite/detail/schulfrieden-in-gefahr-bildungspolitik-auf-dem-falschen-kurs/>

alle Schulformen gleichberechtigt behandeln zu wollen und sich sowohl für mehr Selbstbestimmung in der Bildung als auch für mehr Eigenverantwortung in Schulen einzusetzen. „Das Versprechen der Einhaltung des Schulfriedens droht aufgekündigt zu werden. Mit der verpflichtenden leistungsbezogenen Versetzungsentscheidung an Gemeinschaftsschulen am Ende des Schuljahres in Klasse 6 und 7 ist der Schulfrieden faktisch Geschichte. Auch die heiß geführte Debatte um Kopfnoten in Schulen ist vollkommen überflüssig. Sie dient nur als Sanktionsinstrument, statt als konstruktive Rückmeldung zu Leistungen und Entwicklungsmöglichkeiten.“

Solche Maßnahmen lenken von den eigentlichen Herausforderungen ab“, erklärt die Linke-Bildungspolitikerin.

Durch den ehemaligen linken Bildungsminister Helmut Holter waren in der Vergangenheit zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, um dem Unterrichtsausfall durch die Gewinnung von Lehrkräften entgegenzuwirken. Abschließend fordert Grosse-Röthig: „Statt Lehrkräften mit einer weiteren Benotung Arbeit aufzuerlegen, sollte sich der neue Bildungsminister darauf konzentrieren, dass die Arbeitsbedingungen vor Ort noch besser werden und die Schulen ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden können.“

Bezahlkarte in NRW zunehmend unbeliebt

Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen. Über 40 NRW-Städte, darunter Düsseldorf, Köln, Bonn, Bochum und Dortmund, haben mittlerweile nach Einführung der landesweiten Regelung einen sogenannten Opt-Out-Beschluss gegen eine Bezahlkarte für Geflüchtete gefasst. Allerdings droht nach derzeitigem Stand der Koalitionsverhandlungen eine verpflichtende bundesweite Regelung. Wir dokumentieren dazu aus einer Erklärung von ProAsyl anlässlich des Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März. Das Bild zeigt eine Kundgebung der Seebrücke Essen vor dem Rathaus.

Internationaler Tag gegen Rassismus: Solidarität statt diskriminierender Bezahlkarte

Mit der Einführung der Bezahlkarte für Schutzsuchende werden die Stigmatisierung geflüchteter Menschen und ihre gesellschaftliche Ausgrenzung weiter vorangetrieben. Die Bezahlkarte bedient das haltlose und diskriminierende Narrativ von Flucht aufgrund des „Pull-Faktors“ hoher Sozialleistungen. Auch das zweite mit der Bezahlkarte verbundene Ziel, die



Entlastung der Verwaltung, wird nicht erreicht; im Gegenteil führt ihre Einführung erwartbar zu erheblichem Mehraufwand für die Leistungsbehörden. Viele nordrhein-westfälische Kommunen haben sich aus den genannten Gründen bereits für die Nutzung der in der Bezahlkartenverordnung NRW eingeräumten sogenannten Opt-Out-Möglichkeit entschieden, die es erlaubt, bei dem bisherigen System der Leistungsgewährung zu bleiben. Inzwischen haben CDU/CSU und SPD in ihrem Sondierungspapier vom 8.3.2025, das als Grundlage der derzeitigen Koalitionsverhandlungen zwischen beiden Parteien dient, eine verpflichtende

flächendeckende Einführung der Bezahlkarte angedeutet. Des Weiteren wollen die voraussichtlichen künftigen Regierungsparteien die „Umgehung“ der Karte „unterbinden“ – ein Hinweis auf ein mögliches (rechtliches) Vorgehen gegen Initiativen, die per Bezahlkarte erworbene Gutscheine in Bargeld umtauschen. „Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich im Bund vehement gegen diese Pläne einsetzt“, so Birgit Naujoks. „Eine verpflichtende Einführung der Bezahlkarte – die nicht zuletzt dem Willen vieler hiesiger Kommunen widerspricht – würde eine weitere Ausgrenzung von Schutzsuchenden bedeuten.“

<https://www.fmrnw.de/top/internationaler-tag-gegen-rassismus-solidaritaet-statt-diskriminierender-bezahlkarte.html>

Bundestagswahl 2025: Licht (in Köln) und Schatten (in Gelsenkirchen und Mannheim)

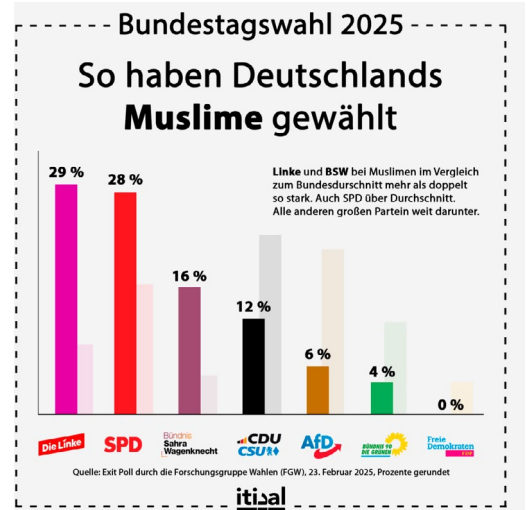
Thorsten Jannoff, Gelsenkirchen.

Die Linke hat bei der Bundestagswahl mit 8,8 Prozent ein überraschend gutes Ergebnis eingefahren. Für viele, die aktiv im Wahlkampf unterwegs waren, war das zum Schluss nicht mehr ganz so überraschend – an den Infoständen wuchs Woche für Woche die Zustimmung.

Ein wichtiger Grund dafür: Friedrich Merz und sein Taktieren mit der AfD im Bundestag. Besonders diejenigen jungen Menschen hat das aufgerüttelt, die ihr Leben selbstbestimmt und individuell gestalten wollen, aber das eben auch in einer solidarischen Gesellschaft. Dafür braucht es bezahlbaren Wohnraum und einen respektvollen Umgang mit allen Menschen. Geflüchtete als Sündenböcke für gesellschaftliche Probleme hinzustellen, widerspricht dem.

Doch das Wahlergebnis hat auch eine üble Kehrseite: den deutlichen Stimmenzuwachs der AfD. Nicht nur fast ganz Ostdeutschland ist blau oder besser braun eingefärbt, auch im Westen konnte die AfD in Kaiserslautern und Gelsenkirchen die meisten Stimmen gewinnen. Gerade in Gelsenkirchen zeigt sich, wie sehr strukturelle Probleme den gesellschaftlichen Zusammenhalt ver-

schlechtern. Eine unzureichende finanzielle Unterstützung durch den Bund, die fehlende Altschuldenregelungen und hohe Sozialkosten belasten die Stadt. Die Folgen des Strukturwandels – wegbrechende Sozialbindungen, soziale Unsicherheit und ein vernachlässigtes Stadtbild – verstärken das Gefühl der Entfremdung. Zudem zeigen sich die Folgen einer langen Zeit abweisenden (Nicht)Integrationspolitik, durch die – trotz mehr als 60 Jahren Einwanderungsgeschichte – die Milieus nie wirklich zusammengefunden haben, am ehesten noch im Arbeitsleben. Das tritt wegen der hohen Arbeitslosigkeit in den Hintergrund und besonders für die vielen Zugewanderten aus Südosteuropa, die oft keinen regulären Arbeitsplatz finden und eher im informellen Sektor arbeiten, gibt es kaum gesellschaftliche Anknüpfungspunkte. Gleichzeitig entstehen Nachbarschaftskonflikte durch unterschiedliche Lebenspraktiken, was bestehende Spannungen verstärkt – eine perfekte Mischung für die AfD, die Ressentiments in Rassismus verwandelt.



Im Gegensatz zu Gelsenkirchen hat Die Linke in Köln besser abgeschnitten als die AfD. Wir werfen einen Blick auf die dortigen Wahlergebnisse und aus Mannheim, mit einer detaillierten Auswertung auf Stadtteilebene, die interessante Rückschlüsse auf andere Städte ermöglicht. Außerdem dokumentieren wir eine Grafik zum Wahlverhalten der Muslime. Dort ist Die Linke – wie auch bei den jungen Menschen – stärkste Kraft geworden.

Bundestagswahl: Die Linke in Köln so stark wie noch nie!

Jörg Detjen, Köln (aus Platzjabbeck Nr. 1/2025)

Dank aber auch an die neue Parteispitze in Berlin. Die Doppelstrategie mindestens drei Direktwahlkreise zu erzielen, aber auch die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, ist aufgegangen. Die Ankündigung des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten, deutlich über 30 % der Stimmen zu bekommen, wurde nicht wahr. 28,6 % ist das zweischlechteste Ergebnis der CDU/CSU. Die Abgrenzung der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel gegenüber Merz war schon etwas Besonderes, auch der öffentliche Widerspruch von katholischer und evangelischer Kirche gegen Merz' Flüchtlingspolitik.

Die CDU erhielt viele Stimmen von der SPD, gab aber auch 800 000 Stimmen an die AfD ab. Die rechte Hetze und Stimmungsmache der CDU/CSU bewirkte mal wieder das, was prophezeit wurde. Die Leute wählen dann doch das Original. 20,8 % für die AfD bedeutet eine Rechtsentwicklung in Deutschland, mit der Friedrich Merz spielt, sie einsetzt und versuchen wird, den möglichen Koalitionspartner SPD gewaltig unter Druck zu setzen.

Das ist die Entmenschlichung von Politik, nicht nur in der Geflüchtetenpolitik, beim Bürgergeld, sondern auch bei vielen Individualrechten der Menschen.

Das Altschuldenprogramm für die Kommunen steht nicht mehr im CDU-Wahlprogramm. Das kann dazu führen, dass die Kommunen in eine Lage getrieben werden, die Entmenschlichung bei konkreten Maßnahmen vor Ort, z. B. Kitas mitzutragen, weil die finanziellen Mittel nicht mehr vorhanden sind. Merz' Münchner Hetzrede am Vorwahlabend, dass es keine grün-linken Mehrheiten mehr gebe, war schon bezeichnend. Mehr Geld für Militär und der Wirtschaft wird in seinem Regierungsprogramm stehen.

Die Linke hat großen Stimmenzuwachs bei jungen Wählerinnen und Wählern, vor allem bei Frauen, und sie gewinnt bei Arbeiter*innen und Angehörigen dazu.

Moritz Warnke schreibt in seiner Wahlanalyse für die Rosa-Luxemburg-Stiftung: „Der Wahlkampfverlauf war für Die Linke vorteilhaft: es gab kein knappes Rennen um das Kanzleramt, so dass es – anders als 2021 – für rot-rot-grüne Wechselwähler*innen auch keine ‚taktischen‘ Gründe gab SPD oder Grüne zu wählen, die ohnehin angeschlagen aus der Ampelkoalition gingen.“

In wenigen Wochen verdoppelte sich die Mitgliedschaft der Linken im Bund,

auch in Köln. Es entsteht gerade eine neue linke Kraft in der Gesellschaft. Die Herausforderungen und die Chancen sind enorm. Das ist vielen Akteuren in der Kölner Linken klar.

In Köln hat Die Linke ihr bestes Wahlergebnis seit 1990 erzielt. Mit 14,9 % und 90 000 Wähler*innen wurde der Wahlerfolg von 2017 noch getoppt (11,5 % und 63 000 Stimmen).

Die linken Wähler*innen sind klug. Sie wählen dann auch mal eine SPD-Kandidatin mit der Erststimme, um die CDU zu verhindern. Gleiches fand im Wahlkreis Köln II mit einem grünen Kandidaten statt.

Die Linke wurde im Stadtteil Kalk mit über 30 % auf Platz 1 gewählt, auch in drei weiteren Kölner Stadtteilen wurden wir stärkste Kraft. Im ganzen Stadtbezirk Ehrenfeld wurde Die Linke hinter den Grünen mit 20 % zweistärkste Partei.

Die Kölner Linke hat in NRW das beste Wahlergebnis. Im Unterschied zu einigen anderen Großstädten wie Bielefeld, Dortmund, Essen, Bochum, Wuppertal und auch Düsseldorf deutlich mehr Stimmen als die AfD. Die zahlreichen großen Protestaktionen gegen die AfD in Köln zeigten Wirkung.

Mannheim: Blick auf die Stadtteilergebnisse der Bundestagswahl 2025

Thomas Trüper, Mannheim (Text)

Grafiken: KIM, teils unter Verwendung von Google Maps. Datenquellen: Von der Wahlbehörde der Stadt Mannheim veröffentlichtes Ergebnis der Bundestagswahl im Wahlkreis 275. Daten zur Vogelstang: Kommunale Statistikstelle, Vogelstang auf einen Blick, 2023. Ferner das Straßenverzeichnis der Stadt Mannheim zu allen Wahlbezirken. <https://kommunalinfo-mannheim.de/2025/03/13/blick-auf-die-stadtteilergebnisse-der-bundestagswahl-2025/>

Die Bundestagswahl führte zu bedeutenden Gewichtsverschiebungen zwischen den Parteien. Mannheim folgte hier dem Bundestrend. Die drei Ampelparteien haben kräftige Verluste zu verzeichnen. Gewinnerinnen sind die AfD, Die Linke und die CDU. Bei den „Sonstigen“ haben die größeren der kleineren Parteien Verluste hinnehmen müssen. Dennoch legten die „Sonstigen“ insgesamt leicht zu, weil das neue BSW 7 150 Stimmen (4,7%) erzielte, was offensichtlich weder der Linken schadete noch der AfD, was für manche eine heimliche Hoffnung von Sinnstiftung für das Bündnis war.

Der Blick soll nun auf die 38 Mannheimer Stadtteile gerichtet werden. Im Folgenden werden ausschließlich die Zweitstimmen betrachtet. Von besonderem Interesse ist – wie bei jeder Wahl – wer wählt warum diese rechtsradikale Partei. Eine gängige Erklärung ist immer wieder, es seien vor allem die armen Volksschichten, die tief verunsichert sich eine starke Kraft wünschen, die „endlich mal aufräumt und die alles ändert“ was schlecht ist, kurz: die „für den Kleinen Mann eintritt“.

Die AfD-Skala

Zunächst eine Grafik, die veranschaulicht, wo die AfD ihre Erfolge erzielt, und wie in diesen Stadtteilen die Brandmauer-Parteien dastehen. Die Stadtteile sind nach der Stärke der AfD aufsteigend sortiert.

Wo liegt hier das Problem und warum vermitteln diese Ergebnisse einen nicht vollständig zutreffenden Eindruck? Weil das Briefwahlverhalten zwischen Anhänger*innen / Wähler*innen der

unterschiedlichen Parteien sehr unterschiedlich ist. Das ist unten beispielhaft für den Stadtbezirk Vogelstang dargestellt. Wähler*innen der AfD nutzen nur zu ca. 15% die Briefwahl, Wähler*innen der Grünen ca. zu 42% (auch in dieser Beziehung also ein diametraler Gegensatz zwischen AfD und Grünen). Am Ende führt das in den Stadtteilen und Wahlbezirken zu einer überhöhten Darstellung der AfD-Wahlergebnisse. Das führte v.a. bei älteren SPD-Mitgliedern schon zu verzweifelter Reaktionen: „Jetzt schufte ich seit Jahrzehnten politisch im Kiez und habe auch viel für die Mitmenschen regeln und erreichen können, und dann hast du 45% AfD in der Umgebung.“ In Wirklichkeit sind es einschließlich Briefwahl „nur“ 38%.

Unter diesem Briefwahl-Vorbehalt nun also der Blick auf die Erfolgsspur der AfD durch die Stadtteile hindurch, und wie sich den Brandmauerparteien dem gegenüberstehen (wohlgemerkt: Die AfD-Linie verläuft tatsächlich flacher, die der anderen Parteien etwas steiler):

Zwischen Jungbusch und Neckarstadt-West bekommt die AfD keinen rechten Fuß auf den Boden. Die Abneigung besteht wohl gegenseitig. Jungbusch und Neckarstadt-West sind Hochburgen der Linken. Es sind Zuzugspunkte von süd-osteuropäischen Migrant*innen, und studentische Milieus haben hier in den letzten Jahren aufgrund der Gentrifizierung sehr zugenommen. Andererseits liegt in diesem ersten Viertel der Grafik auch Neuostheim, ein sehr gut bürgerlicher Stadtteil. Wie bei eigentlich jeder Wahl bewegen sich die Linien der AfD und der Grünen scherenförmig aus-

einander. Kreuzungspunkt bei dieser Wahl ist der Almenhof. Dies entspricht der Tatsache, dass die Grünen das „rote Tuch“ der AfD sind: Vom Hass gegen jede Form von notwendiger Klimapolitik über die Verachtung für „Multi Kulti“ bis hin zur Hassfigur des scheidenden Wirtschafts- und Energieministers Habeck. Im gut bürgerlichen Milieu (wie Lindenhof und Schwetzingenstadt / Oststadt, in Vororten mit einst dörflichem Charakter ist die AfD weniger vertreten (10%-Prozentbereich).

In der rechten Hälfte der Grafik reißen sich die Stadtteile auf, in denen die Industrie- und Dienstleistungsarbeiterschaft stark vertreten ist bis hin zu Schönau-Nord mit 38,1% (Urnenergebnis). Alles einstige SPD-Stadtteile. Heute dümpelt die SPD quer durch die Stadt in einem Korridor von 15-20%. Die AfD hat in diesen Stadtteilen die Stimmführerschaft übernommen. Im Stimmbezirk 071.11 zwischen A6, Lilienthalstraße und Königsberger Allee mit freistehenden GBG-Zeilen, die zurzeit saniert werden, kommt die AfD bei der Urnenwahl auf einen Spitzenwert von 45% (286 von 1.565 wahlberechtigten Personen). Sind es die Menschen aus der größten Armut inklusive öffentlichem Alkoholkonsum, die da die AfD wählen, oder diejenigen, die sich über diese Menschen aufregen? Wohl eher Letztere.

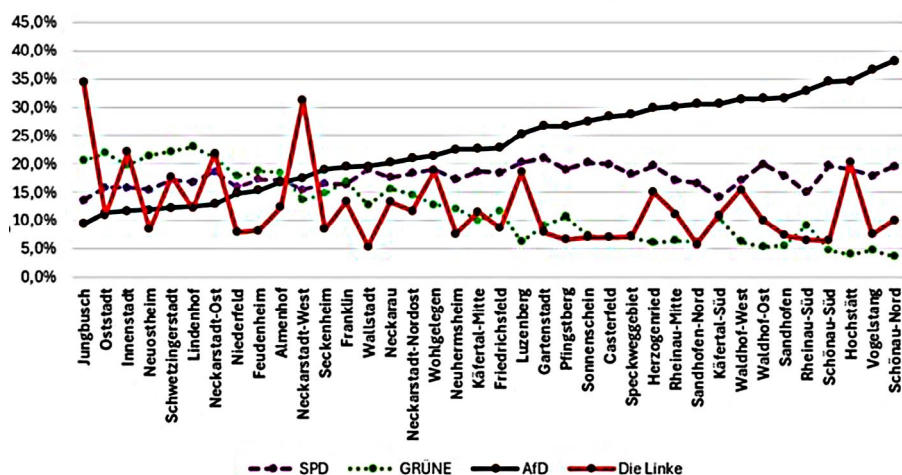
Eines zeichnet sich ganz deutlich ab: Das inzwischen bundesweit viel diskutierte Phänomen einer großen Affinität der Industriearbeiterschaft zur AfD ist aus dieser AfD-Skala der Stadtteile unmittelbar nachvollziehbar.

Heizungsgesetz, Grundsteuer und „Ausländer“-Hysterie

Neben den üblichen Themen von AfD-Wählenden sind im letzten Jahr noch zwei Aufreger hinzugekommen: Das „Heizungsgesetz“ und die Grundsteuerreform. Im Speckweggebiet beispielsweise, das über keine Fernwärme verfügt, mit vielen Siedlungshäuschen und großen Gartengrundstücken, ähnlich wie in der Gartenstadt, kommt die AfD auf um die 30%. Ebenso in Käfertal Süd.

Im Herzogenried, im Bereich der Hochhausbebauung zwischen Schul- und Steingarten (gegenüber dem Landesgefängnis) hat die AfD 34,9% in der Urnenwahl ergattert. Hier ist die Lage völlig anders. Man lebt in großen Miethäusern der Gartenstadtgenossenschaft und der GBG, beide unter Mitspiegel-

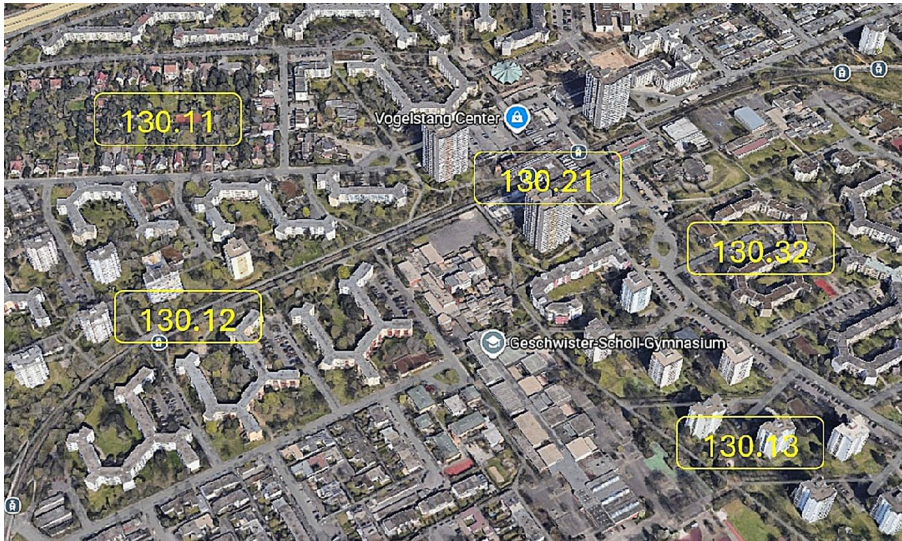
Brandmauerparteien und AfD in den Stadtteilen, Urnenwahl



preis und saniert, aber auch von Vono-
via.

Hier steht wahrscheinlich das dichte
(und friedliche!) Zusammenleben von
Menschen mit weit über 100 Nationa-
litäten im Vordergrund und die Verar-

beitung des immer drastischer thema-
tisierten angeblichen „Asylanten- und
Ausländer-Problems“ – einer Diskussi-
on, an der sich durchaus auch etablier-
te Ausländer*innen und Menschen mit
Migrationsgeschichte beteiligen.



Wo in der Vogelstang wohnen die Wähler*innen, die zu fast 40% der AfD ihre Stimme geben?

Gesamter- gebnis in v.H.	Wahlbe- rechtigte	Wahlbe- teiligung	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	AfD	Die Linke	Sonstige
130.11	1289	75,47%	21,52%	17,34%	4,11%	1,79%	33,44%	8,87%	11,49%
130.12	1172	73,22%	20,59%	15,84%	5,94%	2,87%	38,15%	8,65%	7,61%
130.13	1280	73,99%	28,59%	22,00%	6,00%	2,68%	26,71%	5,41%	8,51%
130.21	836	74,61%	19,83%	16,86%	4,80%	2,48%	33,36%	8,82%	13,04%
130.22	817	63,53%	28,99%	20,69%	6,67%	3,73%	25,71%	4,97%	8,47%
130.31	1290	73,10%	23,26%	17,68%	5,94%	4,08%	31,63%	5,76%	10,47%
130.32	1265	71,08%	25,33%	20,10%	7,85%	4,59%	27,75%	4,57%	9,26%
Briefwahl i.v.H.			26,80%	37,74%	30,29%	41,89%	28,57%	14,87%	19,59%

Vogelstang

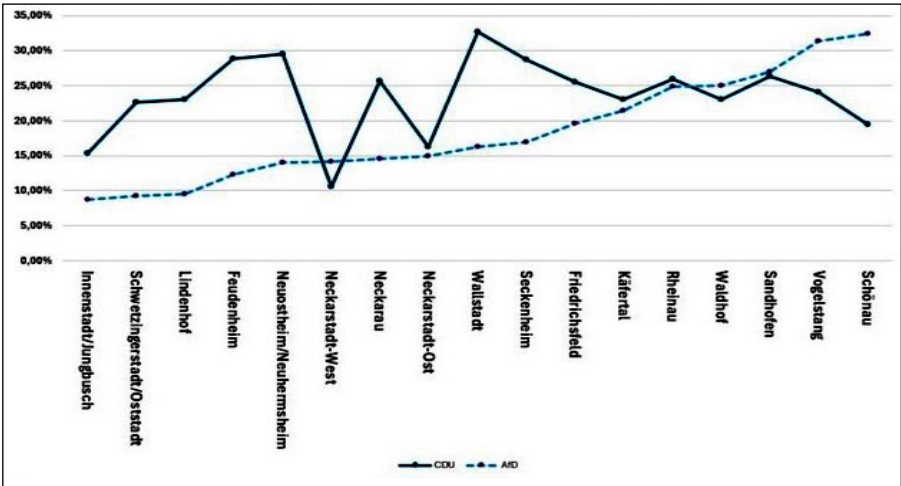
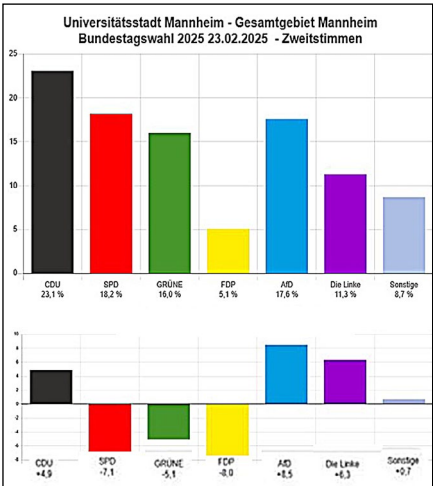
Die Vogelstang ist ebenfalls ein AfD-
Hotspot. Der Stimmbezirk 130.12 mit
der höchsten Quote ist ein grünes, städte-
baulich interessantes Quartier mit einem
mutmaßlich hohen Anteil Eigentums-
wohnungen in den Y-Häusern. Dort ent-
schieden sich 38,15% der Wähler*innen
für die AfD.

In den obigen Zahlenreihen sind annä-
hernd genau die Ergebnisse der Urnen-
und Briefwahl für die einzelnen Wahlbe-
zirke zusammengefasst. Hierzu wurden
die Briefwahlergebnisse des Stadtteils
Vogelstang nach dem Anteil der Wahl-

berechtigten der einzelnen Wahlbezirke
auf die Wahlbezirke heruntergebrochen.

Der untersten Zeile kann man den
Anteil der Briefwähler*innen an allen
Wähler*innen der verschiedenen Par-
teien entnehmen.

Soziologische Erklärungsversuche für
das Wahlverhalten der Bewohner*innen
der Vogelstang gibt es manche: Der An-
teil der „Menschen ohne Migrationshin-
tergrund“ beträgt 45,2% – allerdings
nicht ungewöhnlich für Mannheim. Der
Anteil an der migrantischen Bevölke-
rung von Menschen aus Polen, Russ-



Städtetag: Kaum noch Städte mit ausgeglichenem Haushalt

In diesem Jahr wird fast keine Stadt in Deutschland mehr einen echt ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Das zeigt eine Blitzumfrage des Deutschen Städtetages, an der 100 Großstädte teilgenommen haben. 37 Prozent der Städte können keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen, weitere 47 Prozent schaffen einen ausgeglichenen Haushalt nur, indem sie auf finanzielle Rücklagen zurückgreifen. Für eine echte Trendwende bei den Kommunalfinanzen fordern die Städte:

1. Einen höheren Anteil der Städte an den Gemeinschaftssteuern, zum Beispiel der Umsatzsteuer. Bei den Kommunen liegt etwa ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben, sie haben aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Das passt nicht zusammen.

2. Es darf von Bund und Ländern keine zusätzlichen Aufgaben mehr für die Städte geben, die nicht ausfinanziert sind. Mittel für Aufgaben, bei denen die Kosten

<https://www.staedtetag.de/presse/pressemitteilungen/2025/blitzumfrage-kaum-noch-staedte-mit-ausgeglichenem-haushalt>

absehbar steigen, müssen dynamisiert sein – damit die Städte ihrem Geld bei Kostensteigerungen nicht hinterherlaufen müssen.

3. Es darf von Bund und Ländern keine steuerpolitischen Entscheidungen geben, die zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen führen. Wenn die Steuerpolitik von Bund und Ländern zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen führt, müssen diese Ausfälle eins zu eins ausgeglichen werden.

4. Häufiger feste Budgets statt komplizierter Förderprogramme. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Städte durch Bund und Länder. Das heißt: Feste Budgets für geförderte Aufgaben, über die die Städte frei verfügen können – statt komplizierter Förderprogramme, die den Städten Zeit und Geld kosten.

5. Schuldenbremse auf den Prüfstand: Wenn die Schuldenbremse Zukunftsinvestitionen verhindert, muss sie reformiert werden.

Landkreistag: Nun sind die Länder am Zug

Der Deutsche Landkreistag hat vor der morgigen Abstimmung im Bundesrat über das neue milliardenschwere Investitionspaket auf die Rolle der Länder in mehrfacher Hinsicht hingewiesen. Um die Investitionsmittel möglichst breit für kommunale Belange einsetzen zu können, brauche es die Länder. „Diese haben nun sogar mehr Freiheiten bei der Verwendung als ursprünglich gedacht, denn: Nach der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderung stehen ihnen 100 Mrd. Euro auch für Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung. Diese Formulierung kann nach dem Wortlaut sowie nach Sinn und Zweck nur bedeuten, dass es sich um frei verwendbare, nicht infrastruktu-

<https://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/3446-nun-sind-die-laender-am-zug>

rell gebundene und damit auch auf die Kommunen unabhängig von konkreten Infrastrukturmaßnahmen übertragbare Mittel handeln muss. Die Entscheidung über Ob und Wie der Verteilung liegt also bei den Ländern und nicht beim Bund“, so Henneke.

Damit wäre es nach dem Verständnis des Deutschen Landkreistages auch möglich, den Kommunen Mittel außerhalb eines konkreten (Bundes-)Investitionsförderprogrammes als frei verwendbare Mittel zuzuweisen. „Es könnten dann vor Ort jeweils nach dem kommunalen Bedarf und der eigenen Prioritätensetzung zum Beispiel Schulen, Straßen und Brücken saniert, Kitas ausgebaut oder der Glasfaserausbau vorangetrieben werden.“

Auf Infrastruktur-Paket muss ein Bürokratieabbau-Paket folgen

66. Sitzung der Konferenz der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister ostdeutscher Städte im Städtetag

Die ostdeutschen Städte begrüßen das geplante Sondervermögen Infrastruktur. Auch in Ostdeutschland ist der Investitionsstau groß. Wichtig ist, dass das zusätzliche Geld ohne Umwege direkt

vor Ort in den Städten ankommt, damit Schulen, Straßen und Brücken saniert, neue Wohnungen gebaut, die Kinderbetreuung ausgebaut und der ÖPNV modernisiert und erweitert werden kann. Damit das funktioniert, müssen aber auch viele komplizierte Vorgaben des Bundes und der Länder auf den Prüfstand, die städtische Projekte verlangsamen und erschweren.

Dazu erklärte Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, bei der Konferenz der ostdeutschen Städte

im Deutschen Städtetag in Leipzig: „Seien wir ehrlich: Mehr Geld hilft nur halb so viel, wenn wir es weiter so kompliziert ausgeben müssen wie bisher.“

Das Sondervermögen sollte deshalb nicht nur ein Startschuss für Investitionen, sondern auch ein Startschuss für bessere Gesetze, einfachere Genehmigungsverfahren und Auftragsvergaben sowie Bürokratieabbau sein. Wir brauchen ein neues Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen.

Das Sondierungspapier von Union und SPD macht Bürokratieabbau zwar zum Thema. Es müssen aber nicht nur die Bürokratiekosten für die Unternehmen reduziert werden, auch der Aufwand für die städtischen Verwaltungen ist viel zu hoch.“

Viele Vorgaben von Bund und Ländern gehören auf den Prüfstand, weil sie in den Städten unnötig Personal binden, das für andere wichtige Aufgaben dann nicht zur Verfügung steht. Verfahren müssen vereinfacht und entbürokratisiert werden ... „Der Idealfall wären feste Budgets aus dem Sondervermögen Infrastruktur für die Städte, über die wir selbst verfügen können. Bund und Länder müssen uns endlich vertrauen, die Städte sind die Experten dafür, was vor Ort gebraucht wird. Vorgaben und Nachweispflichten ‚von oben‘ müssen für die Städte so gering wie möglich bleiben.“

„Es ist immer gut, wenn die Bundesebene auf die Kommunen in Ostdeutschland hört“, sagte Städtetagsvizepräsident Jung. „Bei unserer letzten Konferenz der ostdeutschen Städte haben wir in Magdeburg eine Weiterfinanzierung der so genannten Sprach-Kitas gefordert – jetzt ist die Wiedereinführung dieses wichtigen Programms für Sprachförderung und Integration in Kindertagesstätten Teil des Sondierungsergebnisses von Union und SPD. Das begrüßen wir ausdrücklich.“

Auch weitere Forderungen der Städte finden sich im Sondierungspapier wieder. „Gut, dass die Verlängerung der Mietpreisbremse jetzt auf den Weg gebracht werden soll. Das ist ein Baustein, explodierende Mieten einzuhegen. Da brauchen wir jetzt aber Tempo, sonst läuft die Mietpreisbremse in vielen Bundesländern Ende des Jahres aus.“

ÖPNV: Ausbau- und Modernisierungspakt neu beleben: nachgelegt werden muss in den Koalitionsverhandlungen unter anderem beim Thema ÖPNV. Ein Lichtblick: Das Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD sieht weitere Beratungen über Ausbau und Modernisierung des öffentlichen Personennahverkehrs vor.



<https://www.staedtetag.de/presse/pressemitteilungen/2025/konferenz-ostdeutscher-staedte-leipzig-infrastruktur-buerokratieabbau>

Große Kritik, aber auch landespolitische Verantwortung: Linke Senatorinnen stimmen für Bremer Zustimmung zum Schuldenpaket im Bundesrat

Bei der Bundesratsabstimmung zum Schuldenpaket am heutigen Freitag stimmt Bremen zu. Das Votum ist auch durch die Zustimmung der beiden linken Senatorinnen Kristina Vogt und Claudia Bernhard im Senat zustande gekommen.

Kristina Vogt, Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation:

„Die Entscheidung zur Zustimmung im Bundesrat ist uns nicht leichtgefallen. Wir haben nach intensiven Diskussionen und einer sorgfältigen Abwägung dem Paket schließlich zugestimmt, auch wenn wir weiterhin Kritik daran haben. Dass die voraussichtlich neue Bundesregierung ein milliardenschweres Finanzpaket noch durch den alten Bundestag bringt, ist mindestens fragwürdig. Unsere Haltung zu diesem Punkt haben wir heute auch in einer Protokollerklärung im Bundesrat unmissverständlich deutlich gemacht. Die einseitige Ausnahme der Schuldenbremse für Rüstungsausgaben sorgt in dem heutigen Paket für ein erhebliches Ungleichgewicht und setzt politische Prioritäten, die wir falsch finden.“

Claudia Bernhard, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz:

„Ausschlaggebend für unsere heutige Zustimmung im Bundesrat war am Ende die Verantwortung für das Bundesland Bremen. Das Paket kann Bremen und Bremerhaven einen dringend benötigten finanziellen Spielraum verschaffen, auch wenn dieser begrenzt ist. Angesichts des aktuellen Drucks auf die öffentlichen Finanzen, der sich bis tief in die Stadtteile bemerkbar macht, kann dies einen spürbaren Unterschied machen. Wir werden uns jetzt dafür einsetzen, dass die zusätzlichen finanziellen Mittel für Bremen und Bremerhaven für wirklich notwendige Investitionen genutzt werden, und dafür kämpfen, dass demgegenüber keine Sozialkürzungen stehen. Dabei geht es auch um Investitionen in soziale Infrastruktur und die Stadtteile. Darüber hinaus erwarten wir, dass die Schuldenbremse unter Beteiligung der neuen Linksfraktion im Bundestag grundsätzlich reformiert wird. Um das voranzutreiben, haben wir mit unseren Koalitionspartnern in Bremen und der rot-roten Koalition in

<https://www.dielinke-bremen.de/politik/startseite/detail-neu/grosse-kritik-aber-auch-landespolitische-verantwortung-linke-senatorinnen-stimmen-fuer-bremer-zustimmung-zum-schuldenpaket-im-bundesrat/>

Mecklenburg-Vorpommern vereinbart, im Bundesrat eine Initiative für einen Entschließungsantrag zur Reform der Schuldenbremse einzubringen.“

Christoph Spehr & Anna Fischer, Landessprecher*innen Die Linke Bremen:

„Wir haben uns in den vergangenen Wochen intensiv mit diesem Paket beschäftigt, das eine erste Lockerung der Schuldenbremse mit einer sehr deutlichen Schiefelage verbindet: Vorfahrt für Rüstung, mehr Spielräume für den Bund als für die Länder, keine Initiative für die Stärkung von Bildung und Integration. So richtig es ist, sich ernsthaft mit bestehenden Verteidigungsfragen zu beschäftigen und z.B. zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur zu kommen, so falsch ist es, im Schnellverfahren und in dieser Unausgewogenheit erst einmal Geld ohne Grenzen zu mobilisieren. Die Aktien von Rüstungskonzernen gehen durch die Decke, weil der Bundeshaushalt zu ihrem Selbstbedienungsladen wird. Deshalb muss jetzt dringen auch über Maßnahmen wie eine Übergewinnsteuer gesprochen und dafür gesorgt werden, dass die Bundeswehr nicht wie bisher ein einziges schwarzes Loch für Verteidigungsausgaben ist. Trotz dieser deutlichen Kritik und unserer deutlichen Ablehnung dieses Teil des Pakets ist in unseren Diskussionen auch immer wieder deutlich geworden, dass die landespolitische Verantwortung unserer Linken-Regierungsbeteiligung sich auch auf landespolitische Auswirkungen und die durch das Paket neu entstehenden Spielräume für Landeshaushalte beziehen muss. Wir werden gemeinsam mit unserer Bundespartei und im Konzert der Länder gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern dafür kämpfen, dass diese Spielräume nicht durch unverantwortliche Steuersenkungen aufgefressen werden und dass die grundsätzliche Reform der Schuldenbremse, die die Länder dringend brauchen, wirklich kommt.“

Freiburg: Sondervermögen – Kommunen bleiben auf der Strecke!

Vinzenz Glaser (Mitglied des Deutschen Bundestags) und Gregor Mohlberg (Stadtrat der Linken Liste und Fraktionsvorsitzender der Eine-Stadt-für-Alle-Fraktion im Freiburger Gemeinderat) kritisieren die Verteilung des Sondervermögens als verpasste Chance für die Kommunen.

Gregor Mohlberg erklärt: „Die Bundesregierung verkauft das Sondervermögen

als Meilenstein in Sachen Infrastruktur-Investitionen, aber bei den Städten und Gemeinden wird davon voraussichtlich kaum etwas bzw. viel zu wenig ankommen. Die jahrzehntelange strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen wird zudem weiter nicht angegangen – dabei wären Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung dringend notwendig. Ange-

sichts des massiven Sanierungsstaus bei Schulen, Kitas, Krankenhäusern und des klima-notwendigen Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs ist das ein andauern-der Skandal.“

Der Freiburger Linke-MdB Glaser und der linke Stadtrat Mohlberg sprechen sich schon lange für eine Abschaffung der Schuldenbremse zugunsten von Investitionen in die Infrastruktur aus. Vinzenz Glaser ergänzt: „Während für Milliarden Euro an Aufrüstung die Schuldenbremse gelockert wird, lässt die Bundesregierung die Kommunen weiter im Regen stehen. Die Schuldenbremse wird nur dann infrage gestellt, wenn es um Rüstung geht – für soziale Gerechtigkeit und öffentliche Daseinsvorsorge bleibt sie aber ein unantastbares Dogma. Das zeigt, wessen Interessen hier tatsächlich vertreten werden – und es sind nicht die der breiten Bevölkerung.“

<https://www.die-linke-freiburg.de/startseite/uebersicht/detail/sondervermoegen-kommunen-bleiben-auf-der-strecke/>



Frankfurt: Sondervermögen mit falscher Priorität

Michael Müller, Vorsitzender der der Fraktion Die Linke im Römer kritisiert die Verteilung des Sondervermögens als verpasste Chance für die Kommunen:

„Die Bundesregierung verkauft das Sondervermögen als Meilenstein in Sachen Infrastruktur-Investitionen. Aber bei den Städten wie Frankfurt mit seinen immer weiterwachsenden Aufgaben wird davon voraussichtlich kaum etwas ankommen. Die gerade in Frankfurt sichtbare, jahrzehntelange strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen wird zudem weiter nicht angegangen. Dabei wären Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung dringend notwendig. Angesichts des massiven Sanierungsstaus bei Schulen, Kitas, Krankenhäusern und des klima-notwendigen Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs ist das ein andauern-der Skandal.“

Besonders die Kommunen leiden unter dem Kürzungskurs der letzten Bundesregierungen. In den Kommunen werden gut 25 Prozent aller öffentlichen Investitionen getätigt, aber lediglich 15 Prozent der allgemeinen Steueranteile fließen an sie.

<https://www.dielinke-im-roemer.de/blog/2025/03/21/sondervermoegen-mit-falscher-prioritaet-kommunen-bleiben-auf-der-strecke/>

Belgien: Nationaler Streiktag

Die drei großen belgischen Gewerkschaften (christliche, liberale, sozialistische) haben am 13. Februar in Brüssel bereits die dritte Großdemonstration organisiert, um gegen die Sparmaßnahmen der nationalen Regierung zu protestieren. Für den 31. März wird ein Generalstreik vorbereitet. Sie fordern den Schutz der automatischen Lohnindexierung, bessere Renten und Arbeitsbedingungen.

www.brusselstimes.com/1440762/general-strike-announced-for-31-march-tbtb

Belgien: Arbeitsrecht für Sexarbeiterinnen

Ein Gesetz, das am 1. Dezember 2024 in Kraft trat, gewährt Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern formale Arbeitsverträge und den gleichen rechtlichen Schutz wie anderen Arbeitnehmern. Unter anderem die Möglichkeit, Kunden abzulehnen, Praktiken selbst zu wählen und den Akt jederzeit zu beenden. Missbrauch und Ausbeutung in der Branche sollen bekämpft und sichergestellt werden, dass Sexarbeiterinnen Zugang zu Krankenversicherung, bezahltem Urlaub, Mutterschaftsgeld, Arbeitslosenunterstützung und Renten haben.

www.euronews.com/my-europe/2024/12/02/sex-workers-in-belgium-gain-historic-labour-rights-as-new-law-takes-effect

Tschechien: Streikalarm zur Verteidigung des Streikrechts

Der Rat des tschechisch-mährischen Gewerkschaftsbundes (ČMKOS) erklärt einen Streikalarm als Reaktion auf die bevorstehende Änderung des Arbeitsgesetzes, die u.a. einen Vorschlag enthält, der Entlassungen ohne Angabe von Gründen durch den Arbeitgeber erlaubt. ČMKOS sieht eine noch nie dagewesene Bedrohung der Arbeitsplatzsicherheit und eine grundlegende Schwächung der Arbeitnehmerrechte. Bei einer Annahme der Novelle in ihrer jetzigen Form will

ČMKOS ihre Protestaktionen verstärken und Vorbereitungen für einen Generalstreik treffen.

EGB-Newsletter Collective Bargaining 2/2025

Finnland: Einschränkung des Streikrechts

Planungen der Regierung sollen Arbeitskämpfmaßnahmen in Sozial- und Gesundheitsdiensten und der frühkindlichen Bildung einschränken. Die geplanten „Mindestdienstanforderungen“ während eines Streiks schreiben vor, dass Aufgaben, die zum Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum erforderlich sind, auch während eines Arbeitskampfes fortgesetzt werden müssen. Die Arbeitgeber erhalten eine weitgehende Definitionsmacht über die Festlegung dieser Mindestdienstanforderungen. Tehy, die Gewerkschaft für Fachkräfte im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen, sieht darin eine starke Einschränkung bis Suspendierung des Streikrechts in den betroffenen Sektoren und mobilisiert Widerstand.

www.tehy.fi/en/bulletin/tehy-petteri-orpos-government-tramples-workers-right-industrial-action-finland-slipping-further-away-other-western-countries

Griechenland: Fehlende Tarifverträge behindern Lohnwachstum

Der Mindestlohn für Arbeitnehmer soll ab dem 1. April 2025 um 25% angehoben werden. Erwartet wird, dass in 2025 ein Anstieg auf monatlich 870 Euro oder 880 Euro erreichen wird. Proklamiertes Ziel der Regierung ist, den Mindestlohn bis 2027 auf 950 Euro und den Durchschnittslohn auf 1 500 Euro zu bringen. Das Fehlen von Tarifverträgen stellt jedoch eine wesentliche Beeinträchtigung für die Gestaltung des neuen Durchschnittslohns dar, drückt weite Teile der Lohnlandschaft eher in Richtung Mindestlohn.

www.tovima.com/finance/greece-plans-minimum-wage-hike-to-e870-880-by-2025/

Mindestlohn und Niedriglöhne

Bruno Rocker, Berlin

Der Internationale Mindestlohnbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung vom Februar dieses Jahres weist kräftige nominale Erhöhungen zum Jahresanfang fast überall in der Europäischen Union aus, nominal im Mittel (Median) eine Steigerung von 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Selbst nach Berücksichtigung der Inflation verbleibt den Mindestlohnbeziehern in Europa im Mittel ein reales Plus von 3,8 Prozent. Das WSI führt den Schub bei den Erhöhungen unter anderem auf die Umsetzung der Europäischen Mindestlohnrichtlinie zurück, in der ja 60 Prozent des jeweiligen nationalen Medianlohns als Bezugsgröße für die Angemessenheit des jeweils gültigen Mindestlohns verankert worden sind. Die jüngsten Zuwächse sind geographisch sehr ungleich verteilt. Die mit Abstand größten realen Zuwächse sind in den osteuropäischen Ländern zu verzeichnen. Durch das kräftige Mindestlohnwachstum in den osteuropäischen Ländern hat sich das Gefälle innerhalb der EU bereits in den letzten Jahren deutlich verringert, eine echte Aufholbewegung findet also statt.

Portugal (68,2%) Slowenien (63%) und Frankreich (68,2%) hatten bereits 2023 die Zielmarke der europäischen Mindestlohnrichtlinie überschritten, die Bundesrepublik verfehlte das Ziel mit 51,7% deutlich. Hierzulande haben die Anpassungen des Mindestlohns über die letzten 10 Jahre bestenfalls inflationsbedingte Kaufkraftverluste ausgeglichen, kaum mehr. Insbesondere die letzte Anpassungsentscheidung der Mindestlohnkommission gegen die Stimmen der Gewerkschaftsvertreter hat für viel öffentliche Kritik gesorgt. Inzwischen wäre bereits im laufenden Jahr ein Mindestlohn von ca. 15 Euro notwendig, um das 60-Prozent-Ziel zu erreichen. Tatsächlich blieb den Mindestlohnbeziehern in der Bundesrepublik zum Jahresbeginn stattdessen mit 12,82 Euro lediglich ein reales Wachstum von 0,8 Prozent. Allerdings deutet sich vielleicht eine Kurskorrektur in der Kommission an: Mehr und mehr Stimmen fordern angesichts der europäischen Entwicklung künftig eine Orientierung an der europäischen Mindestlohnrichtlinie, also Anpassung an 60 Prozent des Bruttomedianlohns der Vollzeitbeschäftigten. Am 30. Juni 2025 findet die nächste Tagung der Kommission statt. Die künftigen Koalitionäre von CDU und SPD sehen

TESLA: MANAGEMENT VERSUS BESCHÄFTIGTE

Bruno Rocker, Berlin. Die IG-Metall-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen berichtet über die außerordentlich hohe Inanspruchnahme (mehr als zwanzigmal so viel wie im Durchschnitt) von Rechtsschutz durch ihre Gewerkschaft von IGM-Mitgliedern bei Tesla in Grünheide bei Berlin:

„Bei der IG Metall geht eine Vielzahl ähnlicher Fälle ein: Oft zweifelt Tesla in einem ersten Schritt rückwirkend Krankschreibungen von Beschäftigten an und fordert dazu auf, Diagnosen offenzulegen und die Ärzte von der Schweigepflicht zu entbinden. Oft folgt als nächstes der Einbehalt von Entgelt. Pfändungsfreigrenzen werden ignoriert, nicht selten wird kein einziger Euro überwiesen. Im Gespräch werden die Beschäftigten mit dem Verweis auf angebliche ‚Schulden‘ durch eine vermeintliche ‚Überbezahlung‘ unter Druck gesetzt. Dies soll sie dazu bewegen, ihren Arbeitsplatz aufzugeben und einen Aufhebungsvertrag zu unterzeichnen. Damit seien sie diese ‚Schulden‘ bei Tesla los. Bedenkzeit für eine juristische Prüfung des Vertrags wird oft verweigert. Das Angebot gelte nur, wenn sofort unterzeichnet würde, heißt es.“

Quelle: (14.3.2025) <https://www.igmetall-bbs.de/betrieb/tesla/meldung/alarmierende-zahlen-bei-tesla>

in ihrem aktuellen Sondierungspapier über die Bildung der neuen Bundesregierung einen Mindestlohn in Höhe von 15 Euro allerdings erst für das Jahr 2026 als erreichbar an.

Niedriglohnsektor schrumpft

Trotz seiner „bescheidenen“ Entwicklung hat der Mindestlohn seit seiner Einführung 2015 erheblich zu einer Schrumpfung des Niedriglohnsektors in der Bundesrepublik beigetragen. Zum Niedriglohnsektor zählen alle Beschäftigungsverhältnisse, die mit weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttostundenverdienstes (2024 = 13,79 Euro) entlohnt werden. Besonders im Gastgewerbe sowie in der Land- und Forstwirtschaft, aber auch im Kunstgewerbe und Kultur sowie bei Dienstleistungen, wie Paketzustellung und Essenzustellung (Rider) werden Niedriglöhne gezahlt.

Innerhalb der vergangenen zehn Jahre hat sich seit der Einführung des Mindestlohns 2015 bis zum Jahr 2024 der Anteil

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 047 vom 6.2.2025, ans-Böckler Newsletter 25.02.2025

der Beschäftigten im Niedriglohnsektor von ehemals 21 Prozent auf 16 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse verringert. In den östlichen Bundesländern reduzierte sich zwischen 2014 und 2024 der Anteil der Niedriglöhne an allen Beschäftigungsverhältnissen sogar von ehemals 35 auf nahezu 18 Prozent, in den westlichen Bundesländern von 19 auf 16 Prozent. Auch der Verdienstabstand zwischen Gering- und Besserverdienenden hat sich in diesem Zeitraum um nahezu 15 Prozent reduziert. Zu dieser Entwicklung trugen gleichwohl auch die Gewerkschaften bei, die mit Hilfe von Vereinbarungen über Mindestzahlungen und Sockelbeträge für niedrig entlohnte Beschäftigte die Lohnstruktur auf Dauer verändern konnten.

Inzwischen liegt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich mit ca. 16 Prozent Anteil der Niedriglöhne an allen Beschäftigungsverhältnissen etwa im Mittelfeld.



In der Tarifrunde öffentlicher Dienst Bund/Länder läuft derzeit die Schlichtung. Bei Redaktionsschluss lag noch kein Ergebnis vor.

Bild: Verdi-Demo in Essen, Thorsten Jannoff

Handel in Bayern: Kündigungen von gewerkschaftlich Aktiven in drei Betrieben

Gaston Kirsche, Hamburg

In Bayern stehen im Handel engagierte Gewerkschaftsmitglieder, Betriebsrät*innen unter Druck. Einer davon ist Ludwig Dobliger. Ihm droht derzeit der Verlust seines Arbeitsplatzes als Kuchenverkäufer bei der Ikea-Filiale in Regensburg. Er ist Gewerkschafter und Mitglied im örtlichen sowie im europäischen Betriebsrat der Möbelkette Ikea. Weil der Betriebsrat seine Zustimmung zur Kündigung allerdings verweigert hat, versucht das Möbelunternehmen die Kündigung nun vor dem Arbeitsgericht Regensburg durchzusetzen – im Juni ist der nächste Gerichtstermin.

„Es ist bereits der dritte Fall, wo große Handelsunternehmen nach der langen, zähen Tarifrunde im Handel für Lohnerhöhungen gegen engagierte Betriebsrät*innen vorgehen, die sich aktiv an der Tarifrunde beteiligt und vor Ort die Warnstreiks mitorganisiert und koordiniert haben“, so Christin Rappl, zuständige Verdi-Gewerkschaftssekretärin für den Handel in der Oberpfalz im Gespräch mit dem Autor.

Der Fall Dobliger ist keine Ausnahme. In zwei Handelsketten und einem Handelsverbund in Bayern gehen Filialleiter oder Geschäftsleitungen gegen aktive Gewerkschafter*innen vor, die sich aktiv an der Tarifrunde beteiligt und Warnstreiks mitorganisiert und koordiniert hätten: Neben Ludwig Dobliger bei Ikea

Regensburg geht es um die Betriebsratsvorsitzende und als aktive Gewerkschafterin Mitglied im Aufsichtsrat von MediaMarkt tätige Maria Laube von der Mediamarkt-Filiale in Rosenheim und die ehemalige Betriebsratsvorsitzende und aktive Gewerkschafterin Neli Birks von Eurotrade in München. Eurotrade ist eine Tochter der Flughafengesellschaft FMG, die dem Freistaat Bayern, dem Bund und der Stadt München gehört und zuständig für 40 Geschäfte am Münchener Flughafen.

Die gewerkschaftliche Solidarität ist groß – mit allen dreien. Und in der Belegschaft von Ikea laufen die Vorbereitungen zur Durchsetzung eines Digitalisierungstarifvertrags in der Möbelhauskette. Der Bezirk München von Verdi hat einen Antrag initiiert zur Reform des Kündigungsschutzgesetzes: „Ausweitung des §15 KSchG auf gewerkschaftlich Aktive“, der im Dezember vom Verdi Gewerkschaftsrat beschlossen wurde – dem höchsten Gremium von Verdi zwischen den Gewerkschaftstagen: „Die Erweiterung des Kündigungsschutzgesetzes soll sicherstellen, dass auch jene Arbeitnehmer, sowohl mit als auch außerhalb eines formellen Betriebsratsmandats im Rahmen ihres gewerkschaftlichen Engagements für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Wahrung der Arbeitnehmerrechte eintreten, vor

ungerechtfertigten Kündigungen oder Benachteiligungen geschützt sind. Die Anpassung des Gesetzes würde nicht nur das Recht auf freie Koalition und gewerkschaftliche Betätigung stärken, sondern auch die Arbeitnehmerrechte insgesamt festigen, indem ein zusätzlicher Schutzschild gegen Repressalien geschaffen wird.“ In dem Beschluss, der von der Tarifkommission im Fachbereich Handel Bayern initiiert wurde, werden konkrete Forderungen gestellt:

„1. Eine gesetzliche Erweiterung von § 15 KSchG, der auch gewerkschaftlich engagierte Mitarbeitende umfasst 2. Eine Ausgestaltung dieser Erweiterung muss in dem Sinne erfolgen, dass unabhängig von einer Zustimmung oder eines Widerspruchs zur Kündigung durch die betriebliche Interessenvertretung, gewerkschaftlich engagierte Mitarbeitende bis zur rechtskräftigen arbeitsgerichtlichen Entscheidung unter vollen Bezügen im Betrieb tätig bleiben dürfen.“

Der Hintergrund hierfür: Etliche Betriebsräte sind mehrheitlich gewerkschaftsfern und arbeitgeberorientiert dominiert. Der besondere Kündigungsschutz muss auch gelten, wenn Betriebsräte bereit sind, Kündigungen aktiver Gewerkschafter*innen zuzustimmen.

Mehr Infos: Fachbereich Handel in Bayern – <https://handel-bayern.verdi.de>

Edikt zur Förderung des Volksschulwesens

Die allgemeine Schulpflicht in den Deutschländern startet. Die Mär von der naturbedingten Unfähigkeit der Mädchen bekommt Risse

Eva Detscher, Karlsruhe. In Sachen Schulbildung haben sich im achtzehnten Jahrhundert Markierungen verschoben. Die Anforderungen in der Kommunikation haben sich grundlegend verändert: Lesen, schreiben und rechnen können wurde immer wichtiger. Die Weitergabe dieses Könnens oblag zuvor neben den kirchlichen Institutionen dem Hausvorstand, es diente direkt der Vorbereitung des Personals auf die zu erwartenden Aufgaben im meist vorgegebenen Wirkungsfeld. Das Schuledikt von 1717 wird als Start-

schuss für die Schulpflicht angesehen, wie der untenstehende Artikel ausführt. Eine unterschiedliche Behandlung von Mädchen und Jungen war dabei immer mit im Spiel (siehe Kasten „Bäuerinnen brauchen keine Bildung“). Dabei waren es gerade die Frauen, die sowohl im Haus (Erziehung der Kinder) als auch außerhalb (bäuerliche Produkte auf den Markt bringen) auf kommunikative Fähigkeiten angewiesen waren. Der Wunsch der Mädchen nach Erlernen dieser Fähigkeiten war nicht mehr zu unterdrücken,

weil sie einfach viel zu sehr Aufgaben wahrnahmen, bei denen Lesen, Schreiben, Rechnen gebraucht wurden. Die ab 1773 erscheinende Enzyklopädie Krünitz ist eine Fundgrube dafür, worum es gegangen ist und was der Fall war. Die gesellschaftliche Wirkung eines „lesenden Frauenzimmers“ untersucht der untenstehende Artikel: 85 (!) Frauenzeitschriften gab es im 18. Jahrhundert. Der Schub hin zum Recht für alle Kinder auf Unterricht und Schule war nicht mehr aufzuhalten.

Die Entwicklung der Allgemeinen Schulpflicht in Deutschland

Rosemarie Steffens, Langen. Bevor am 14. August 1919 die allgemeine Schulpflicht in Deutschland auch für Mädchen gesetzlich eingeführt wurde, hatte es bereits in vorherigen Jahrhunderten in einzelnen Königs-, Herzog- und Fürstentümern eine allgemeine Unterrichtspflicht gegeben. Bildung war bis dahin vor allem Kindern aus wohlhabenden Familien in Form von Privatunterricht vorbehalten. Die Kinder der unteren Schichten, die Mitte des 17. Jahrhunderts 50 bis 90 Prozent der euro-

päischen Bevölkerung ausmachten, gingen – wenn überhaupt – gewöhnlich nicht länger als drei bis vier Jahre zur Schule und lernten daher meist nur das Lesen.

Der preußische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. erließ am 28. September 1717 ein Edikt, um „gute Untertanen zu bilden“, das zum Meilenstein der deutschen Schulgeschichte werden sollte: „... dass hinkünftig an denen Orten, wo Schulen sein, die Eltern bei nachdrücklicher Straffe gehalten sein sollen, ihre Kinder

im Winter täglich und im Sommer, wann die Eltern die Kinder bei ihrer Wirtschaft benötigt sein, zum wenigsten ein- oder zweimal die Woche in die Schule zu schicken.“¹ Das galt für alle fünf- bis zwölfjährigen Kinder – Jungen wie Mädchen.

Durch die großen gesellschaftlichen Veränderungen Mitte des 18. Jahrhunderts entstand ein stärkerer Bedarf an elementarer Bildung und Berufsausbildung. Die Bevölkerung nahm zu, es gab weniger Kriege und Seuchen, die Ernährung und

Lesen, lesen, lesen ...



Das lesende Frauenzimmer* – Frauenzeitschriften im 18. Jahrhundert

Eva Detscher, Karlsruhe. „Anfang des 18. Jahrhunderts wurden die Frauen als Lesepublikum entdeckt. Der Autorin Sabine Schuhmann ist wichtig, dass der Zugang zum Lesen den Frauen der kleinen Schicht von Adel und Bürgern vorbehalten blieb – sie spricht von 10 % der Bevölkerung. Daher wurde den weiblichen Adressaten von Frauenzeitschriften das Angebot gemacht, von der ‚reinen Haushälterin zur gebildeten Hausfrau‘ zu werden. Im ausgehenden 18. Jahrhundert spielten laut Schuhmann Schriften wie das ‚Frauenzimmerlexikon‘, 1715 von Gottlieb Siegmund Corvinus, oder der 1751 von Charlotte Ziegler herausgegebenen ‚Grundriß

einer Weltweisheit‘ neben sogenannten ‚Frauenzimmerbibliotheken‘ mit konkreten Lesevorschlägen für das weibliche Lesepublikum als Beilage zu vielen moralischen Wochenschriften eine große Rolle. (...) ‚geistlich erbauliche Schriften ... aus Gebieten der Geschichte, Geographie, Naturkunde, schöne Literatur und – nicht zu vergessen – der Ökonomie, d.h. der Haushaltslehre.‘ Es sollen zwischen 1700 und 1800 insgesamt 85

als spezifische Frauenzeitschriften herausgegebene Publikationen gewesen sein, 41 davon werden von Schuhmann vorgestellt. Sie fasst zusammen: ‚Den Frauenzeitschriften ... kommt eine besondere Bedeutung zu: sie sind Forum dieses Widerstreits von Fortschritt und Reaktion. Sie stellen keinen monolithischen Block dar, sondern zeigen Ansätze einer Neuorientierung des tradierten Frauenselbstverständnisses.‘“

DIE REAKTION KONTRAFAKTISCH: „BÄUERINNEN BRAUCHEN KEINE BILDUNG“

Es hat nicht an Einwänden gegen den allgemeinen Zugang zur schulischen Bildung für Mädchen gefehlt: es würde die Bauernmädchen zu „Bequemlichkeit und Müßiggang, zu Nascherei und Genußsucht“ verleiten.

„Eine tüchtige Bäuerin ist Tag und Nacht so beschäftigt, das sie keine Viertelstunde Zeit findet, ... um ‚feinere‘ Handarbeiten vorzunehmen. Jede wirtschaftliche Bäuerin hat für die nothwendigsten Arbeiten dieser Art eine Näherin auf ‚Stöhr‘. ... Die Mägde, die musterhaft ihren Stall regierten und mit ängstlicher Sorgfalt und mit wahrhaft unermüdlicher Fürsorge um jede Kuh und jedes Kalb bekümmert ... sie sind verschwunden.“ (G. Ratzinger, 1844 bis 1899, Theologe und Parteipolitiker)

Dazu passend Polemiken gegen den emanzipierten Zugang zu Schule auch zur höheren Schule und zum Abitur und Studium:

„Neuerdings ist wieder von gelehrten Professoren (gelegentlich der Mädchenschuldebatten) in Schriften und Vorträgen betont worden, daß dem Weibe, durch zu viel Wissen nicht nur die Herzensbildung, auch die Unmittelbarkeit ihres Empfindens und Urteilens verloren gehe. Einer der Professoren fügte sogar spöttisch hinzu: ‚Man wolle wohl die Natur des Weibes orthopädisch korrigieren.‘ ‚Je mehr Wissen man den Mädchen aufpumpt, je dümmer werden sie.‘ Im Reichstage fiel diese männerkluge Äußerung.“ (Hedwig Dohm, 1831 bis 1919, Schriftstellerin, Frauenrechtlerin). Zitate aus: „Frauen. Ein historisches Lesebuch“, hrsg. Andrea van Dülmen, Beck'sche Reihe, 3. Aufl. 1990

*) „Das lesende Frauenzimmer“ stammt aus dem Sammelband „Die Frau von der Reformation zur Romantik“, 1980 in Texas herausgegeben von der Germanistik-Professorin Barbara Becker-Cantarino. Es war ihr Ansinnen, das jeweilige Thema „aus der Sicht der Frau und unter Infragestellung der Rolle oder Situation der Frau“ zu behandeln, es wird die Frage nach dem ‚Selbstverständnis der Frau, dem Beitrag, dem Rollenverhalten der Frau oder nach der Bedeutung und dem Einfluss auf die Frau gestellt“. (Zitate aus ihrem Vorwort), ISBN 3-416-01603-3

medizinische Versorgung wurden – trotz einiger Hungerkrisen – insgesamt besser. Die Bevölkerungszunahme stand in Wechselwirkung mit den wirtschaftlichen Strukturveränderungen, zum Beispiel mit der Kommerzialisierung der Landwirtschaft und Frühindustrialisierung. Die Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln stieg. Die persönliche Abhängigkeit der Bauern von den Grundherren reduzierte sich zunehmend auf finanzielle Leistungen. Heimgewerbe und Manufaktur setzten das korporativ organisierte Handwerk unter Druck.

Die Erwerbsarten professionalisierten sich, es entstand mehr Spezialistenwissen. Auf der anderen Seite explodierte der Buch- und Zeitschriftenmarkt. Der Anteil religiöser Schriften ging zugunsten der wissenschaftlichen und vor allem der „schönen“ Literatur zurück. Man las nicht nur, es gab auch zunehmend Autoren und Autorinnen, durch die neuen Medien entstand eine gebildete Öffentlichkeit.²

Die allgemeine Unterrichtspflicht von 1717 war eine Art staatliche Absichtserklärung, aber immerhin begleitet von Schulhausbau und Anstellung von Lehrkräften – oft wurden auch Handwerker, Tagelöhner und abgedankte Soldaten verpflichtet. Viele Bauern weigerten sich, ihre Kinder zum Unterricht zu schicken, weil sie dann als Arbeitskräfte fehlten.

Dem zunehmenden Bedarf an des Lesens, Schreibens und Rechnens kundigen Personen wurde von König Friedrich II. von Preußen mithilfe des sehr engagierten Pädagogen und reformorientierten Theologen Johann Julius Hecker Rechnung getragen: 1763 führte er das Generallandschulreglement mit deutlichen Veränderungen bei Finanzierung, Ausbau der Schulen, Entwicklung von Curricula, Seminaren für Lehrkräfte und Strafbewehrung bei Schulversäumnis ein. Die allgemeine Schulpflicht (bis dahin auf die königlichen Domänen beschränkt) galt jetzt vom fünften bis zum dreizehnten Lebensjahr in ganz Preußen.

Die Verfassung von 1919 legt in Art. 145 fest: „Es besteht allgemeine Schulpflicht. Ihrer Erfüllung dient grundsätzlich die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahre.“

Außerdem sollte die Grundschulzeit in Schulen des Wohnbezirks erfüllt werden. Für Mädchen und Jungen aus dem Schulsprengel war der Schulbesuch fortan verpflichtend – aus modernen Gesellschaften nicht mehr wegzudenken.

1 Deutschlandfunk, Einführung der Schulpflicht in Preußen – 2 Handbuch der Allgemeinen Bildungsgeschichte, Band 2, 18. Jahrhundert; Hrsg. Notger Hammerstein und Ulrich Hermann 3 bpb, Tenorth, Heinz-Elmar: Kurze Geschichte der Allgemeinen Schulpflicht

Martin Fochler, München. *Der Krünitz* erscheint zwischen 1773 und 1858 nach dem Vorbild der berühmten französischen Enzyklopädie in 242 Bänden, die sich, in deutscher Sprache gedruckt, nicht exklusiv an die Gelehrten, sondern an die Öffentlichkeit, das lesende Publikum, richten. In diesen Jahrzehnten verfestigt sich auch in den deutschen Ländern der Trend zur Schulpflicht für Knaben wie für Mädchen. Damit war im Gewand einer



<https://www.kruenitz1.uni-trier.de/>

„... deutliche Begriffe von allgemein nützlichen Dingen und Uebung im richtigen Denken, dem Mädchen so nothwendig, als dem Knaben ...“

„Was die Töcherschulen betrifft, so sind wenigstens die meisten Erzieher und Erzieherinnen darüber einig, daß im Allgemeinen deutliche Begriffe von allgemein nützlichen Dingen und Uebung im richtigen Denken, dem Mädchen so nothwendig, als dem Knaben ist, daß daher ein zweckmäßiger Unterricht ein allgemeines, obgleich im Ganzen noch zu wenig beachtetes, Bedürfnis sei; daß endlich von der zweckmäßigsten Bildung der Töchter nach den verschiedenen Ständen, unendlich viel für die Güte der künftigen Generation abhängt.“

„In den Landschulen ist eine Absonderung beider Geschlechter nicht gut möglich, so wünschenswerth es übrigens wäre; denn sie würden mehr Lehrer, mehr Lehrzimmer und mehr Aufwand erfordern, als die bisherige Einrichtung. Es kommt in den Landschulen nur darauf an, dasjenige zu lehren, was beiden Geschlechtern gemein seyn soll; das heißt, auf die Erlernung der unentbehrlichsten Elementarkenntnisse, auf die Erweckung der Aufmerksamkeit und des Nachdenkens, auf die Ausbildung des gesunden Menschenverstandes, auf die Anregung und Belebung sittlicher Gefühle durch religiösen und moralischen Unterricht, und auf gewisse Fertigkeiten, welche den Mädchen eben so nützlich, als den Knaben werden können.“

„Der Lehrer muß es sich hier zum Gesetz machen, bei der Behandlung der einzelnen Materien eine beständige Rücksicht auf das Geschlecht und seine wahrscheinliche künftige Bestimmung

Bildung ist, wie Bourdieu schreibt, Arbeit an sich selbst. Die Schulfachleute jener Zeit registrieren etwas irritiert die „leichte Bildsamkeit und das schnelle Fassungsvermögen der Mädchen“. Von heute aus sehen wir die Bereitschaft der jungen Mädchen zu dieser Anstrengung,

Pflicht ein gleiches Recht auf den Erwerb elementaren Kommunikationstechniken gegeben. In der Diskussion der Zeit – siehe die Zitate unten – werden Lesen, Schreiben, Rechnen mit ihrem Nutzen für Haushaltsführung, Hausarbeit und Erziehung der Kleinen rollenkonform begründet, aber die Eigenlogik des Bildungsprozesses öffnet andere Wege. Es folgen Auszüge aus der online-Ausgabe des *Krünitz*, von der Uni Trier online zugänglich gemacht.

zu nehmen ... Der Unterricht in weiblichen Arbeiten ist hier aber um so wesentlicher, je mehr auch dadurch die ärmern Klassen an Brauchbarkeit für das Leben, und selbst an Mitteln, sich ihren Unterhalt reichlich zu verschaffen, gewinnen. Was den moralischen Unterricht anbetrifft ... diese weiblichen Dienstboten sind oft sehr früh zum Kinderwarten bestimmt; daher ist es auch nützlich, sie zu lehren, wie man sich bei Kindern etc. zu verhalten habe (...)

„Im Rechnen giebt es ebenfalls Vieles, was dem weiblichen Geschlechte interessanter, wissenschaftlicher, als dem männlichen ist; z. B. die Preise gewisser Lebensmittel und Haushaltssachen, gewisse Rechnungsarten und Rechnungsvorteile, wovon in der Wirtschaft Gebrauch gemacht werden kann, und besonders Kopfrechnen so viel, als für den Markt, überhaupt für den Einkauf nöthig ist.“

„In Töcherschulen für die wohlhabendere Bürgerklasse, für den Mittelstand, kann man schon weiter mit dem Unterrichte gehen, indessen darf die Gränze doch nicht zu weit hinausgesteckt werden, und dieses nur für die höheren Stände, überhaupt für den gebildeten Stand übrig bleiben. Niemeyer sagt: die leichte Bildsamkeit und das schnelle Fassungsvermögen der Mädchen, könnte manchen Lehrer leicht dazu verführen; man darf aber nicht vergessen, daß zunächst das männliche Geschlecht in diesen Ständen noch nicht genug gebildet wird.“

ihre Erfolge erschüttern den Mythos von der naturgegebenen Überlegenheit des Mannes. Frauen werden belesen, werden Autorinnen, scharf rechnende Wirtschaftsfrauen. Der Ausschluss von Bildungseinrichtungen und Berufen wird vom Schicksal zum Skandal.

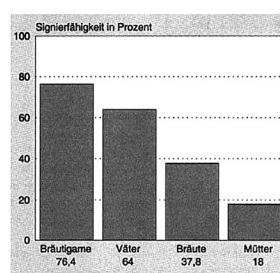


Abbildung 1: Signierfähigkeit der Brautpaare und ihrer Eltern im südlichen Niedersachsen

„Signierfähigkeit“ von Frauen verdoppelt sich binnen einer Generation. Der Begriff meint die Fähigkeit einer Person, rechtskräftige Unterschriften zu leisten, d.h. verständig zu lesen und verantwortlich zu unterschreiben. Die zwischen 1760 und 1790 geborenen Bräute sind zu 37,8 Prozent „signierfähig“, ihre Mütter erst zu 18 Prozent.

Abb.: Alphabetisierung und Literalisierung in Deutschland in der Frühen Neuzeit, Wolfenbütteler Studien zur Aufklärung, Herausgegeben von der Lessing-Akademie, Band 26, Tübingen 1999) https://api.pageplace.de/preview/DT0400.9783110927924_A19815732/preview-9783110927924_A19815732.pdf

11. März 2025, Trump und Putin: Eine autoritäre Allianz, die uns alle gefährdet

Li Andersson (<https://rosalux.nyc/our-work/transatlantic-left-voices/> Mitglied des Europäischen Parlaments für die Linksallianz Finnland.)

Vor etwas mehr als einer Woche erlebten wir einen bedeutenden Wandel in der Weltpolitik und den internationalen Beziehungen, als Trump und JD Vance den ukrainischen Präsidenten Selenskyj bei seinem Besuch im Weißen Haus demütigten. Obwohl Großmächte wie die USA im Laufe der Geschichte kleinere Staaten ausgebeutet haben, ist es außergewöhnlich, dass dies so offen geschieht.

Die Veranstaltung im Weißen Haus war das Ergebnis zahlreicher Entwicklungen der vergangenen Wochen. In der UN-Generalversammlung stimmten die USA gemeinsam mit Russland, Nordkorea, Belarus und Israel gegen eine Resolution, die Russlands Angriffskrieg in der Ukraine verurteilte. Trump versuchte zudem, Selenskyj zur Unterzeichnung des Abkommens zur Ausbeutung der ukrainischen Bodenschätze zu drängen, damit die USA das Land nicht militärisch im Stich lassen – ohne Sicherheitsgarantien zu versprechen. Dem waren Trumps Äußerungen vorausgegangen, Selenskyj sei ein Diktator und die Ukraine habe einen „unnötigen“ Krieg mit Russland begonnen. Die jüngste Wendung in Trumps weltbewegender Politik war die Ankündigung, die Militärhilfe auszusetzen, „bis sich die Ukraine zum Frieden verpflichtet“.

Obwohl die geopolitischen Interessen der USA und Russlands noch immer nicht übereinstimmen, hat Trump seine ideologische Übereinstimmung mit Putin deutlich gemacht. Zuvor hatte ein Kreml-Sprecher erklärt, Russland sei in der Ukraine-Frage „vollständig einverstanden“ mit der US-Regierung. Dies stellt eine erhebliche Bedrohung dar, da die Zusammenarbeit zwischen Trump und Putin die Entstehung einer neuen ideologischen Allianz zwischen zwei au-

toritären Führern zweier Großmächte birgt.

In den letzten Tagen habe ich einige Kommentatoren gelesen, die darüber nachdachten, warum Europa mit dem Frieden nicht zufrieden sein sollte und warum wir eine Fortsetzung des Krieges in der Ukraine wünschen würden.

Ich wiederhole es noch einmal: Jeder wünscht sich Frieden in der Ukraine. Doch wie dieser Frieden erreicht wird und welche Art von Frieden es ist, ist von entscheidender Bedeutung.

Sollte Frieden in der Ukraine dadurch entstehen, dass die autoritären Führer zweier Supermächte über die Bedingungen entscheiden, ohne die Bedürfnisse und die Souveränität der Ukraine zu berücksichtigen, würde dies Putin und Trump stärken und ihre Macht, über die Angelegenheiten anderer zu entscheiden. Es wäre ein „Frieden“, der ihre Weltanschauung und ihre autoritäre Ideologie untermauert.

Ihrer Ansicht nach basiert die Außenpolitik noch stärker als bisher auf der Überlegenheit großer Supermächte, dem Recht, sich alles selbst zu nehmen, und auf Gewalt. Innenpolitisch betrachtet diese Ideologie Demokratie, Menschenrechte und Vielfalt als Bedrohung. Die Stärkung dieser Weltanschauung macht die Welt für niemanden sicherer oder stabiler – ganz im Gegenteil. Trump hat erklärt, er wolle sowohl den Panamakanal als auch Grönland kontrollieren. Putin hat bereits die Krim besetzt und hält derzeit ein Fünftel des ukrainischen Territoriums besetzt. Diese Politik repräsentiert den Imperialismus und Kolonialismus des 21. Jahrhunderts: Sie verkörpert die Denkweise dieser Männer, dass man tun und lassen kann, was man will, wenn man groß und mächtig genug ist.

Trump und das rechtsextreme Spielbuch

In Finnland versucht die rechtsextreme Partei „Die Finnen“, die derzeit als Teil der rechtensten Koalition, die Finnland je gesehen hat, an der Regierung beteiligt ist, Trumps heikle Positionen zu umgehen. Sie erklärte, seine Haltung zur Ukraine sei zwar nicht gut, seine Politik ansonsten aber gut. Finnlands Minister für Entwicklung und Außenhandel, Ville

Tavio, äußerte sich beispielsweise erfreut darüber, dass die USA ihre „Wokeness“ beenden. Er erwähnte außerdem, dass Trumps Politik „in vielerlei Hinsicht vorbildlich“ sei. Finnlands stellvertretender Ministerpräsident Riikka Purra lobte JD Vances Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz in den höchsten Tönen.

Diese innenpolitischen Äußerungen

sind jedoch nicht losgelöst von Trumps und Putins Positionen zur Ukraine. Sie sind Ausdruck derselben Weltanschauung und Ideologie. JD Vance sagte in München, er sei nicht besonders besorgt über Russland, China oder andere externe Bedrohungen für Europa – seine größte Sorge sei die „Bedrohung von innen“.

Diese Rhetorik ist Teil derselben Taktik, die die extreme Rechte in den USA und Europa seit Jahren verwendet. Es ist die Sprache Putins, aber auch die rechtsextremen Parteien wie der AFD in Deutschland, des RN in Frankreich oder Vox in Spanien. Diese Kräfte argumentieren seit langem, dass Europa aufgrund seiner Werte wie Vielfalt und Demokratie verfällt und schwach ist – nicht, weil nichts gegen Ungleichheit oder eine gemeinsame Industriepolitik unternommen worden wäre. Demokratie, soziale Vielfalt, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit – oder, wie Musk sagte, Empathie – diese Werte werden als interne Bedrohungen und als Werte dargestellt, die die Schwächung Europas verursachen. In der Außenpolitik zeigt sich dieselbe Denkweise, indem diese Werte als völlig wertlos oder irrelevant behandelt werden.

Trumps Regierung verbot umgehend bestimmte Wörter in den USA, begann illegal mit der „Säuberung“ der Regierung und unterband alle Aktivitäten zur Förderung der Vielfalt innerhalb der Regierung. Diese Maßnahmen spiegeln genau das autoritäre und konservative Weltbild wider, das Putin seit langem vertritt – ein Weltbild, in dem die Rechte von Geschlechtern und sexuellen Minderheiten, Rechtsstaatlichkeit und „europäische Werte“ Schwäche und moralischen Verfall symbolisieren.

Viele linke Kommentatoren warnten schon lange vor seiner Wiederwahl vor Trumps Ideologie. Diese Warnungen basierten unter anderem auf Trumps Feindseligkeit gegenüber Menschenrechten und seinen Aussagen zum Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen. Finnlands offizielle außenpolitische Kommentatoren behaupteten lange Zeit, Trumps Wahl würde keine wesentlichen Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen mit sich bringen. Ich glaube, dies war eine ähnliche Fehleinschätzung wie bei Putin. Zu lange glaubte die Rechte, sein Autoritarismus und seine Ideologie würden nur für Minderheiten in Russland ein Problem darstellen und keine außenpolitischen Konsequenzen haben. Im Fall Russlands war dies eine Fehleinschätzung, und derselbe Fehler wiederholt sich nun bei Trump, möglicherweise mit noch weitreichenderen Folgen.

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die traditionelle Rechte den Aufstieg

dieser autoritären Führer und rechts-extremen Kräfte ermöglicht hat. Ihre Wirtschaftspolitik hat die Frustration und Wut hervorgerufen, die die extreme Rechte kanalisiert. Darüber hinaus hat

Was bedeutet diese politische Situation und das Bündnis autoritärer Kräfte für Europa?

Es ist von entscheidender Bedeutung, die Risiken zu verstehen, die die Stärkung der von Putin und Trump vertretenen Weltanschauung für die Welt, den Frieden und die multilaterale, regelbasierte Zusammenarbeit mit sich bringt.

Die Welt braucht dringend Stimmen, die als Alternative zur Ideologie dieser Männer auftreten.

Das Konzept der strategischen Autono-

Sieben politische Schlussfolgerungen für Europa

Hier sind die wichtigsten politischen Schlussfolgerungen, die meiner Meinung nach für die EU und ihre Mitgliedstaaten notwendig sind:

1. Strategie „Buy European“ für die Rüstungsindustrie: Die Trump-Regierung hat klar dargelegt, dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen und sich weniger auf US-Unterstützung verlassen sollte. Lassen Sie uns dies tun und zunächst alle Mittel, die derzeit in die US-Rüstungsindustrie fließen, in die europäische Industrie umleiten. Der Draghi-Bericht hob hervor, dass 63 % der EU-Rüstungsbeschaffungen von 2022 bis 2023 an die USA gingen. Lassen Sie uns das Prinzip „Buy European“ übernehmen, diese Mittel vollständig in die europäische Industrie umleiten und die europäischen Kapazitäten so schnell wie möglich ausbauen.

2. Die europäische Nato – oder eine neue Alternative? Die neue US-Außenpolitik entlarvt Europas blindes Vertrauen in die Unterstützung der Nato als naiv. Daher ist es jetzt an der Zeit, europäische Strukturen für die Verteidigungszusammenarbeit zu entwickeln. Diese Arbeit kann innerhalb der EU, der JEF, der Nato oder anderer ähnlicher Kooperationsrahmen erfolgen. Das wichtigste strategische Ziel ist jedoch die Entwicklung europäischer Sicherheitslösungen auf europäischer und nicht auf US-amerikanischer Basis.

3. Erhöhte Unterstützung für die Ukraine – notfalls mit gemeinsamen Schulden und einschließlich eines Schuldenerlasses für die Ukraine. Sollte Trump die finanzielle und militärische Unterstützung der USA für die Ukraine reduzieren, muss Europa bereit sein, seine Unterstützung entsprechend zu erhöhen. Dazu gehören Waffenlieferungen, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und der

ihre Position, die Politik der extremen Rechten entweder zu verstehen oder zu übernehmen, ihren Aufstieg an die Macht und ihre Integration in die Gesellschaft ermöglicht.

mie ist für Europa heute noch wichtiger und für die Linke äußerst nützlich. Die wichtigsten Ziele sollten die Bereitschaft Europas sein, auf eigenen Füßen zu stehen, die Abhängigkeit von den USA zu verringern und einen gerechten Frieden in der Ukraine zu fördern, unter Berücksichtigung der Herausforderungen, die die aktuellen Umstände für dieses Ziel darstellen.

umfassende Wiederaufbau des Landes. Finnland sollte gemeinsame Schulden nicht kategorisch ablehnen, wenn dies für die Unterstützung der Ukraine notwendig ist. Europa muss zudem eine ablehnende Haltung gegenüber den US-amerikanischen Versuchen einnehmen, die ukrainischen Bodenschätze auszu-beuten. Darüber hinaus muss der Erlass der ukrainischen Staatsschulden auf der Tagesordnung stehen.

4. Sicherung eines möglichen Waffenstillstands und eines europäischen Friedensplans. Einer der größten Fehler der EU-Staats- und Regierungschefs besteht darin, dass Europa schon vor Trumps Machtübernahme die Initiative hätte ergreifen und einen eigenen Friedensplan mit der Ukraine ausarbeiten sollen. Zwar fehlte Europa bislang eine klare Strategie für einen gerechten Frieden in der Ukraine, doch diese muss nun gemeinsam erarbeitet werden. Ein zentrales Thema, bei dem Europa eine Rolle spielen sollte, ist die Gewährleistung der Sicherheit eines möglichen Waffenstillstands oder Friedensabkommens.

5. Dringende Förderung der EU-Mitgliedschaft der Ukraine. Eine entscheidende Frage hinsichtlich der Zukunft der Ukraine und der Verhinderung neuer Kriege ist, welcher politischen Gemeinschaft oder Sicherheitsarchitektur sich die Ukraine anschließen wird. Die USA haben eine Nato-Mitgliedschaft öffentlich ausgeschlossen, und angesichts der Tatsache, dass einige Gebiete der Ukraine wahrscheinlich unter russischer Besatzung bleiben werden, erscheint sie zudem unrealistisch. Aus diesen Gründen halte ich die EU-Mitgliedschaft für die praktikabelste Option.

6. Die EU muss ihre Politik ändern, um die Institutionen des Völkerrechts zu stärken. Eine der gefährlichsten Entwicklungen in der in-

ternationalen Politik ist die Erosion des Völkerrechts und der Institutionen, die es aufrechterhalten. Ein wesentlicher Faktor hierfür ist die EU selbst, die insbesondere durch ihre Gaza-Politik maßgeblich zu einer Welt beigetragen hat, in der die Regeln nach Belieben missachtet werden können. Wenn die EU die Rolle der Verteidigerin der Menschenrechte und des Völkerrechts übernehmen will, muss sie zunächst ihre eigene Politik ändern.

7. Strategische Autonomie und Sicherheit sind mehr als nur Verteidigung. Wie erwartet konzentrierten sich die Diskussionen über Europas Rolle stark auf die Verteidigung. Strategische Autonomie ist jedoch weit mehr als Verteidigung. Sicherheit ist mehr als nur militärische Verteidigung. Es ist äußerst besorgniserregend und verwerflich, dass Nato-Generalsekretär Mark Rutte vorschlägt, die EU-Mitgliedstaaten sollten zusätzliche Verteidigungsinvestitionen durch Kürzungen im Gesundheits- oder Sozialwesen finanzieren. Eine solche Politik muss kategorisch abgelehnt werden, da sie den Aufstieg der extremen Rechten in Europa zementieren und damit neue gefährliche Sicherheitsprobleme schaffen würde.

Europa muss sowohl die zentrale Bedeutung der sozialen Dimension für die innere Sicherheit als auch die umfassendere Bedeutung strategischer Autonomie verstehen. Ein entscheidender Aspekt des Abbaus von Abhängigkeiten ist beispielsweise die Begrenzung der Macht der Oligarchen der digitalen Wirtschaft. Neben massiven Investitionen in den Ausbau der europäischen digitalen Wirtschaft und der öffentlichen digitalen Serviceinfrastruktur muss die EU auch die Besteuerung und Regulierung großer Social-Media-Unternehmen aufrechterhalten und verschärfen. Elon Musk lehnt die Regulierung digitaler Plattformen nicht aus Sorge um die freie Meinungsäußerung ab, sondern weil es um sein Eigentum und seine Macht geht. Er will keine Einschränkungen. Energie ist ein weiterer wichtiger Sektor. Die EU sollte den grünen Wandel fortsetzen und die Reduzierung externer Energieabhängigkeiten energisch fördern.

Wir befinden uns in einer neuen und gefährlichen Situation der Weltpolitik, aber wir dürfen uns nicht verwirren lassen. Die gefährliche Zusammenarbeit zwischen Trump und Putin und der Aufstieg der extremen Rechten eröffnen auch Raum für eine Alternative. Die Welt braucht alternative Stimmen mehr denn je, und die Linke muss bei der Schaffung dieser Alternativen an vorderster Front stehen.

Offener Brief an die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP in Hanau: 222 Kulturschaffende, Journalist*innen und Autor*innen fordern Entschuldigung bei Emiř Gürbüz und der Initiative „19. Februar“

„Anlässlich des fünfjährigen Gedenkens hat Emiř Gürbüz, Mutter des ermordeten Sedat Gürbüz, eine Rede gehalten, (in der sie die Stadt Hanau beschuldigt, aufgrund von strukturellen Versäumnissen und Versagens der Polizei mitverantwortlich für den Tod ihres Sohnes zu sein, Red.) die Sie nun in einer Presseerklärung scharf kritisieren. Die von Ihnen gewählten Worte sind beschämend, die Haltung, die sich in ihnen ausdrückt, erschütternd und inakzeptabel. Die Familien der Opfer sind keine Statistinnen und Statisten, die Ihnen Versöhnlichkeit oder gar eine handzuhame PR für Ihre Stadt schulden. Indem Sie berechnete Wut und Trauer als Hass diffamieren, demonstrieren Sie einen Mangel an Anteilnahme und auch an Anerkennung des unermüdlichen Einsatzes der Hinterbliebenen. Ihre deutlich formulierten Drohungen bezüglich des Fortgangs der Gedenkveranstaltung sind empörend.“ (Oberbürgermeister Claus Kaminsky stellte inzwischen klar:

das Gedenken werde fortgesetzt, aber in reduziertem Rahmen, Red.) „Mehr als empörend ist allerdings, dass Sie als Rathaus-Koalition das private Einbürgerungsverfahren von Frau Gürbüz thematisiert haben.“ („Warum sie bei einer derartigen Gefühlslage die deutsche Staatsbürgerschaft beantrage, bleibt wohl ihr Geheimnis“ – städtische Presseerklärung, Red.) „Damit haben Sie die Persönlichkeitsrechte einer Privatperson verletzt und zugleich eine Betroffene von Rassismus exponiert. Das ist Ihrer politischen Funktion unangemessen. Und es ist gefährlich in einer Gesellschaft, in der Ressentiments und Gewalt gegen migrantische Menschen stetig steigen. Nicht zuletzt die neun Namen der in Ihrer Stadt Ermordeten stehen für diese Realität: Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi, Hamza Kurtović, Ferhat Unvar. ...“

Es folgen 222 Unterschriften, darunter die Autorinnen Fatma Aydemir, Shida Bazayr, Dana Vowinkel und Asal Dardan, der Autor Max Czollek und nicht zuletzt Ibrahim Arslan, Überlebender des rassistischen Brandanschlags in Mölln 1992. (Herkesin Meydanı 12.3.25)

Wahlsendungen mit viel Migration und ohne Weltblick.

Die TV-Sendungen zur Bundestagswahl waren stark von der Migrationsdebatte geprägt: Wie viele Menschen kommen? Wie kann die „illegale Migration“ gestoppt werden? Anstatt die komplexen Hintergründe von Fluchtbewegungen zu beleuchten, stand fast ausschließlich die sicherheitspolitische Dimension im Vordergrund. Besonders nach dem Anschlag in München am 13. Februar 2025 wurde Migration vor allem in Verbindung mit Kriminalität und innerer Sicherheit diskutiert. Dabei spielten die Ursachen von Flucht und Migration, die Kriege und Krisen, die Menschen zur Flucht zwingen, eine verschwindend geringe Rolle. Von den insgesamt 190 Minuten Sendezeit der analysierten Wahlsendungen entfielen 201 Minuten (16,9 Prozent) auf das Thema Migration. Das ergab eine Analyse des Medienforschers Ladislaus Ludescher von der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Für seine Auswertung untersuchte er zwölf reichweitenstarke Wahlsendungen (Ludescher, Ladislaus: Worüber im Bundestagswahlkampf gesprochen wurde und worüber nicht; European Journalism Observatory, 5.3.25)

gen im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen. Ein weiterer zentraler Befund: Der globale Kontext fehlte. Nahezu alle Konflikte im Globalen Süden wurden ignoriert. Während der Ukraine-Krieg in 147 Minuten thematisiert wurde, erhielten die Konflikte in Nahost, Jemen, Sudan oder der DR Kongo zusammen nicht einmal zwei Minuten Sendezeit. Die größten humanitären Krisen – in Jemen, Sudan, der Demokratischen Republik Kongo oder Syrien – fanden kaum Erwähnung. Der Blick auf Migration wurde auf Deutschland verengt. Weder die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik noch die Verantwortung des Westens für globale Konflikte wurden thematisiert. Gerade der Gaza-Krieg, der 2024 auch in deutschen Medien viel Raum einnahm, wurde fast völlig ausgeklammert. In neun von zwölf untersuchten Sendungen kam er gar nicht vor. Nur in drei Formaten gab es überhaupt eine Erwähnung – und auch hier nur am Rande.

Untersuchung des Umfangs kommunaler Zusammenarbeit etablierter Parteien mit der AfD im Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

11 053 Sitzungen von Kreistagen und Stadträten zwischen 2019 und 2024 wurden ausgewertet. Ergebnis: ca. 81 % der AfD-Anträge wurden abgelehnt – die Mehrheit hält sich an die Brandmauer. In 19 % der Fälle gab es eine direkte Kooperation mit der AfD. Die AfD stellte in

diesem Zeitraum 4 968 Anträge, davon fanden 934 die Zustimmung anderer Parteien. In 177 von 347 Kreisen gab es keine einzige Zusammenarbeit mit der AfD. In ländlichen Regionen Ostdeutschlands wurde AfD-Anträgen öfter zugestimmt als in städtischen. In Westdeutschland

gab es zwischen Stadt und Land kaum Unterschiede. Viele Kooperationen fanden in Hessen, Sachsen und Sachsen-Anhalt statt. In Fulda, Dresden und Frankfurt am Main wurden jeweils über 40 AfD-Anträge unterstützt. Eine starke AfD-Präsenz bedeutet jedoch nicht automatisch mehr Kooperationen – entscheidend sind lokale politische Dynamiken.

(WZB-Studie: Brandmauer unter Druck, 20.3.25)

Schutzwohnung für Opfer von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel

Für Opfer von Ausbeutung und Menschenhandel gibt es in Berlin seit Januar eine spezielle Schutzwohnung. Diese sei eine sichere und anonyme Anlaufstelle für Betroffene, sagte Sozialsenatorin Cansel Kızıltepe bei der Vorstellung des Projekts. „Wir zeigen den betroffenen Menschen, dass sie nicht allein sind.“ Betroffene würden oft in ihrer Not ausgenutzt und müssen unter miserablen Bedingungen arbeiten – von der Bau- und Landwirtschaft bis zur häuslichen Pflege und der Gastronomie in vielen Bereichen, teilte die Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales mit. Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte seien besonders gefährdet. Bisher habe es an einer sicheren Unterkunft für Betroffene gefehlt, nachdem illegale Beschäftigung beendet und Täter ermittelt seien. Betroffene seien oft psychisch erheblich belastet, häufig verbunden mit Angstzuständen oder Depressionen, sagte Peter Hermanns, Sprecher des Internationalen Bundes (IB) Berlin-Brandenburg, einem Träger der Sozialarbeit. Die Schutzwohnung sei ein sicherer Rückzugsort und soll Menschen neue Perspektiven öffnen. Der IB bietet gemeinsam mit dem Berliner Beratungszentrum Migration und Gute Arbeit (Bema) professionelle soziale und psychologische Beratung. Finanziert wird das Projekt vollständig von der Sozialverwaltung mit 450 000 Euro im Jahr. Insgesamt stehen dort zehn Unterbringungsplätze zur Verfügung. Die Adresse der Schutzwohnung wird aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht. Berlin ist nach Angaben von Kızıltepe das erste Bundesland, das eine solche Schutzwohnung anbietet. Es sei ein wiederkehrendes Problem, dass betroffene Menschen oft nicht oder nur in einem kurzen Zeitraum zu Aussagen bei Polizei und Zoll bereit seien, sagte Polizeipräsidentin Barbara Slowik Meisel. „Denn die Täterinnen und Täter stammen meist aus dem privaten sozialen Umfeld und versuchen regelmäßig, ihre Opfer während der Dauer der Ermittlungsverfahren in ihrem Sinne unter Druck zu setzen und zu beeinflussen.“ Sie bezeichnete die Schutzwohnung daher als „absoluten Gewinn“ für die Ermittlungsarbeit des Zolls und der Polizei. (Migazin, 17.03.25)

Kirchenasyl unter Druck

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Erinnern wir uns: Im September 2023 stand im Bundestag ein Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen zur Abstimmung. Der sah stationäre Grenzkontrollen vor und Gewahrsamszentren an der Grenze. Asylsuchende sollten zur Prüfung ihrer Anträge in Drittstaaten überführt, Ausreisepflichtige in Lagern interniert, die Abschiebungspflicht sollte ausgebaut werden und die Bundespolizei sollte mehr Kompetenzen zur Abschiebung bekommen. 603 Abgeordnete stimmten dagegen, der Innenausschuss hatte den Plan zur Ablehnung empfohlen: Der Antrag der AfD kam nicht durch!

Die Vorschläge der AfD, die damals den anderen Parteien ungeheuerlich erschienen, sind heute Mainstream. Während die AfD immer enthemmter von „Remigration“ spricht, kündigt Bundeskanzler Scholz an, Deutschland müsse „im großen Stil abschieben“. Die Linke sprach aus, was viele, die Empathie mit Menschen auf der Flucht haben, dachten: „Die Ampel macht AfD-Politik! ... sie – die bürgerlichen Parteien Grüne, SPD, CDU/CSU – wollen den asylpolitischen Wettbewerb der Schabigkeiten gewinnen.“

Kirchenasyl in Zahlen

Durch Kirchenasyl kann in Einzelfällen eine Abschiebung abgewendet werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kritisiert nun, die Zahl der gemeldeten Kirchenasyl-Fälle im letzten Jahr sei deutlich gestiegen. Tatsächlich stieg die Zahl von 1561 im Jahre 2017 auf 2065 im Jahr 2023. Die gestiegene Zahl von Kirchenasyl, so die betroffenen Kirchengemeinden, sagt vor allem dies aus: Die europäische Abschottungspolitik und die deutsche Abschiebepolitik führen zu mehr Elend, zu mehr Leid, zu mehr zerstörten Perspektiven und sind sogar tödlich.

Fast alle Fälle von Kirchenasyl drehen sich um das sogenannte „Dublin-3-Abkommen“. Es besagt, dass Schutzsuchende in Europa lediglich einmal einen Asylantrag stellen dürfen: in jenem Land, in dem sie zuerst ankamen. Dieser Umstand ist der Grund, warum die zuständigen Behörden ihr härteres Durchgreifen als deutlich weniger dramatisch bezeichnen, als die Kirchen es sehen.

Fragt man bei jenen Kirchengemeinden nach, die Kirchenasyl gewähren, wird klar: das BAMF blendet offenbar einen entscheidenden Punkt aus – und zwar den, dass auch die Abschiebung in EU-Staaten alles andere als sicher sein kann.

Viele Schutzsuchende haben auf ihrer ersten Station in Europa schreckliche Erfahrungen gemacht. „Das sind teilweise krasse Verletzungen von Menschenwürde und Menschenrecht, die ich vorher im Rechtsrahmen der Europäischen Union nicht für möglich gehalten hätte“, sagt ein Pfarrer, der Kirchenasyl organisiert. „Dass

Menschen gezwungen werden, durch körperliche Gewalt ihren Fingerabdruck zu hinterlassen. Dass man mit bissigen Hunden eine Nacht lang in einem Käfig eingesperrt wird. Ich nehme es diesen Menschen absolut ab, wenn sie sagen: Wenn ich in dieses Land zurück soll, dann nehme ich mir eher das Leben.“ Vor allem Rumänien, Bulgarien und Litauen, sagt er, würden auch unter Menschenrechtsorganisationen als berüchtigt für ihren brutalen Umgang mit Geflüchteten gelten.

Harte Abschieberegeln per Merkblatt

Die Ausländerbehörden respektierten seit einer Absprache mit den Kirchen aus dem Jahre 2015 deren Hoheitsgebiet. Zumindest galt das bis vor kurzem. Jetzt wurden sieben Abschiebefälle aus dem Kirchenasyl seit dem vergangenen Sommer bekannt. Der Druck aufs Kirchenasyl steigt. Hier drei Beispiele:

- Mit einem Rammbock drang die Polizei in Schwerin Ende Dezember 2023 ins Kirchenasyl ein, um zwei Söhne einer sechsköpfigen afghanischen Familie abzuschieben.

- Eine vierköpfige russische Familie wurde im Mai aus einer Kirchenwohnung in Bienenbüttel (Landkreis Uelzen) abgeschoben. Vater und Sohn sind Kriegsdienstverweigerer und hatten einen Einzugsbefehl der russischen Armee erhalten.

- Ein 29-jähriger Afghane, der zur diskriminierten Minderheit der Hazara gehört, wurde im September aus Hamburg abgeschoben.

Das BAMF steht unter dem wachsenden Druck aus der Politik abzuschieben. Die Fälle, in denen Ausländerbehörden zuletzt Geflüchtete aus dem Kirchenasyl holten, gehen dabei offensichtlich auf eine Handlungsanweisung des BAMF, also von ganz oben, zurück. Laut Aussage der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche (BAG Asyl) begann der jetzige harte Abschiebekurs mit diesem Merkblatt. Dieses Schreiben schickte das dem Bundesinnenministerium unterstehende BAMF im November 2022 an die Ausländerbehörden im ganzen Land. Gleich in der Einleitung steht:

„Dabei herrschte Einvernehmen dazu, dass das Kirchenasyl nicht der systematischen Kritik am Dublin-System dienen dürfe.“

Wir zitieren weiter den Punkt 4:



© Bruno Kern, Institut für Theologie und Politik (ITP), <https://www.itpol.de>

„... Bei der Bewertung, ob es sich um einen besonderen individuellen Härtefall handelt, kommt es nicht darauf an, welche Verfolgungsgründe die abgelehnten Asylbewerber für ihre Flucht angeben. Dies wird erst im zuständigen Mitgliedstaat geprüft. Ebenso wenig spielen die Umstände während der Flucht eine entscheidungserhebliche Rolle. ... Allein die Tatsache, dass der Asylantrag bereits in einem anderen Mitgliedstaat abgelehnt wurde, ist kein ausreichender Grund dafür, Kirchenasyl in Deutschland zu gewähren, sofern keine begründeten Zweifel an der rechtsstaatlichen Vorgehensweise des zuständigen Mitgliedstaats bestehen. Dies würde ansonsten Systemkritik am Dublinverfahren insgesamt bedeuten.“

Pastorin Dietlind Jochims, Vorsitzende der Ökumenischen BAG Asyl klagt: „Die Zusicherung, dass der Staat das Kirchenasyl akzeptiert, wird mit zunehmendem Abschiebedruck aus der Politik brüchiger.“ Für die Pastorin liegt hierin ein Knackpunkt: „Das Merkblatt ist nicht Bestandteil der Verabredungen von 2015. Die jetzt aus ihm abgeleitete Verschärfung der Handhabung wurde mit den Kirchen weder verhandelt noch abgesprochen.“

Abschiebung verhindert

Dennoch gibt es auch Erfolge zu melden: im Dezember 2024 wurde die Abschiebung des 25-jährigen Somaliers Ayub I. aus dem Kirchenasyl in Bremen verhindert. Etwa 100 Menschen blockierten den Zugang zur Zionskirche in der Bremer Neustadt. Die Polizei zog sich daraufhin zurück. Der Somalier befindet sich seit September im Kirchenasyl. Er sollte nach Finnland abgeschoben werden, weil er von dort über die russische Grenze in die EU eingereist war. Nach Überzeugung des Flüchtlingsrates hat der Mann in Finnland keine Chance auf ein faires Verfahren und muss befürchten, weiter nach Russland abgeschoben zu werden.

Daraufhin haben die Landeskirchen von Niedersachsen und Bremen mit dem Bremer Innensenator verhandelt. Der meint, das Bundesverwaltungsgericht habe seine Rechtsauffassung schon vor Jahren auf den Punkt gebracht: „Der Staat ist durch das offene Kirchenasyl weder rechtlich noch tatsächlich daran gehindert, die Überstellung durchzuführen. Er verzichtet vielmehr aufgrund einer rechtlich nicht verbindlichen Verfahrensabsprache mit den Kirchen darauf, das Recht durchzusetzen [...]“ (BVerwG 1 C 42.20, Randnummer 26 – Urteil vom 26.1.2021).

„Verhandelt“ wurde allerdings über die Köpfe von Asyl gewährenden Gemeinden und Flüchtlingsrat hinweg. Der Innensenator plane, „mit einzelnen Gemeinden das Gespräch zu suchen. Wen wundert’s, dass diese Gemeinden das als verstärkte Kontrolle und Einschüchterung empfinden. Er will ja nun auch wieder abschieben – aus dem Kirchenasyl.“

Studie über neue und alte rechte Gegenerzählungen

Rudi Arndt, Uetersen, Olaf Argens, Schmitt

Der Historiker Volker Weiß hat mit „Das Deutsche Demokratische Reich – Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört“ eine empfehlenswerte aktuelle Analyse über Umdeutungen von politischen Begriffen, von europäischer Geschichte und Geopolitik durch die AfD und den Rechtsextremismus vorgelegt. Weiß ist ein ausgewiesener Kenner der verschiedenen Strömungen rechter und nationalistischer Kräfte und ihrer ideologischen Traditionen. Die Studie behandelt in erster Linie die Politik rechtsextremer Akteure vor dem Hintergrund des Krieges gegen die Ukraine. Der auf den ersten Blick etwas irritierende Titel greift ein Zitat von Jürgen Elsässer (Compact) auf, mit dem dieser seinen Versuch zusammenfasst, autoritäre Systeme der deutschen und europäischen Vergangenheit für aktuelle Politik strategisch nationalistisch umzudeuten.

Der Krieg gegen die Ukraine

Im Kontext des Ukrainekrieges werden die ideologischen Verbindungen zwischen der Regierung der Russischen Föderation (RF) und ihrem beratenden weiteren Umfeld (Dugin, Karaganow ...) und der europäischen Rechten behandelt (anti-universalistisch, antiliberal, autoritär). Der Fokus liegt dabei auf den Versuchen, die Geschichte umzudeuten. Etwa wenn der Leiter des Sicherheitsrates der RF, Medwedew, anlässlich des „Tages der Befreiung“ am 9. Mai 2024 behauptete, dass im Hintergrund des Vernichtungskrieges der Nationalsozialisten und der aktuellen Waffenhilfe für die Ukraine immer das angelsächsische Kapital mit dem Ziel der Vernichtung Russlands gewirkt habe.

Die Positionen der deutschen Rechtsextremen sind scheinbar widersprüchlich. Weiß behandelt deshalb nicht nur die Verbindungen zu den russischen Rechten, sondern untersucht auch den aktuellen ukrainischen Nationalismus und seine historischen Vorläufer, der ebenfalls Unterstützung durch Teile der europäischen Rechten erfährt, etwa durch die Identitären. Wieder andere (Kubitschek, Sezession, Höcke) nehmen eine zum Krieg gegen die Ukraine scheinbar distanzierte Position ein und geben vor, die Lage vor allem nach „deutschen Interessen“ zu beurteilen, indem sie alte Konzepte von Osteuropa als „Zwischenland“ oder „Zwischeneuropa“ und agrarischem Ergänzungsraum für Deutschland anklingen lassen. Wird der völkische deutsche Nationalismus als verbindendes Glied begriffen, ist es nachvollziehbar, wenn die positive Erinnerung an die gegen die Französische Revolution gerichtete Allianz Preußens mit dem zaristischen Russland, das alte Feindbild vom jüdischen Bolschewismus, der Antikommunismus im Kalten Krieg und ein erhoffter erneuter Zugriff auf Ostpreußen nicht als Widerspruch erscheinen müssen.

Umdeutung des Nationalsozialismus und antikommunistische DDR-Nostalgie

Weitere Kapitel behandeln den „Deutschen Sozialismus“ und Versuche, den Nationalsozialismus „links“ umzudeuten. Anhand verschiedener Zitate belegt Weiß hier die These, dass es den Rechtsextremen insofern vor allem darum geht, den deutschen Faschismus reinzuwaschen und die Linke und den Antifaschismus als Feindbild aufzubauen.

Ein etwas anderes Licht auf die Wahlerfolge der AfD in Ostdeutschland wirft Weiß, wenn er entwickelt, dass die Rechte hier gezielt an einer Identitätsfindung arbeitet, indem die ehemalige DDR ihrer sozialistischen und antifaschistischen Elemente entkleidet wird, so dass eine autoritäre Tradition übrigbleibt, in der „der Osten als Traum eines antiliberalen Sammelbeckens für die Renaissance des weißen Menschen“ erscheint.

Tradition der „konservativen Revolution“

Der Autor arbeitet in seiner Analyse immer wieder heraus, dass die Zerstörung historischen Wissens durch Neudefinition bekannter Begriffe als Umdeutungsstrategie keineswegs neu ist, vielmehr in



Die Völkerschlacht bei Leipzig 1813, Denkmal völkisch-nationalistischer Kreise vor dem ersten Weltkrieg. Napoleons Niederlage in Folge „preußisch-zaristischer Allianz“, heute wieder gut für „Eurasienphantasien“ der extremen Rechten. (Bild: wikipedia-Commons)

der Tradition der „konservativen Revolution“ der 1920er Jahre steht.

Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925), Kulturkritiker und „Schlüsselfigur im Radikalisierungsprozess des deutschen Nationalismus und Konservatismus“ hatte in seinem 1923 publizierten Hauptwerk *Das Dritte Reich* diese Strategie bereits systematisch entwickelt. Sein Hauptfeind, der „internationale Liberalismus“, war Ergebnis einer Begriffsverschiebung und stand für alles, was sich von der Nation entfernte. Die Palette seiner Feinde war entsprechend breit: Juden, Freimaurer, Sozialdemokraten und Kommunisten. Sein Hauptanliegen bestand darin, den durch den Feind geprägten „liberalen Mensch(en) auszutilgen“. Damit versuchte Moeller schon Anfang der 1920er Jahre einen negativen Liberalismus-Begriff durchzusetzen, der heute erneut zum Beispiel in Teilen der US-amerikanischen Rechten vorherrscht, die – wie Donald Trump – ebenfalls zwischen liberal und marxistisch nicht mehr unterscheiden wollen. Auch Oswald Spengler forderte bereits 1924 ein neues Reich, das auf Hierarchie und Gliederung gegründet sein solle, anstatt auf Abstammung und Debatte. Carl Schmitt formulierte im selben Jahr seine scharfe Ablehnung des Parlamentarismus und deutete zugleich die Begriffe „Volk“ und „Demokratie“ „rassenbiologisch“, als „Schicksalsgemeinschaft des Blutes“, die „die Auscheidung des Heterogenen“ verlangt.

Der Katechon

Eine weitere Brücke zwischen russischen Politikberatern und der deutschen extremen Rechten und ihrer Tradition findet Weiß im frühchristlichen Heilsbegriff des Katechon. Danach müsse – bevor die Apokalypse naht – der Feind Gottes auftreten, der alles Böse in sich vereint. Dies könne nicht geschehen, solange er aufgehalten wird. Da der Aufhalter die Welt vor dem Chaos errettet, ist er unmittelbar an die göttliche Ordnung geknüpft. In der Mythologie der fundamentalistischen russischen Orthodoxie und des Eurasismus spielt der Katechon nach wie vor eine wichtige Rolle. Die russisch-orthodoxe Kirche stellt in diesem theologischen Zusammenhang Russland als Aufhalter einer weiteren Ausbreitung westlicher Dekadenz dar. Der Präsidentenberater Karaganow geht sogar so weit, den Einsatz von Nuklearwaffen in diesem Sinn als ein Werkzeug Gottes zu deuten. Die beschriebene Konzeption fügt sich in eine politische Theologie ein, die seit Carl Schmitt auch in der deutschen Rechten Gültigkeit hat und dem Katechon eine feste Rolle als Ordnungsmacht gegen Marxismus und Liberalismus zuweist.

AfD gestärkt – was tun?

Christiane Schneider, Hamburg

Die eigentliche Gewinnerin der Bundestagswahlen ist die AfD. Sie hat bei hoher Wahlbeteiligung ihren Stimmenanteil gegenüber 2021 verdoppelt. Nicht nur ist sie erstmals in allen östlichen Bundesländern stärkste Kraft geworden. Stärker noch als im Osten hat sie im Westen zugelegt und sich von 8,2% auf 18% mehr als verdoppelt. Der Westen hinke dem Osten bei der AfD-Zustimmung nur knapp 4 Jahre hinterher, schreibt die Amadeu Antonio Stiftung.



Was hat die AfD so stark gemacht?

Die AfD arbeitet seit vielen Jahren daran, mit dem Thema „Migration“ Angst zu schüren und Ressentiments zu bestärken. In den Monaten vor der Wahlen ist es ihr gelungen, ihr Thema bundesweit zum zentralen Wahlkampfthema zu machen.¹ Anstatt dagegenzuhalten und eigene Themen stark zu machen, folgten von CDU/CSU bis zu den Grünen alle Parteien weitgehend dem Agenda-Setting der AfD, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die CDU ging so weit, kurz vor den Wahlen zwei (auch rechtlich mehr als problematische) Anträge einzubringen, die sie mit Hilfe der AfD durchzubringen gedachte. Die nahm das Angebot bekanntlich an. So trat ein, was absehbar war: Die CDU verlor über eine Million Stimmen an die AfD, die FDP 890 000 und die SPD 720 000. Die AfD dagegen verlor lediglich an das BSW, aber mit 60 000 Stimmen deutlich weniger als vom BSW erhofft. Es könnte sich zeigen, dass die CDU einen Pyrrhussieg errungen hat, obwohl sie 4,4% zulegte, damit aber gerade mal ihr zweitschlechtestes Ergebnis erreichte.

Die AfD hat nicht nur ihre Bundestagsitze fast verdoppelt, sie wird damit auch über sehr viel mehr Geld und Mitarbeiter verfügen, Mitarbeiter, von denen viele wie schon bisher aus dem extrem rechten und faschistischen Vorfeld rekrutiert werden. Es zeichnet sich ab, dass sie sich weiter radikalisiert und ihr Verhalten auch im Parlament immer aggressiver wird.

Zu den neuen AfD-Bundestags-Abgeordneten zählt Maximilian Krah, der mit 44,2% ein Direktmandat im sächsischen Wahlkreis Chemnitzer Umland/Erzgebirge errang. Der Rechtsaußen-Strategie hatte bereits 2023 in einem Panorama-Interview die CDU zum „strategischen Hauptgegner“ erklärt. Der europäische Vergleich zeige, so die Begründung, dass die politische Rechte nur dann zum Erfolg kommt, wenn die Christdemokraten verschwinden. Deshalb setze er auf die Implosion der CDU.² Das Ziel der Zerstörung der CDU hat sich inzwischen die

AfD seither zu eigen gemacht. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion Baumann etwa erklärte im November 2024 in etwas holprigem Deutsch: „Der Hauptgegner ist die CDU, ist die Union, die versucht, unsere Anträge, unsere Politik den Bürgern vorzugaukeln.“ Die CDU sei das eigentliche Problem Deutschlands.³ Deshalb auch überschüttete die AfD in der Bundestagsdebatte über die von ihr unterstützten CDU-Anträge den Kanzlerkandidaten Merz mit triumphierenden Hohn. Und deshalb bot Weidel am Wahlabend der CDU eine Koalition an, nicht obwohl, sondern weil sie wusste, dass die CDU ablehnen wird: „Die Menschen wollen eine blau-schwarze Koalition haben, und wenn die CDU mit den Linken koalitiert, also mit Rot und Grün, dann wird sie nichts von den Wahlversprechen umsetzen können. (...) Ich rechne jetzt nicht damit, dass unter Friedrich Merz die Union diese Hand ergreifen wird. (...) Ich glaube, wenn man genauso weitermacht wie mit der Ampel-Regierung und auch in Ostdeutschland mit der Linken koalitiert, dann werden wir stärkste Kraft innerhalb der nächsten Jahre.“⁴

Nach der Wahl ist vor den Wahlen

In Ostdeutschland finden 2026 zwei Landtagswahlen statt: in Sachsen-Anhalt im Frühsommer und in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst.

Die AfD Sachsen-Anhalt hat bei den Bundestagswahlen 37,1% der Zweitstimmen (2021: 19,6%) erreicht, damit fast doppelt so viele Stimmen wie die CDU, die von 28,5 auf 19,2% abstürzte, und mehr als dreimal so viel wie die SPD, die nur noch 11% (2021: 16,4%) erhielt. Und das, obwohl – und weil – sie als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft ist und der sogenannte „Flügel“ den Landesverband dominiert. Wo sie bisher eher schwach war, in den Städten und bei den Frauen, legte sie überdurchschnittlich zu. In ihrem Siegesrausch gab sie für die Landtagswahl als Ziel 45% aus. Ungefähr bei 40% beginnt der Bereich, in dem eine Regierungsübernahme oder zumindest

die Einbindung in die Regierungsbildung wahrscheinlich wird.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die Gefahr nicht viel geringer. Im Bundesland mit einer SPD/Linken-Regierung erreichte die AfD 35% der Zweitstimmen (2021: 18%). Sie hat alle Wahlkreise gewonnen. In 715 von 719 Gemeinden lag sie vorne, in drei Gemeinden erzielte sie sogar über 70%. CDU, SPD, Grüne und Linke kamen zusammen auf 47,6% (zusammen verloren sie 17,8%), das BSW auf 10,6%. Die AfD hat als Ziel für die Landtagswahl 40% ausgegeben.

Warum ist die AfD im Osten so stark?

Die fraktionslose linke Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt Henriette Quade nennt ein Bündel von Gründen.⁵ Auch sie sieht eine Ursache darin, dass die CDU Positionen der AfD übernimmt. Hinzu kommt, dass es aus der CDU in Sachsen-Anhalt immer mal wieder Vorstöße zur Kooperation mit der AfD gibt und Abgeordnete, wie im Landtagswahlkampf 2021, offen für eine Zusammenarbeit mit der AfD oder eine stärkere politische Annäherung an AfD-Positionen plädieren. Eine wichtige Rolle spielen aber auch spezifisch ostdeutsche Probleme: die Tatsache etwa, dass in der DDR die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus noch schleppender verlief als jahrzehntelang in der Bundesrepublik: Zentral war die Würdigung antifaschistischer Widerstandskämpfer, eine Auseinandersetzung mit der Shoah dagegen fand kaum statt. Antisemitismus und Rassismus in der DDR wurden bis zu ihrem Ende praktisch nicht thematisiert. Eine Studie von 2023 legte offen, dass sich viele Menschen in den ostdeutschen Bundesländern „die scheinbare Sicherheit einer autoritären Staatlichkeit“ wünschen – Folge auch einer unzureichenden Auseinandersetzung mit dem Autoritarismus der DDR.

Nicht zu vergessen sei aber auch, dass die Menschen in Ostdeutschland bittere Erfahrungen mit gebrochenen Versprechen gemacht haben: Kohls „blühende Landschaften“ blieben aus, die Aktivitä-

(1) Auch die starke mediale Berichterstattung ist mitverantwortlich dafür ist, dass das Thema „Migration“ stark in den Vordergrund geschoben wurde. (2) ARD Mediathek, Panorama: Angriff von rechts, Untergang der CDU? (3) Zitiert nach: Belltower News, 28.1.25 (4) <https://www.zdf.de/nachrichten/video/alice-weidel-afd-koalition-bundestagswahl-video-100.html> (5) Grundlage ist ein Gespräch mit Henriette Quade am 19.3. 2025 (6) taz, 2.3.)

ten der Treuhand vernichteten in wenigen Jahren 2,5 Millionen Arbeitsplätze, und viele Menschen sind durch lange Erfahrung mit sozialer Unsicherheit geprägt. Seit 1991 sind über 700 000 junge Menschen abgewandert, derzeit nimmt die Abwanderung und damit die Überalterung wieder zu. Die multiplen Großkrisen schüren Angst vor der Zukunft, vor sozialem Abstieg und nicht zuletzt vor den sich verschlechternden Zukunftsaussichten der Kinder und Jugendlichen. Als nicht zu unterschätzendes Problem bezeichnet Henriette Quade auch die dramatische Ausdünnung der Medienlandschaft, die die Verbreitung von Desinformationen erleichtert. Ebenso wie der dramatische Lehrermangel, den die Regierung auch durch Seiteneinsteiger, Vergrößerung der Klassen und tendenziell durch Schulschließungen nicht ausgleichen kann.

Was tun?

Die Angriffe auf demokratische Institutionen und Einrichtungen, auf politische Gegner und Minderheiten nehmen zu. Queere Menschen werden zunehmend beleidigt und bedroht. 2024 mobilisierten junge Neonazis gegen CSD-Veranstaltungen in Magdeburg, Bautzen, Wismar und andernorts. Kurz vor den Wahlen griff eine Gruppe junger Männer das Autonome Zentrum in Salzwedel und anwesende Personen an. Ebenfalls in Salzwedel lehnte Anfang März die Stadtratsmehrheit von AfD, CDU und Freier Fraktion 700 000 Euro in acht Jahren für Jugendprojekte, Initiativen und Vereine aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ ab mit der fadenscheinigen Begründung, 4 500 Euro jährlich seien nicht zu leisten. Eine AfD-Regierung würde die Situation noch einmal dramatisch verschärfen.

Wie lässt sich der Siegeszug der AfD aufhalten? David Begriff vom Magdeburger Verein Miteinander e.V. sieht eine wichtige Aufgabe darin, „demokratische Kerne“ zu erhalten. „Alle, die zivilgesellschaftlich unterwegs sind, müssen sich zusammenraufen.“ Die Strategie der Eindämmung der AfD sei „gescheitert. Jetzt müssen wir stärker in die Konfrontation gehen.“⁶ Was das genau heißt, für die Zivilgesellschaft wie für die Linke und andere demokratische Parteien in den Kommunen, in den Parlamenten, im Austausch mit den Menschen vor Ort, wäre zu klären, nicht nur in Bezug auf den Osten. Notwendig ist meines Erachtens auch die politische und auch materielle Unterstützung der Antifaschistinnen und Antifaschisten im Westen für die bedrohten „demokratischen Kerne“ im Osten. Auch das muss diskutiert werden.

DOK Rechte Kräfte in der EU

Red. Michael Juretzek, Bremen

Gipfeltreffen Patrioten für Europa

MADRID Gastgeber Abascal (Vox) begrüßte am 8. Februar die Teilnehmer als „Protagonisten eines historischen Sieges der Ideen von Freiheit und Souveränität“. Die Strategiedebatte stand unter dem Motto „Make Europe Great Again“ und Rückeroberung Europas von den „Brüsseler Eliten“, die gescheitert seien bei dem Versuch, die EU „in einen auf Sozialtechnik ausgerichteten Megastaat zu verwandeln“.

Salvini (Lega) erklärte, Ursache des Arbeitsplatzabbaus in der Automobilindustrie sei „der wirtschaftliche, industrielle und ökologische Selbstmord“ durch Brüssel. Ventura von der portugiesischen Chega forderte: „Wir müssen ein Europa zurückerobern, das uns gehört ... Ein christliches Europa.“ Orban prophezeite, dass die von Trump ausgelöste Welle des Souveränismus auch Europa erreichen werde. Green Deal, Regenbogenflagge und Migrationspakt wurden zu Angriffszielen des „gesunden Menschenverstandes“ erklärt.

Quelle: euractiv.de 08.02.25; euronews.com 10.02.25

Transatlantische Patrioten

WASHINGTON Zwei Wochen nach ihrem Gipfeltreffen, zu dem sie auch den Präsidenten der US-Denkfabrik Heritage Foundation eingeladen hatten, reisten hochrangige PfE-Vertreter zur diesjährigen CPAC-Konferenz (Conservative Political Action Conference). Neben Vizepräsident Vance gehörten der Franzose Bardella (RN-Vorsitzender), der slowakische Ministerpräsident Fico (SMER, PfE) und Giorgia Meloni (EKR) zu den Rednern. Die Teilnahme „ist ein bedeutender Schritt zum Aufbau stärkerer transatlantischer patriotischer Beziehungen“, heißt es in der Presseerklärung der PfE. Man habe wichtige strategische Diskussionen geführt. Ex-Verfassungsschutzchef Maaßen von der Werteunion erhoffte sich von seinem Besuch, „dass die deutschen Konservativen sich stärker vernetzen mit internationalen Partnern und wir vernetzen uns mit den Republikanern“. Quelle: tagesschau.de, 21.2.25; euractiv.de, 24.2.25

Versammlungsverbot für Homosexuelle

UNGARN „Und es ist an der Zeit, die Schwulenlobby zurückzudrängen“, schrieb Janos Lazar, Minister für Bau und Verkehr, zum angekündigten Verbot der diesjährigen Pride-Demonstration von Homosexuellen. Zur Abstimmung steht der Entzug der Versammlungsfreiheit für

Personen, die durch zeigen einer „Abweichung von der Selbstidentität“ wie Geschlechtsumwandlung oder Homosexualität gegen das Kinderschutzgesetz verstoßen. Die Pride, so der Fidesz-Minister, müsse „zum Schutz der Kinder so schnell wie möglich verboten werden“. Seine Parteikollegen im EU-Parlament haben allerdings grade für die Kürzung der Mittel gegen Kinderarmut um 20 Milliarden Euro gestimmt haben. Orbans illiberale Demokratie sieht eine Gefahr für die verordnete „Selbstidentität“ einer patriarchal, autoritär vorgeschriebenen Lebensweise. Jeder Verstoß soll mit Geldstrafen geahndet und durch Gesichtserkennungssoftware nachgewiesen werden. Die EU-Abgeordnete Caroli erklärte, dass die so eingesetzte Gesichtserkennung „explizit durch das EU-KI-Gesetz verboten“ sei, das am 2. Februar in Kraft getreten ist. „Ich rate den Organisatoren der Pride, sich nicht um die Vorbereitungen für den diesjährigen Marsch zu kümmern“, sagte Orban. „Victor Orban macht nicht einmal mehr den Versuch, demokratische Werte zu wahren“, erklärte der EU-Abgeordnete Freund und forderte eine deutliche Reaktion der EU.

Quelle: telex.hu, 17.03.25; euractiv.de 19.03.25

ESN-Fraktion vor Erweiterung?

BRÜSSEL Die von der AfD nach den EU-Wahlen hektisch zusammengeschusterte Fraktion Europa der Souveränen Nationen war in der Vergangenheit ziemlich isoliert. Die Aufmerksamkeit durch Elon Musk und JD Vance im Bundestagswahlkampf hat ihr offensichtlich geholfen, neue Verbündete anzuwerben. Ihre EU-Abgeordneten haben Gespräche über den Fraktionsbeitritt von mindestens zwei im Parlament vertretenen Parteien aufgenommen. Der spanischen SALF und der griechischen NIKI. „Wir erwarten, dass der SALF-Vorsitzende, Alvis Perez, etwa im April oder Mai beitrifft“, heißt es aus dem Verhandlungsumfeld. Die EKR-Fraktion hatte einen Aufnahmeantrag von Perez, gegen den ein Verfahren wegen illegaler Parteienfinanzierung läuft, abgelehnt. NIKI ist mit einem Abgeordneten vertreten. Ihre Positionen fasst sie in den drei Begriffen „Glaube, Nation, Familie“ zusammen.

Der bisher fraktionslose Maximilian Krah verlässt Brüssel und zieht mit seinem Direktmandat in den Bundestag ein. Die AfD-EU-Delegation bestätigte, dass sein Nachrücker, Volker Schnurbusch, in die Fraktion aufgenommen wird. Der Zuwachs kann der Fraktion nicht nur Stabilität bringen, sondern auch die Gesprächsbereitschaft der anderen rechten Fraktionen fördern.

Quelle: euractiv.de 24.3.25

Bündnis für das Recht auf Energie – Forderungen gegen Energiearmut

Michael Juretzek, Bremen. Feantsa, das europäische Netzwerk zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit, und der größte europäische Zusammenschluss von Umweltverbänden Friends of the Earth Europe haben eine Koalition für das Recht auf Energie gebildet. In ihrer Presseerklärung vom 26. Februar kritisieren sie den von der EU-Kommission vorgelegten „EU-Aktionsplan für bezahlbare Energie“. Er komme „vor allem der Industrie zugute und verpasse eine wichtige Gelegenheit, die Menschen zu unterstützen, die sie am dringendsten benötigen“.¹ Maria Trotonda, Koordinatorin der Koalition, bemängelt, die Vorschläge tragen „nicht dazu bei, die Energiearmutskrise in Europa zu bewältigen und sicherzustellen, daß jeder Europäer Zugang zu erschwinglicher erneuerbarer Energie hat“.

Die Koalition setzt sich ein für

- Sozialtarife bei Energie,
- Grundmenge Strom unter dem Marktpreis,
- progressive Preisgestaltung,
- effiziente Kündigungsverbote,
- Zugang zu lokalen Wärmenetzen.

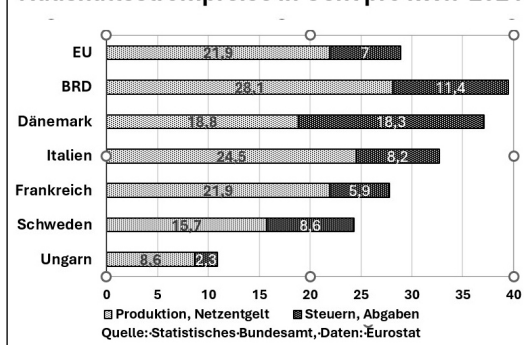
Dabei kann sie sich auf Maßnahmen stützen, die die Mitgliedsländer als Reaktion auf explodierende Energiekosten nach dem Überfall auf die Ukraine 2022 durchführten. Österreich deckelte den Strompreis auf 10 Cent/kWh bei einem Jahresverbrauch bis 2 900 kWh, gab Gutscheine von 150 Euro für Haushaltskunden aus und für geringe Einkommen wurde der Netznutzungsanteil um bis zu 75% reduziert. Griechenland zahlte Stromkostenzuschüsse, die umso höher waren, je niedriger der Jahresverbrauch. In Finnland wurde ein Stromrechnungsausgleich bezahlt, wenn der Haushaltsstrom

Quellen: 1) https://friendsoftheearth.eu/wp-content/uploads/2024/09/Final_EU-Social-Climate-Fund-briefing-1.pdf, 2) <https://strom-report.com/strompreise-europa/>, 3) https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202302407

Michael Juretzek, Bremen. Im europäischen Vergleich lag der Strompreis 2024 in Deutschland mit 39,5 Ct/kWh an der Spitze. Dies als Beweis für die „selbstmörderische“ Industrie- und Wettbewerbspolitik der Regierung zu nehmen, wie die AfD nicht müde wird zu behaupten, unterschlägt, daß dieser Preis für Privathaushalte gilt. Industrie und Gewerbe zahlten im Schnitt 21,08 Ct. Auch den kritisierten Atomausstieg als ursächlich für den hohen Strompreis zu erklären, ist falsch. Mit 7,95 Ct lagen die Stromproduktionskosten 2024 um 22% niedriger gegenüber 2021, als noch sechs Atomkraftwerke in Betrieb waren. Preistreiber waren die um 23% gestiegenen Netzentgelte, die einen Anteil von 28% am Gesamtpreis haben. Eon, der zweitgrößte der vier privaten Netzbetreiber mit 32%, mahnte anlässlich der Bekanntgabe der Konzernbilanz bei der Bundesnetzagentur eine Erhöhung der festgelegten Kapitalrendite an. In Dänemark und Schweden z.B. sind die

10 Cent die Kilowattstunde überstieg. Geringverdiener konnten Mehrausgaben für Strom steuermindernd angeben. In den Niederlanden erhielten Geringverdiener mit weniger als 120% des sozialen Mindesteinkommens einen einmaligen Zuschuss von 1300 Euro. Und in Belgien, Dänemark, Irland, Spanien, Niederlande und Finnland wurde der Mehrwertsteuersatz bzw. die Stromsteuer gesenkt.² Der Strompreis ist politisch und kann durch viele politische Maßnahmen beeinflusst werden. In ihrer Empfehlung zur Energiearmut (2023/2407) erklärte die EU-Kommission 2023, angesichts von 40 Millionen EU-Bürgern, die ihre Wohnung nicht ausreichend heizen konnten, „die Energieversorgung zu den essentiellen Dienstleistungen, auf die jede Person Anspruch hat“³ und fordert Unterstützung für Hilfsbedürftige. Dies mahnt die Koalition für das Recht auf Energie an.

Haushaltsstrompreise in Cent pro kWh 2024



Übertragungsnetze zu 100% in Staatsbesitz, mit entsprechenden Möglichkeiten der Preisgestaltung (siehe Grafik). Verkaufsverhandlungen zwischen der Bundesregierung und dem größten Betreiber Tenet scheiterten letztes Jahr an der „Haushaltsnot“. „Wenn es wieder ein Interesse der Bundesregierung gibt, auch der kommenden, dann stehen wir zu Gesprächen bereit“, erklärte die Konzernleitung im Januar (FAZ, 1.3.2025).

IndustriAll-Positionen gegen Rechts

Unter dem Link unten ist das Papier des gewerkschaftlichen Dachverbandes mit Empfehlungen für eine Strategie gegen gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten der Rechten zu finden:

https://news.industriall-europe.eu/documents/upload/2024/5/638515575438765845_Adopted_-_Misusing_shortages_for_a_new_race_to_the_bottom_Equal_treatment_for_migrant_workers_now_-_DE.pdf

Protest bei Stellantis Turin

Am 21. März fand vor den Toren der Automobilfabrik von Stellantis eine Demonstration gegen die Konzernstrategie statt. Stellantis, 2021 aus der Fusion von Fiat, Chrysler und Peugeot als viertgrößter Automobilhersteller entstanden, hatte schon im Oktober 2024 in Detroit 2 400 Beschäftigte entlassen. Die italienische Metallgewerkschaft befürchtet den Verlust von 12 000 der 43 000 italienischen Arbeitsplätze. Abgeordnete der EU-Fraktion The Left und die spanische Arbeitsministerin überbrachten Solidaritätserklärungen. Pasquale Tridico (5-Sterne-Bewegung): „Wenn wir die Automobilindustrie retten und Tausende von Arbeitsplätzen schützen wollen, ist ein neuer europäischer Fonds nach dem Vorbild des Sure-Programms unerlässlich.“ Marc Botenga (belgische PTB): „Wir brauchen eine Industriestrategie, bei der die Arbeiter und das Klima an erster Stelle stehen und nicht die Aktionäre der Konzerne.“ Stellantis erzielte 2024 einen Nettogewinn von 5,8 Mrd. Dollar. Estrella Galan (span. Sumar) sagte: „Wenn Europa entschlossen handelt, kann diese Krise die treibende Kraft für eine neue, grüne und sozial gerechte Industriepolitik sein.“

Quelle: <https://left.eu/the-left-unites-in-turin-to-support-europes-automotive-industry-workers/>

Linksfraktion verurteilt Mittelstreich gegen Kinderarmut

Eine Mehrheit aus Konservativen und Nationalisten haben im EU-Parlament für die Streichung von 20 Milliarden Euro für die Kindergarantie aus dem Europäischen Sozialfonds Plus des Haushaltsplans gestimmt. Die Linksfraktion kritisiert: „Derzeit wächst jedes vierte Kind in Europa armutsgefährdet auf. Die Linksfraktion im Europäischen Parlament verurteilt diesen direkten Angriff auf die sozialen Rechte, der zu einem Zeitpunkt erfolgt, an dem die Europäische Kommission und die konservativen Kräfte ihre früheren Verpflichtungen zu Sozial- und Klimaschutzmaßnahmen zugunsten von Verteidigungsausgaben und Aufrüstung weiter zurückschrauben“.

Quelle: <https://left.eu/right-wing-alliance-votes-against-child-poverty-funds/>

European Left Alliance – Ukrainesolidarität, Verteidigungspolitik, Friedensordnung

Michael Juretzek, Bremen. Nach den Europawahlen 2024 gründeten sieben Linksparteien die EUROPEAN LEFT ALLIANCE – FOR THE PEOPLE AND THE PLANET. Sie stellt 18 der 46 Mitglieder der Linksfraktion im EU-Parlament. Dringend zu klärende Differenzen bei Abstimmungen zur Ukrainesolidarität, zu Sanktionen, Waffenlieferungen und zum Recht auf Verteidigung innerhalb der Fraktion waren wohl mitentscheidend für diesen Schritt. Hier einige Positionen aus den Parteien der Allianz.

FINNLAND: News vassemmisto

4.3.2025. „US-Medienberichten zufolge hat Präsident Donald Trump beschlossen, die gesamte US-Militärhilfe für die Ukraine auszusetzen... Laut Minja Koskela, der Vorsitzenden des Linksbündnisses, erpresst Trump die kriegsführende Ukraine auf unverschämte Weise. „Die Aussetzung der Waffenhilfe kann erhebliche Auswirkungen auf die Fähigkeit der Ukraine haben, sich gegen Russland zu verteidigen, das einen brutalen Angriffskrieg führt. Diese Art von Drohungen und Erpressungen gegen die Ukraine, die seit drei Jahren um ihre Existenz kämpft und unzählige Schrecken des Krieges erlebt hat, ist absolut unverständlich“, sagt Koskela. Es ist klar, dass die Ukraine mehr als alles andere Frieden will, aber der Frieden muss nachhaltig und gerecht für die Ukraine sein.“⁽¹⁾

SCHWEDEN: „Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verstößt gegen das Völkerrecht und ist eine humanitäre Katastrophe.“ vänsterpartiet

Dies stellt neue Anforderungen an die Länder Europas, für das Völkerrecht und das Recht aller Länder auf Selbstverteidigung zu handeln... Der Angriff ist eine Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine und stellt großes menschliches Leid für das ukrainische Volk dar ... Das ukrainische Volk darf gegen die militärische Überlegenheit Russlands nicht allein gelassen werden. Mit Unterstützung des Völkerrechts und der UN-Charta steht die Linkspartei sowohl hinter der militärischen, wirtschaftlichen als auch humanitären Unterstützung Schwedens für die Ukraine ... Die Linkspartei steht hinter den Sanktionen gegen Russland, und das seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 ... Wir unterstützen die Souveränität der Ukraine und damit ihr Recht, selbst zu entscheiden, ob sie sich der EU oder der Nato annähert, einen Antrag auf Mitgliedschaft stellt oder Assoziierungsabkommen abschließt.“⁽²⁾

NORDISCHE GRÜNE LINKE ist eine Kooperationsplattform dänischer, schwedischer, norwegischer und finnischer Parteien

und veröffentlichte am 21. Juni 2023 eine Erklärung zur Ukraine-Solidarität: „Wir, die unterzeichnenden Vertreter der nordischen grünen Linken, erklären unsere Solidarität mit dem berechtigten Widerstand des ukrainischen Volkes und betonen die alleinige Verantwortung des russischen Regimes für die Einleitung dieser illegalen Invasion, ihre Eskalation bis hin zur Gefahr eines Atomkriegs und die Provokation der weltweiten Wiederbewaffnung ... Wir erkennen an, dass Waffenunterstützung notwendig ist, um der Ukraine die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu verteidigen ... Wir fordern den Erlass der Auslandsschulden der Ukraine und gemeinsame internationale Wiederaufbauanstrengungen unter den Bedingungen der Transparenz, der Rechenschaftspflicht, der partizipativen Entscheidungsfindung und der guten Praktiken der Sozialpartnerschaft.“⁽³⁾

DANEMARK: Am 17. Februar schrieb der EU-Abgeordnete Per Clausen: enhedslisten

„Es sollte jedem klar sein, dass niemand seine Sicherheit auf die Trump-Regierung stützen kann. Dies gilt für die Ukraine, das gilt für die Länder Europas und das gilt für alle anderen ... Dies bedeutet, dass wir eine engere Zusammenarbeit mit den nordischen Ländern, den europäischen Nato-Mitgliedern und mit Kanada anstreben müssen, um den Bedrohungen durch Russland und die Vereinigten Staaten standzuhalten ... Dies bedeutet auch, dass wir in die Umstrukturierung und Rationalisierung der dänischen Verteidigung investieren müssen – sowohl militärisch als auch zivil. Die Höhe dieser Investitionen muss auf der Grundlage einer realistischen Analyse der Bedrohungslage und unserer Möglichkeiten zur Zusammenarbeit festgelegt werden – und nicht auf der Grundlage von zufälligen, von den USA diktierten Prozentsätzen. Aber ich habe keinen Zweifel daran, dass höhere Investitionen erforderlich sind ... Hier und jetzt müssen wir unsere Solidarität mit der Ukraine aufrechterhalten und sie unterstützen. Der Ausgang der russischen Invasion in der Ukraine wird für die Sicherheitslage in Europa von entscheidender Bedeutung sein. Die Ukraine

darf nicht zu einem Friedensabkommen gedrängt werden, bei dem sie Land aufgibt. Im Gegenteil, gegenseitige Sicherheitsabkommen sowie Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung sollten Teil eines solchen Abkommens sein.“⁽⁴⁾

FRANKREICH: Pressemitteilung vom 12.3.2025: La France Insoumise

12. März 2025 prüfte die Nationalversammlung einen europäischen Entschließungsantrag zum Krieg in der Ukraine. Der Text bekräftigt zwar die Unterstützung Frankreichs für die Ukraine, ist aber Teil einer völlig überholten Sicht der internationalen Lage. Diese Entschließung stellt zu keinem Zeitpunkt die Angleichung Frankreichs an die Vereinigten Staaten in Frage. Er fördert ein Europa der Verteidigung, dessen Befehle die US-Rüstungsindustrie zum Nachteil unserer Unabhängigkeit füttern werden ... Mit diesem [unserem] Änderungsantrag wurde die volle Unterstützung für die Ukraine und die Verurteilung der russischen Invasion und der Verbrechen, die Ablehnung eines Verhandlungsfriedens ohne Ukrainer oder Europäer und die von der Trump-Regierung organisierte Plünderung der ukrainischen natürlichen Ressourcen bekräftigt ... Wir haben die Regierung und die EU aufgefordert, die Initiative zu ergreifen und eine internationale Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der OSZE und der Vereinten Nationen zu organisieren, um sich auf die Bedingungen für die Beilegung des Konflikts unter unbedingter Beteiligung der Ukraine zu einigen.“⁽⁵⁾

SPANIEN: Erklärung Podemos für den Frieden in der Ukraine, 6.12.2023:

... Zweitens ist es notwendig, eine gemeinsame Antwort der humanitären Hilfe und des gerechten Wiederaufbaus der Ukraine zu formulieren, die weder die Abhängigkeitsverhältnisse noch die Blockpolitik vertieft. Drittens unterstützen wir unabhängige Initiativen, um Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht für alle im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen zu erlangen und das Verbrechen der Aggression im Rahmen internationaler Mechanismen mit Unterstützung der Vereinten Nationen, wie dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen zu diesem Zweck eingerichteten hybriden Gerichten, anzugehen ... Schließlich müssen wir die Mechanismen für den Dialog und die Politik der friedlichen Friedenskonsolidierung stärken und auf ein Modell der friedlichen Koexistenz hinarbeiten, das Abrüstung, Entmilitarisierung und das Verbot von Atomwaffen fördert.“⁽⁶⁾

Quellen: 1) <https://vasemmisto.fi/minja-koskela-trump-kiristaa-torkeasti-olemassaolostaan-taistelevaa-ukraina/>; 2) <https://www.vansterpartiet.se/var-politik/politik-a-o/ukraina/>; 3) <https://www.vansterpartiet.se/nyheter/nordisk-gron-vanster-solidaritet-med-ukraina/>; 4) <https://nordjyske.dk/nyheder/laeserbrev/per-clausen-vi-skal-i-stoerre-omfang-vaere-selvforsynende-med-vaaben/5422957>; 5) <https://lafranceinsoumise.fr/2025/03/12/pour-une-paix-juste-et-durable-en-ukraine/>; 6) https://podemos.info/wp-content/uploads/2023/02/Declaration-for-Peace_firmas.pdf